



Der Deutschen liebste Kind – rechts im Bild

Die autofixierte Verkehrspolitik hat Folgen: Die Zahl der jungen Unfallopfer steigt. Warum die Regierung zu wenig tut, um Menschen zu schützen – und was andere Länder besser machen

3

Besonders gefährdet: Alle 18 Minuten verunglückt ein Kind unter 15 Jahren auf deutschen Straßen Foto: Michael Gstettenbauer/imago

Kommentar von Marie Frank zur Verkehrspolitik der CDU und ihren tödlichen Folgen

Im Zweifel für das Auto

Die Prioritäten der CDU sind klar gesetzt: im Zweifel für das Auto. Zur Not werden dafür nicht nur Menschenleben, sondern gleich die ganze Zukunft von Mensch und Natur aufs Spiel gesetzt. Das zeigt sich sowohl bei der Frage Menschenleben versus Wirtschaftsverkehr als auch bei jener nach Klimaschutz versus Wirtschaftsverkehr.

So ist die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die im Straßenverkehr getötet oder verletzt wurden, im vergangenen Jahr um 7 Prozent auf 29.270 gestiegen. Ein Großteil der Kinder war mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit dem E-Scooter unterwegs, meist auf dem Schulweg. Im Schnitt dreimal pro Stunde wird also auf Deutschlands Straßen ein Kind ge-

tötet oder verletzt, mehrheitlich durch Autos. Obwohl nachgewiesen ist, dass die Einführung von Tempo 30 innerorts die Zahl der Verkehrstoten und Unfallverletzten um bis zu 30 bis 40 Prozent verringern kann, weigert sich die CDU strikt, diese einfache lebensrettende Maßnahme umzusetzen. Warum? Weil fließender Wirtschaftsverkehr wichtig, Auto gleich Freiheit und lebensrettendes Tempolimit gleich „Ideologie“ ist. Was für eine menschenverachtende Ideologie dahintersteckt, dass man ungehindert dahinbreitende (Verbrenner-) Autos wichtiger findet als Menschenleben, sei mal dahingestellt.

Dabei zeigen Studien, dass Tempo 30 neben dem Lärmschutz, der Luftreinhaltung und der

Verkehrssicherheit noch einen weiteren Vorteil bietet: einen flüssigeren Verkehrsfluss als beim abrupten Wechselspiel aus Tempo 50 und Abgebremse. Doch derlei Argumente interessieren die CDU wenig, es geht ihr um Kapitalinteressen und nicht um Solidarität. Und Autos verkaufen sich nun einmal besser mit einem Freiheits- als mit einem Ökologieversprechen.

Dass kurzfristige Kapitalinteressen wichtiger sind als Klimaschutz, zeigt sich auch im Zuge des Niedrigwassers und der damit einhergehenden eingeschränkten Binnenschifffahrt. Statt die Güter auf die Schiene zu bringen und die Schieneninfrastruktur zu stärken, um Engpässe künftig besser aufzufangen, sprach sich der neue CDU-

Verkehrsminister Steffen Bilger dafür aus, die Lkw-Fahrverbote an Sonn- und Feiertagen auszusetzen. Was die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland auch prompt taten.

Dass man damit „Feuer mit Benzin“ bekämpft, wie Linke-Chef Luigi Pantisano zu Recht kritisiert – geschenkt. Dass die CDU mit ihrer – nicht vorhandenen – Klimapolitik und ihrem Verbrenner-Fetisch selbst dazu beigetragen hat, dass die Flüsse infolge der Klimakrise überhaupt so niedrig sind – egal. Statt die Prioritäten zu verschieben und die Verkehrswende voranzutreiben, werden künftig einfach noch ein paar Flussbetten ausgebaggert, was soll schon passieren. Spoiler: nichts Gutes.

Unheilige Allianz
Meloni und Frederiksen wollen „christliches Erbe“ vor Migranten schützen
10



Foto: alp

Viele Fronten und kein Frieden in Mali
Wie das Regime mit russischer Hilfe gegen Tuareg und Islamisten kämpft
4-5

Resilientere Städte
Wie sich Kopenhagen, Amsterdam und New York vor Unwettern schützen
15

Wegen Drohnen das Grundgesetz ändern?
CDU-Politiker Günther will Bundeswehreininsatz im Inland erlauben
6

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Nach dem gemeinsamen Vorstoß von Dänemarks sozialdemokratischer Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und Italiens postfaschistischer Regierungschefin Giorgia Meloni für den Schutz des christlichen Abendlandes vor MigrantInnen erahnt *verboten* die kommenden Debatten und sehnt sich nach der WM zurück: Da waren Dänemark und Italien schon vorher

ausgeschieden.



Andras Baka soll neuer Präsident der Post-Orbán-Ära werden

Manchmal gibt es späte Gerechtigkeit. In Ungarn sind solche Fälle seit Viktor Orbáns Wahlniederlage vor vier Monaten vermehrt zu beobachten, wickelt doch Wahlsieger Péter Magyar die Ára Orbán radikal ab, von der Justiz über den Rundfunk bis hin zur Außenpolitik. Eine Wiedergutmachung erfährt nun auch der Jurist András Baka – er soll neuer ungarischer Präsident werden.

Der 1952 in Budapest geborene Baka war von 1991 bis 2008 Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und ab 2009 für zwei Jahre Präsident des Obersten Gerichtshofs. Zum Verhängnis wurde ihm, dass er Orbáns Justizreform offen kritisierte. Er bezeichnete die Maßnahmen als „verschleierte Säuberung der Justiz“, weswegen Orbán ihn 2011 absägte und durch einen Parteigänger ersetzte. In niedriger Funktion blieb Baka bis zu seiner Pensionierung 2020 weiterhin am Obersten Gericht tätig. 2016 gab der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Baka recht: Ungarns Regierung habe mit der vorzeitigen Absetzung die Meinungsfreiheit verletzt.

Die Reparatur des zuletzt weitgehend Orbán-hörigen Justizsystems ist bereits im Gange. Für den 73-jährigen Baka, seit sechs Jahren im Ruhestand, sah Magyar eine andere Funktion vor: jene des ungarischen Präsidenten. Der Posten ist vakant, seit Magyar per Verfassungsänderung die Präsidentschaft des Orbán-Getreuen Tamás Sulyok vorzeitig beendete. Sulyok nannte die Änderung einen Verstoß gegen Verfassungsprinzipien, unterzeichnete sie aber letztlich. Seit seinem Ausscheiden ist Parlamentspräsidentin Ágnes Forsthofer interimistische Staatspräsidentin.

Magyars öffentlicher Vorstoß, die ungarische Schachmeisterin Judit Polgár zur Präsidentin zu machen, scheiterte, denn Polgár lehnte ab. Nach wochenlangen Sondierungen entschied sich Magyar als Tisza-Fraktion am Samstag in geheimer Abstimmung für Baka, woraufhin der Ministerpräsident ihn umgehend persönlich aufsuchte. Baka nahm die Nominierung an, nach Magyar Worten, „um der Nation zu dienen“.

Der ungarische Präsident wird nicht vom Volk, sondern vom Parlament gewählt. Dank Magyar Zweidrittelmehrheit gilt die Wahl am Dienstag als sicher. Ohnehin gibt es keinen Gegenkandidaten: Die rechtsextreme Partei Mi Hazánk hätte zwar mit dem Anwalt Máté Tóth einen eigenen Kandidaten, verfügt aber nicht über die für die Nominierung nötigen 40 Abgeordneten.

Orbán's Fidesz hat unterdessen angekündigt, der parlamentarischen Abstimmung aus Protest fernzubleiben. Fidesz-Fraktionschef János Bóka bezeichnete das Verfahren als „Seifenoper“ und nannte Sulyok weiterhin „Ungarns einzig legitimen Präsidenten“. Baka mache sich an einem rechtswidrigen Verfahren mitschuldig und werde zur „Marionette“ der Tisza-Mehrheit.

Magyar selbst widersprach. Er sei „stolz darauf“, dass erstmals kein Parteikandidat zum Präsidenten gewählt werde, sondern eine „unabhängige, parteifreie, bewährte“ Persönlichkeit, die auf ihrem Lebensweg bewiesen habe, die Nation vereinen und führen zu können. Die ersten Bewährungsproben dürften bald bevorstehen, denn Magyar hält an seinem radikalen Reformkurs fest. Ob Baka sich als eigenständige Stimme behauptet oder sich der Tisza-Mehrheit unterordnet, dürfte sich an seinen ersten Entscheidungen zeigen.

Florian Bayer, Wien

Foto: Peter Kohalmi/APP

Jabloko-Chef Nikolai Rybakow am Montag bei einer Gerichtsanhörung über einen Ausschluss seiner Partei von den Wahlen im September
Foto: Pavel Bednyakov/ap/dpa

Wie Putin die Antikriegspartei Jabloko verfolgt

Bei den Wahlen im September wird Jabloko, die Apfel-Partei, wohl nicht antreten können. Dabei war sie zu bestimmten Helfern extra auf Distanz gegangen

Von **Barbara Oertel**

Für die liberale russische Oppositionspartei Jabloko (Apfel) wird es eng. Am Montag befasste sich das oberste Gericht in Moskau mit einer Klage, die Partei nicht bei den Wahlen zur Duma, die vom 18. bis 20. September stattfindet, zuzulassen. Vor dem Gebäude in der Powarska-Straßen hatten sich rund 500 vor allem junge Menschen, eingefunden, um ihre Solidarität zu bekunden. Zwar lag bei Redaktionsschluss noch keine Entscheidung vor. Beobachter*innen gingen jedoch davon aus, dass Jabloko nicht antreten kann.

Den Vorsitz der Anhörung führte Richter Wjatscheslaw Kirilow. Er ist kein Unbekannter, wenn es darum geht, Kritiker*innen kaltzustellen. Im Juni 2025 gab er einer Eingabe des Justizministeriums statt, was zu Auflösung der Partei „Bürgerinitiative“ führte. Seinem Richterspruch fiel 2024 auch die Präsidentschaftskandidatur von Boris Nadeschdin zum Opfer, der für die „Bürgerinitiative“ antreten wollte, jedoch angeblich gefälschte Unterschriften präsentiert hatte. Auch die Einstufung der internationalen gesellschaftlichen Bewegung Memorial als „extremistisch“ nebst Betätigungsverbots in Russland im vergangenen April geht auf Kirilows Konto.

Bereits in der vergangenen Woche hatten Vertreter zweier

dem Kreml treu ergebener Parteien, den Ton vorgegeben. „Eine Partei, die sich offen gegen die militärische Spezialoperation ausspricht und verspricht, einen Frieden zu schließen, zieht in die Staatsduma ein“, sagte der Vorsitzende der Fraktion von „Rechtes Russland, Sergei Mironow. Militärische Spezialoperation (SWO) lautet die offizielle Bezeichnung für Russlands vollumfänglichen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Eine Klage, um Jabloko von den Wahlen auszuschließen – die einzige Partei, die sich für ein sofortiges Abkommen zur Beendigung des Krieges gegen die Ukraine ausspricht – hatte die kremlnahe Partei Rodina (Heimat) am vergangenen Freitag gestellt. Sie wirft Jabloko vor, mit ihren Wahlkampfmateri

alien in Form von Fotos und Texten das Recht an geistigem Eigentum verletzt zu haben. Weitere Anwürfe beziehen sich auf die Finanzierung des Wahlkampfs sowie einen „erheblichen Anstieg der Informationsaktivitäten“, die mit der Partei Jabloko in Verbindung stünden – unter anderem auf Plattformen von „ausländischen Agenten“.

Die Zuwendungen für die Unterstützung von Jabloko beliefen sich auf mehr als 88 Millionen Rubel (umgerechnet rund 924.000 Euro), heißt es in der Klageschrift. Ein dritter Punkt betrifft die Unterstützung der

nicht existierenden „internationalen LGBTQIA+-Bewegung“, die in Russland als extremistisch eingestuft ist.

Doch Jabloko, auf dem dem Wahlzettel derzeit noch an zweiter Stelle hinter der Kreml-Partei Einiges Russland gelistet, steht nicht erst seit der vergangenen Woche auf der Abschlusliste. Ende Juni kippte das Oberste Gericht Kareliens die Registrierung von Jabloko für die Wahlen zu dem gesetzgebenden Organ der Republik – ebenfalls auf Initiative von Rodina.

Genauso war es der Partei in den Städten Petrosawodsk und Petersburg ergangen. In verschiedenen Regionen Russlands wurden 14 Jabloko-Vertreter*innen strafrechtlich verfolgt und wegen Falschinformationen über die Armee“ sowie der Verwendung extremistischer Symbole zu Geldstrafen verurteilt. Damit hat sich eine Teilnahme an den Wahlen ebenfalls erledigt.

Der Jabloko-Kandidat Kirill Rumjanzew aus Saratow berichtete auf seinem Telegram-Kanal davon, Morddrohungen erhalten zu haben, falls er seine Kandidatur nicht zurückziehe. Ein gewisser Igor habe ein Foto seines Hauseingangs veröffentlicht und gedroht, ihn „umzubringen“ und ihm „den Kopf zu zertrümmern“, falls sich Rumjanzew „noch einmal schlecht“ über Einiges Russland äußere.

Am Donnerstag vergangener Woche hatten sich auch Unter-

stützer*innen aus dem Umfeld des 2024 in russischer Haft zu Tode gekommenen Kreml-Kritikers Alexei Nawalny zu Wort gemeldet und zu einer Stimmabgabe für Jabloko aufgerufen – darunter auch seine Witwe Julia Nawalnaja.

„Wir müssen die bevorstehenden Wahlen – so unfair sie auch sein mögen – als die einzige legale und sichere Möglichkeit seit vielen Jahren betrachten, unseren Widerspruch gegen die Machthaber kundzutun. Das tun wir, indem wir unser Kreuz bei einer Partei machen, die eine Antikriegshaltung vertritt“, zitiert der russischsprachige Dienst der BBC Nawalnaja.

Jabloko-Chef Nikolai Rybakow hingegen war zu dieser Art von Wahlkampfhilfe deutlich auf Distanz gegangen. Eine derartige Unterstützung könne dazu führen, dass die Partei von den Wahlen ausgeschlossen werde. Jabloko verfüge über keine ausländischen Finanzierungsquellen, unterhalte keine Beziehungen zu Organisationen, die in Russland als unerwünscht eingestuft seien und betrachte Veranstaltungen, die von wem auch immer im Ausland durchgeführt würden, nicht als Teil des Wahlkampfs seiner Partei, sagte er.

Am Montagnachmittag deutete viel auf einen Ausschluss Jablokos hin. In diesem Fall würde Rybakow Recht behalten. Die Frage, ob auch die unwillkommene Unterstützung aus dem Ausland ihren Anteil daran hat,



taz lage

Orte, die wir uns einpläuen sollten

Plau, Luftkurort am gleichnamigen See, Teil der idyllischen Mecklenburgischen Seenplatte, war natürlich nicht gemeint, als die taz auf ihrer gestrigen Titelseite einer bunten Gesellschaft ebenjenem Plau den Vorzug gab.

„bunt statt plau“, mit dieser Überschrift sollte die hohe Teilnehmerinnenzahl an bundesweiten Straßenfesten, Paraden und Demos für

queere Rechte gefeiert werden, die uns wichtiger erschien, als die Zehntausend Menschen, die sich bei einer von Rechtsradikalen finanzierten Veranstaltung im sächsischen Plauen eine neue Regierung wünschten. Aber plau ist nicht Plauen, wie eine Leserin aus Plau schrieb. Die Stadt Plau habe „nichts mit den rechten Aufmärschen zu tun“, sie fände die ständige Verwechslung „schade“.

In der Tat könnte man meinen, wir hätten hier zu Gunsten eines plumpen Wortspiels eine unbeteiligte Stadt zu Unrecht diffamiert. Wir wollen uns zunächst mit dem Hinweis herausreden, dass plau in Sächsischer Mundart die Farbe einer Partei ist, die wir meinten. Aber, ohne neue Verwirrung stiften zu wollen: Der NDR schreibt: „Bei der Bundestagswahl 2025 in Plau am See (Land-

kreis Ludwigslust-Parchim) gingen die meisten Zweitstimmen an die AfD (36,7 Prozent). Sie liegt damit deutlich vor CDU (19,6), SPD (12,4), BSW (11,3) und der Linken (9,8 Prozent).

Ganz unschuldig scheint Plau also auch nicht zu sein. Umso schöner zu wissen, dass wir dort mindestens eine gut informierte Leserin haben! (taz)



Den Deutschen ist das Auto wichtiger

Für Kinder ist das Fahrrad-fahren auf deutschen Straßen nach wie vor lebensgefährlich
Foto: imago

2025 wurden mehr Kinder im Verkehr getötet und verletzt als noch 2024. Wie müsste sich die Infrastruktur ändern, um Kindern Sicherheit zu bieten?

Von **Nanja Boenisch**

Alle 20 Minuten wurde 2025 in Deutschland ein Kind unter 15 Jahren im Straßenverkehr verletzt oder getötet. Insgesamt kamen 29.270 Kinder bei Verkehrsunfällen zu Schaden – über 2.000 mehr als 2024.

Rund alle fünf Tage starb 2025 ein Kind im Straßenverkehr, 74 Todesopfer waren es insgesamt. Auch das sind mehr als im Vorjahr, als noch 53 ums Leben kamen. Das geht aus Zahlen hervor, die das Statistische Bundesamt am Montag veröffentlicht hat.

„Dass mehr Kinder im Straßenverkehr verunglücken, ist kein Zufall“, sagt Anika Meenken, Sprecherin für Fuß- und Radverkehr beim Ökologischen Verkehrsclub VCD. Es gebe mehr Verkehr, komplexere Situationen, „und eine Infrastruktur, die vielerorts noch immer für Erwachsene und Autos statt für Kinder gestaltet ist.“

Das Bewusstsein dafür, dass Kinder im Straßenverkehr sichere Wege und Räume brauchen, nehme langsam zu, sagt Jana Kühl, Professorin für Radverkehrsmanagement an der Ostfalia Hochschule. In Wohngebieten würden Spielstraßen eingerichtet, es entstehen mehr verkehrsberuhigte Schulstraßen. Die neue Straßenverkehrsordnung, seit Oktober 2024 in Kraft, macht die Ein-

führung von Tempo 30 leichter. „Es gibt aber keine durchgängigen Wege, die für Kinder sicher sind.“ Auch nicht auf den Strecken, die Kinder regelmäßig zurücklegen müssen.

Dieses Bild zeichnen auch die Zahlen des Statistischen Bundesamtes: So wurden Kinder zwischen 6 und 14 Jahren im vergangenen Jahr besonders häufig auf dem Weg zur Schule, montags bis freitags von 7 bis 8 Uhr in Unfälle ver-

„Es gibt aber keine durchgängigen Wege, die für Kinder sicher sind“

Jana Kühl, Verkehrsforscherin

wickelt. Nach Unterrichtsende, am Mittag und Nachmittag, gab es dann den nächsthöchsten Peak.

Zwei von fünf Kindern zwischen 6 und 14 verunglückten mit dem Fahrrad, eines von fünf zu Fuß. Gut ein Viertel saß zum Zeitpunkt des Unfalls in einem Auto. Über alle Altersgruppen hinweg führen die meisten Kinder – gut ein Drittel von ihnen – mit dem Fahrrad, als es zu Unfällen kam. Acht Prozent fuhren E-Scooter.

Weil viele Eltern Angst um die Sicherheit ihrer Kinder im Straßenverkehr haben, setzen sie aufs Elterntaxi, sagt Verkehrsforscherin Kühl. „Und das ist dann eher ein Teil des Problems als die Lösung, weil die Eltern in ihrem Auto wiederum andere Kinder gefährden, die sich auf die Straße wagen.“

Tatsächlich leben Kinder im Straßenverkehr besonders gefährlich. Sie sind vergleichsweise klein und werden deshalb eher übersehen, zum Beispiel zwischen parkenden Autos. Kinder entwickeln erst mit etwa acht Jahren die Fähigkeit, Gefahren vorausschauend einzuschätzen. Wenn sie von Autos erfasst werden, werden sie angesichts ihrer Körpergröße eher an lebenswichtigen Organen verletzt und mit höherer Wahrscheinlichkeit unter das Auto gedrückt.

Gleichzeitig sind sie tendenziell näher an der Quelle der Abgase, die die Klimakrise befeuern – und unmittelbar die Gesundheit schädigen können. Und junge Lungen, die noch im Entwicklungsstadium sind, können schwerere Schäden davontragen als erwachsene.

All das sei schon seit den 1960er, und 70er Jahren bekannt, erzählt Jana Kühl. Nicht nur in Deutschland: In den Niederlanden seien damals extrem viele Kinder im Verkehr umgekommen. Die

Verantwortlichen hätten dann festgestellt, dass die bestehende Infrastruktur Kindern keine Sicherheit bietet – und begonnen, Ortschaften konsequent umzubauen.

„Das ist in Deutschland nicht passiert“, sagt Kühl. Warum? „Weil die Bedeutung des Autos in Deutschland offensichtlich noch viel größer ist und war als in den Niederlanden.“ Die Industrie sei hier bekanntermaßen Inbegriff von Wohlstand und Wirtschaftskraft; das Auto viel mehr als nur ein funktionelles Fortbewegungsmittel.

Zwischen 1990 und 2010 sank die Zahl der in Unfälle verwickelten Kinder trotzdem deutlich, seitdem stagnierte sie mehr oder weniger, brach in den Coronajahren ein, weil schlicht weniger Menschen unterwegs waren, und steigt seit zwei Jahren wieder an.

Dass der Verkehr in Deutschland noch immer vor allem autogerecht organisiert wird, hat dann nicht nur Folgen für Kinder. Auch andere Gruppen sind besonders gefährdet, ältere Menschen zum Beispiel. Darin liege eigentlich Potenzial, meint Professorin Kühl, parteiübergreifend Lösungen für mehr Verkehrssicherheit zu suchen. „Aber sobald es darum geht, den Kfz-Verkehr einzuschränken, ist der politische Konsens oft schnell wieder dahin.“

Trotz der Reform des Straßenverkehrsrechts dürfen außerdem immer noch viele Maßnahmen erst gestartet werden, wenn eine Gefahrenlage bewiesen werden kann. Sprich: Es muss jemand verletzt oder gar getötet worden sein. „Da müssen wir viel stärker präventiv handeln und Unfälle vermeiden“, findet Kühl.

Meenken vom VCD fordert: Tempo 30, sichere, dichte Fuß- und Radwegenetze, verkehrsberuhigte Schulstraßen und gut einsehbare Querungen. „Autofahrende müssen aufmerksam und angepasst fahren.“ Eltern und Schulen können durch Verkehrserziehung helfen – aber auch keine strukturellen Defizite ausgleichen. „Kinder werden im Straßenverkehr durch eine kindgerechte Infrastruktur sicherer.“

Die meisten relevanten Entscheidungen werden auf kommunaler Ebene getroffen, aber auch der Bund könne helfen, sagt Forscherin Kühl. 145 Millionen Euro etwa steckte das Bundesverkehrsministerium zuletzt in kommunale Projekte, die jungen Menschen sichere Mobilität ermöglichen soll. Im Vergleich zu anderen Maßnahmen ist das jedoch eine kleine Summe, den zweimonatigen Tankrabbat zum Beispiel lässt sich die Bundesregierung 1,6 Milliarden Euro kosten.

Schluss mit „oben ohne“

In Paris wird eine Helmpflicht für E-Scooter eingeführt. Aus Sicherheitsgründen. Auch sonst greift Frankreich verkehrspolitisch härter durch

Aus Paris **Sølvi Nymoen**

Helm, Warnweste oder anderweitig reflektierende Kleidung: Dieses Outfit schreibt Paris, Hauptstadt der Haute Couture, ab sofort Fahrer:innen eines E-Scooters vor. Bereits seit 2023 gibt es dort aufgrund von hohen Unfallzahlen und rücksichtslosem Nutzungsverhalten keine E-Scooter mehr zu leihen, private Geräte blieben jedoch erlaubt. Trotzdem kam es 2025 zu mehr als 1.100 schweren Unfällen, 79 davon endeten tödlich. Wer gegen die Helmpflicht verstößt, muss mit einem Bußgeld von 135 Euro rechnen.

Herumgesprochen hat sich die neue Regelung allerdings noch nicht. Einem jungen Mann auf dem Marktplatz eines Pariser Randbezirks muss das Gesetz erst noch erklärt werden, bevor

er antwortet, er finde es gut, glaube aber nicht, dass das jemand kontrollieren werde. Währenddessen fährt ein Mann auf einem E-Scooter vorbei. Ohne Helm. Kurz darauf scootet eine Frau vorbei, ebenfalls ohne Helm.

Der junge Mann scheint nicht ganz falsch zu liegen mit seiner These, denn zumindest hier ist niemand von der fehlenden Schutzausrüstung irritiert. Eine Anwohnerin ist trotzdem froh über das Gesetz. Es sei gut, Regeln zu haben, denn der Gebrauch der Scooter sei in so einer eng besiedelten Stadt gefährlich. Doch auch sie glaubt, dass gerade junge Leute über die Regelung höchstens lachen werden.

Auch wenn es an der Umsetzung der Helmpflicht mangelt, lässt sich schnell feststellen: Frankreich traut sich zu verbieten und vorzuschreiben. Während in

Deutschland hitzige Diskussionen entstehen, etwa wenn man über Tempolimits oder Kurzstreckenflüge spricht, werden in Frankreich klimapolitische und gesellschaftlich neue Regelungen immer wieder basierend auf vorliegenden Daten getroffen. So sind unter anderem Inlandflüge für Strecken, die sich innerhalb von zweieinhalb Stunden auch mit dem Zug erreichen lassen, seit 2023 verboten. Das ist zumindest ein kleiner Vorstoß in Richtung eines generellen Verbotes von Kurzstreckenflügen, das in Deutschland noch auf sich warten lässt und aus ökologischer Sicht sinnvoll wäre.

Am Wahlverhalten der Bewohner:innen französischer Städte zeigt sich, wie wichtig ihnen Klimaschutz und Sicherheit im Straßenverkehr sind: So werden die Großstädte Straßburg, Paris,

Lyon und Marseille von den Grünen oder den Sozialisten regiert. Im Alltag macht sich das an verkehrsberuhigten Innenstädten, Tempo 30 und dem Ausbau der Radwege bemerkbar. In Lyon sank die Zahl der Verkehrsunfälle nach Einführung des Tempolimits um 35 Prozent, schwere Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten und Toten gingen binnen zweier Jahre um 39 Prozent zurück.

Die Verkehrswende in der französischen Hauptstadt wird seit 2014 unter der damaligen sozialistischen Bürgermeisterin Anne Hidalgo umgesetzt. In dieser Zeit wuchs das Radnetz von rund 700 Kilometern auf etwa 1.500 Kilometer, im gesamten Stadtbereich gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h, Zehntausende Parkplätze wurden entfernt, für SUVs wurden die Parkge-

bühren drastisch erhöht. Vor Hunderten Schulen wurden die Straßen verkehrsberuhigt oder komplett autofrei gemacht, um Kindern sichere Schulwege und mehr Aufenthaltsqualität zu bieten.

Und die Pariser*innen wollen noch mehr: Bei Bürgerbefragungen im Jahr 2025 stimmten Mehrheiten für Hunderte weitere verkehrsberuhigte Quartiere im Stadtgebiet.

Der seit März 2026 amtierende Pariser Bürgermeister Emmanuel Grégoire, ebenfalls von der sozialistischen Partei, will diese Politik fortführen. In der deutschen Hauptstadt steht im September die Wahl zum Abgeordnetenhaus an. Ob sich ein:e Bürgermeisterkandidat:in mit ökologischem Stadtentwicklungsfokus durchsetzen wird, ist derzeit noch offen.

Reportage & Recherche

Die Geschichte
hinter der Geschichte

.....

Ein Blick hinter die Kulissen der taz
Recherchen – exklusive Einblicke
in die Arbeit unseres Investigativ-Teams.

**Jeden zweiten Samstag
im Newsletter:**

taz.de/recherche



Die Sängerin Nana Coulibaly, kurz vor der Eröffnung der Biennale in Timbuktu im Dezember 2025
Foto: Issio Ehrich

Ein Wüstenkrieg ohne Ende

Malis Militärregierung wollte mit russischer Hilfe das Land befrieden. Jetzt sind Tuareg-Rebellen und bewaffnete islamistische Gruppen wieder in der Offensive. Hoffnungen auf Frieden verpuffen

Aus Timbuktu, Bamako, Berlin **Issio Ehrich**

Ein Soldat blockiert das Tor, das zur Sängerin Nana Coulibaly führt. Verspiegelte Sonnenbrille, Tarnmontur, Sturmgewehr. Sein Zeigefinger ruht über dem Abzugsbügel. Hinter dem Tor: vier weitere Soldaten. Alle in voller Kampfmontur. Der Ort, an dem sich Coulibaly vor ihrem Auftritt ausruht, ist abgeriegelt.

Drinne sitzt die Sängerin am Rande eines Schulhofs auf einer hölzernen Bank, eine 30 Jahre alte Frau in einem blauen Schleier und mit einem halben Dutzend bunter Armreife. „Natürlich fühle ich mich hier sicher“, sagt sie. „Dass dieses Festival stattfinden kann, ist ein Symbol. Ein Zeichen, dass sich nun alles zum Guten wendet.“

Es ist Dezember 2025. In Timbuktu, einer Stadt im Norden Malis, findet die Biennale Artistique et Culturel statt, ein Festival mit Musik, Schauspiel und Tanz. Ausgerechnet hier, in einem Landstrich, in dem seit mehr als einem Jahrzehnt Bürgerkrieg herrscht.

Hunderte Künstlerinnen und Künstler sind aus ganz Mali angereist, um zu feiern. Menschen wie Coulibaly. Es sind so viele, dass die meisten während des zweiwöchigen Spektakels in Klassenzimmern und Gemeindehäusern übernachten müssen. Schließlich sind auch Tausende Zuschauerinnen und Zuschauer nach Timbuktu gekommen, eine ausgetrocknete Oasenstadt aus gelb-braunen Lehm- und Steinhäusern mit mehreren zehntausend Einwohnern.

Mali wird seit einem Putsch 2020 von Soldaten regiert. Dass es den Streitkräften nun gelingt, bei der Show in Timbuktu für Sicherheit zu sorgen, ist eine Demonstration ihrer Stärke. Es ist der jüngste Grund dafür, dass viele Menschen in dem geplagten Land wieder Hoffnung schöpfen. Wenige Monate zuvor war es den Soldaten bereits gelungen, eine Benzinblockade der Hauptstadt Bamako durch bewaffnete islamistische Gruppen zu beenden. Und zwei Jahre zuvor hatten sie im Norden des Landes die bedeutende Stadt Kidal zurückerobert, die sich seit 2012 in Tuareg-Rebellenhand befunden hatte.

Nana Coulibaly lässt ihren Kopf zur Seite kippen und fängt an zu träumen. „Die nächste Biennale findet in Kidal statt“, prophezeit sie. Kidal ist ihre Heimatstadt.

Nur ein paar Monate später, am 25. April 2026, starten die beiden größten bewaffneten Gruppen Malis eine Großoffensive: Das Tuareg-Bündnis FLA (Front für die Befreiung von Azawad), das im Norden Malis einen unabhängigen Staat gründen möchte, und die islamistische JNIM (Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime), eine international vernetzte Terrororganisation, die einen islamistischen Gottesstaat in Mali anstrebt. Sie greifen gemeinsam Malis Militärregierung an, die von Kämpfern aus Russland unterstützt wird.

Am Rande der Hauptstadt Bamako lenkt ein Selbstmordattentäter ein mit Sprengstoff beladenen Wagen in das Haus von Verteidigungsminister Sadio Camara. Er stirbt bei der Explosion. Wenig später marschieren Kämpfer in mehrere Städte ein. Das russische Kontingent zieht sich geschlagen aus Kidal zurück. Von Malis Präsident Assimi Goïta ist zunächst nichts zu sehen. Aus Angst, auch

Opfer eines Anschlags zu werden, wagt er tagelang keinen öffentlichen Auftritt.

Es ist ein beispielloser Triumph der Gegner des malischen Staates. Eine weitere Eskalation in einer immer verworreneren nicht enden wollenden Krise. Nana Coulibalys Traum, dass auf die Biennale in Timbuktu bald eine in Kidal folgt – er ist verpufft.

Die Sängerin meldet sich Anfang Mai per WhatsApp. „In Mali wird es niemals Frieden geben“, sagt sie. Dann schickt sie ein Foto. Darauf ist ein beiger Rucksack zu sehen, zwei Stofftaschen, eine aufgerollte grüne Matte, drei Decken. „Das ist alles“, sagt sie über die Dinge, die sie aus ihrer Heimatstadt mitnehmen konnte. Coulibaly hat sich in „die Wildnis“ gerettet, wie sie schreibt.

Der Norden Malis liegt in der Sahelzone, dem „Ufer der Wüste“, wie es auf Arabisch heißt. Der Landstrich, der sich quer über den afrikanischen Kontinent erstreckt, markiert den Übergang der Sahara im Norden in die Savannen im Süden. Eine Wildnis eben, in der der Wind mitunter so viel Sand durch die Luft treibt, dass der Himmel orange glüht.

Auch auf dem zweiten Bild, das Coulibaly schickt, ist der Himmel orange gefärbt. Die Sängerin sitzt auf einem Teppich auf der Erde. Vor ihr: ein unverputzter Verschlag ohne Tür. Sie nutzt ihn mit ihrer Familie – fünf Quadratmeter für sieben Seelen.

„Schüsse haben mich aus dem Schlaf gerissen“, erinnert sich Coulibaly an den Sturm auf Kidal. Sie stand auf, öffnete das Tor ihres Anwesens einen Spalt und blinzelte auf die Straße. „Ich sah malische Soldaten herumlaufen. Sie versuchten, sich bei Zivilisten zu verstecken. Sie hatten so große Angst.“ Coulibaly verschanzte sich mit ihrer Familie in ihrem Haus.

Sie hörte Drohnen surren. Kampfflugzeuge warfen Bomben ab. „Die Wände bebten.“ Als sechs Stunden später Stille einkehrte, wagte es die Frau nochmals, auf die Straße zu schauen. Dort patrouillierten nun Männer der FLA. Sie sah auch Kämpfer von JNIM. Zwei Tage lang trauten sich Coulibaly und ihre Familie nicht aus dem Haus. Am dritten Tag flohen sie. „Auf den Straßen lagen Leichen“, schreibt sie. „Dieser Geruch!“

In den Worten der Frau, die auf der Biennale in Timbuktu noch so hoffnungsvoll wirkte, klingt vor allem eines durch: Resignation. „Ich werde nicht nach Kidal zurückkehren können“, schreibt sie. „Die Menschen in Mali wollen keinen Frieden.“

Der malischen Armee gelingt es kurz nach der Offensive, die Lage in Bamako zu beruhigen. In Kidal jedoch herrschen jetzt wieder die Rebellen.

Colonel Hamed-Rhissa Ag Mohamed Assaleh schickt ein Foto aus dem Norden Malis. Eine Düne am Horizont, davor eine Ebene aus gelbem Sand. Es ist Ende Juni, der Oberst der Tuareg-Rebellengruppe FLA steht im Schatten eines Dornenbaumes. Er trägt einen beigen Turban, eine schwarze Sonnenbrille, einen Kampfanzug in Wüstentarn. Hinter Assaleh: sechs seiner Männer. Um ihre Hälse baumeln Maschinengewehre und Patronengürtel. Am Rande des Fotos schultert ein Kämpfer einen Raketenwerfer.

„Kidal war für uns eine Schicksalsschlacht“, sagt Assaleh in einer Sprachnachricht. „Unser Ziel ist nun die Befreiung jedes Fleckens von Azawad.“ Mit Azawad meint er ein Territorium, das die Mitglieder der Tuareg-Rebellengruppen für sich und ihr Volk beanspruchen.

Assalehs Forderungen haben eine lange Geschichte. Als die französischen Kolonien in Afrika um 1960 unabhängig wurden, hofften einige Tuareg-Clans auf einen eigenen Staat. Doch im ehemaligen Französisch-Westafrika wurden einfach die bestehenden Verwaltungsgebiete in unabhängige Staaten verwandelt, deren Regierungen sich kaum um die Interessen der Menschen fernab der Hauptstädte scherten, vor allem in den Wüstengebieten, wo Staatsgrenzen kaum eine Rolle spielen. Und so erhoben Tuareg in der kurzen Geschichte der Republik Mali vier Mal die Waffen: 1963 und 1990, 2006 und schließlich 2012. Auch im benachbarten Niger gab es Tuareg-Aufstände.

Assaleh schloss sich dem Tuareg-Widerstand 1983 an. Er ist ein Veteran in den Rängen der Rebellion. „Wir wollen einen unabhängigen Staat aufbauen, in dem sich die Bevölkerung Azawads selbst regiert, in dem Meinungsfreiheit herrscht, in dem Menschen selbst über die Reichtümer ih-





Dieser Artikel wurde
möglich durch finanzielle
Unterstützung des
Recherchefonds
Ausland e. V.
taz.de/auslandsrecherche

res Bodens verfügen“, fasst er die Ziele der Separatisten zusammen.

Neben dem Dornenbaum auf dem Foto Assalehs steht auch ein Dornenbusch. Dornen liegen auch im Sand. Sie sind mehrere Zentimeter lang. Einige Pflanzen im Sahel werfen sie ab, damit Tiere ihren Stämmen nicht zu nahekommen. Der Sahel ist von Dürren geplagt. Auch Ressourcenmangel und Klimakrise befeuern die Konflikte in diesem Landstrich, in dem selbst Bäume und Büsche auf Waffen setzten, um zu überleben.

2012 gelang es den Tuareg-Rebellen, im Norden Malis mehrere Städte einzunehmen. Allerdings waren sie mit radikalen islamistischen Gruppen verbündet, die ihnen militärische Schlagkraft verliehen. Die führten in den eroberten Gebieten schnell eine harte Version des islamischen Scharia-Rechts ein. Frauen wurden diskriminiert, Musik verboten, Dieben Hände abgehackt. In Timbuktu zerstörten sie Relikte der mittelalterlichen Hochkultur.

Damals zerbrach die Rebellion daran: Viele Tuareg-Rebellen waren religiös-moderat. Doch die Islamisten setzten sich als stärkerer Flügel durch und breiteten sich fast im ganzen Sahel aus – trotz einer Intervention der früheren Kolonialmacht Frankreichs, die Malis Norden 2013 zunächst weitgehend zurückeroberte. Die Tuareg ließen sich 2015 auf einen Friedensvertrag ein. Malis Regierung versprach ihnen mehr Investitionen in den Norden und Selbstverwaltung in den Regionen Timbuktu, Kidal und Gao.

Eine Stabilisierungsmission der UNO, an der sich auch Deutschland beteiligte, sollte das absichern. Frankreich, das weiter Islamisten in der Wüste bekämpfte, setzte sich zudem dafür ein, dass die Tuareg-Rebellen Kidal weiterhin kontrollieren können. Ein gewichtiges Zugeständnis: Kidal war stets die Hochburg der Tuareg-Aufstände, die natürliche Hauptstadt Azawads.

Doch in den Territorien, die Assaleh und seine Männer beanspruchen, stellten Tuareg in der jüngeren Geschichte Malis nie eine Bevölkerungsmehrheit. Es gibt auch keine historische Vorlage für ein Konstrukt namens Azawad. Selbst die beklagte Tuareg-Marginalisierung ist zumindest umstritten, da Tuareg mitunter hochrangige Posten in malischen Institutionen einnehmen – wenn auch aus anderen Tuareg-Clans als denen, die das Rückgrat der FLA bilden. All dies trug dazu bei, dass viele Menschen in Mali die Friedensregelung mit den Separatisten ablehnten.

Da sich auch der Terror der Islamisten weiter ausbreitete – nicht nur in Mali, auch in Niger und in Burkina Faso – kam es 2020 in Bamako erst zu Massenprotesten, dann zu einem Militärputsch. Die Soldaten um Malis Putschistenführer Assimi Goïta erklärten die Separatisten zu Terroristen und kündigten den Friedensvertrag auf. Die UN-Mission musste abziehen, Frankreich auch. Statt auf westliche Staaten setzte Goïta auf russische Söldner der Wagner-Gruppe, die heute Afrikakorps heißt. Sie nehmen bei der Terrorbekämpfung wenig Rücksicht auf Menschenrechte. Moskau lieferte auch schwere Waffen.

Maximale Härte. Große Teilen der Bevölkerung jubelten sie. Die Rückeroberung Kidals durch die Regierungsarmee mit russischer Hilfe Ende 2023 wurde zu einem Symbol für die neue territoriale Integrität der Republik. Zuletzt nahm gar die Zahl getöteter Zivilisten ab.

Doch dann kam der 25. April 2026. Alles zurück auf null.

An einem Kreisverkehr in Kidal ragt eine Skulptur in den Farben der malischen Flagge in den Himmel: Grün, Gelb, Rot. Auf der Spitze flattert seit April eine neue Fahne, die auch noch einen schwarzen Streifen hat: die Flagge Azawads, gehisst von der FLA. Das Schwarz symbolisiert die beschwerliche Geschichte der Tuareg.

Oberst Assaleh hat eine hypnotische Stimme in seiner Sprechnachricht. Ein tiefer Grundton, singende Höhen. Er spricht langsam, macht dramatische Pausen. Als er von der Schlacht um Kidal spricht, klingt er triumphal. „Der Feind hat seine

Kämpfer des
Tuareg-Bündnis Front für die
Befreiung von
Azawad (FLA),
nach deren
Einmarsch in
die Stadt Kidal
Foto: Samir
Maouche/hans
Lucas/picture
alliance



gesamte Feuerkraft eingesetzt – moderne Waffen, Panzer, alles“, erinnert er sich. „Aber wir waren entschlossener.“

Von den 500 Kämpfern, die in diese Schlacht zogen, seien rund 200 gefallen, sagt Assaleh. Dabei lässt er nicht unerwähnt, dass die 500 russischen Söldner in der Stadt am Ende um freies Geleit gebeten hätten. Sie zogen sich kampflös in das weiter südlich gelegene Anéfis zurück. „Entscheidend für unseren Sieg war unsere Willenskraft.“

Entscheidend war aber auch, dass sich die bewaffneten Tuareg wieder mit den bewaffneten Dschihadisten zusammengetan hatten. Die Grenzen zwischen Islamisten und Tuareg-Separatisten waren stets durchlässig. JNIM-Chef Iyad ag Ghali ist ein ehemaliger Tuareg-Rebellenführer, der sich islamistisch radikalisierte. Nun haben sich beide Gruppen weiter angenähert. „In der FLA sind wir zu 100 Prozent dem Islam verpflichtet“, bestätigt Oberst Assaleh: „In der Rechtsordnung von Azawad wird die Scharia gelten.“ Die radikalen Islamisten sollen ihrerseits einer moderaten Auslegung der Scharia zugestimmt haben – ohne Amputationen und öffentliche Hinrichtungen wie früher.

Viele Kämpfer von JNIM sind ohnehin einfach junge Männer, denen es an ökonomischen Perspektiven fehlt. Mittlerweile ist gar davon die Rede, dass die Gruppe erwägt, sich von al-Qaida loszusagen. Die Tuareg-Separatisten der FLA sind Experten zufolge wiederum von der Forderung einer völligen Unabhängigkeit Azawads abgerückt – weitreichende Autonomie innerhalb einer islamischen Republik Mali würde ihnen reichen.

Oberst Assaleh gibt sich beim Gespräch im Juni siegesgewiss. Timbuktu, Gao – die nächsten Ziele seien klar, sagt er. „Die Planungen für die Offensiven abgeschlossen.“ Und tatsächlich: Es dauert nicht lange.

Es ist der 5. Juli. Das Tackern von Maschinengewehren hallt über die Wüste, dazu Rufe: „Allahu Akbar“. In der Ferne, am sandgetränkten Him-

mel, flackert etwas Dunkles in der Luft. Es ist laut der FLA, die dieses Video verbreitet, ein russischer Hubschrauber. Das Gerät dreht sich um die eigene Achse, kommt dem Boden immer näher. Der Helikopter verschwindet hinter einer Düne. Sekunden später steigt schwarzer Rauch auf. Die zweite koordinierte Großoffensive der Rebellen ist im Gange.

Gao, Sévaré – der malischen Armee gelingt es, die Angreifer weitgehend abzuwehren. Nur in Anéfis, wohin sich im April die russischen Söldner aus Kidal zurückgezogen hatten, scheitern sie. Die Stadt ist ein strategischer Verkehrsknotenpunkt auf der Straße, die von Kidal durch die Wüste nach Süden Richtung Gao führt. Die FLA überrennt mehrere Vorposten, übernimmt eigenen Angaben zufolge die Kontrolle über die Stadt. Die Söldner ziehen sich in ihr Militärcamp zurück. So wie damals in Kidal – kurz bevor sie um freies Geleit baten.

Der abgeschossene Hubschrauber war angeblich als Verstärkung für das Camp gedacht. In einem zweiten Video ist auch das Wrack zu sehen. Flammen, rauchendes Metall, zwei bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Körper.

Mehrmals schickt Malis Armee Militärkonvois aus Gao nach Anéfis, die in Hinterhalte geraten. Es dauert fast eine Woche, bis sie die Stadt zurückerobern. Dutzende, wenn nicht Hunderte Kämpfer sind bei der Schlacht um Anéfis auf allen Seiten gefallen.

Im Norden Malis ist die Militärregierung in Bedrängnis, aber die ferne Hauptstadt Bamako schützt sie mit enormen Ressourcen, das ist unübersehbar. Motorräder, Pick-ups mit Soldaten, Truppentransporter fahren ständig durch die Stadt. An strategischen Punkten stehen Soldaten hinter aufgebockten Maschinengewehren: Kaliber 12,7 mm. Selbst Panzerwagen sind in Bamako unterwegs. Die Militärregierung geht auch immer brachialer gegen ihre politischen Gegner vor. Mitte Juli beschließt sie eine Gesetzesnovelle, die es ihr ermöglicht, ihren Kritikern die Staatsangehörigkeit zu entziehen.

Mehr noch als die ideologische Annäherung eint JNIM und FLA der gemeinsame Feind: die zusehends autokratisch auftretende Putschistenregierung in Bamako, vor allem aber die russischen Söldner. Internationale Organisationen werfen ihnen in ihrem Kampf gegen den Terror Verbrechen gegen Zivilisten vor, Vergewaltigung, Folter, Mord.

Mittlerweile ist gar vom Einsatz völkerrechtlich geächteter Waffen die Rede. „Die malische Armee und ihre russischen Partner haben bei ihren Angriffen auf Azawad Streumunition eingesetzt“, sagt Assaleh. Im vergangenen Jahr waren die malische Armee und russische Söldner laut der Analystengruppe Acled für viermal so viele zivile Opfer verantwortlich als ihre Gegner.

Die FLA verbreitet in diesen Tagen ein furchterregendes Foto, das aus der Region Timbuktu stammen und ein Opfer der russischen Söldner zeigen soll. Darauf ist der abgetrennte Kopf eines Mannes zu sehen, die Sonnenbrille noch auf der Nase. Der Kopf liegt im Sand, daneben seine abgeschnittenen Arme und Beine, drapiert zu einem Stern.

Oberst Assaleh sieht sich angesichts dieser Verrohung nicht als Aggressor, sondern als Befreier. „Als wir in Kidal einmarschiert sind, wurden wir wie Söhne empfangen, die zu ihren Eltern zurückkehren“, sagt er.

Doch es gibt Bewohnerinnen Kidals, die widersprechen. Auch die Sängerin Coulibaly. Dabei ist sie selbst Tuareg.

Anfang Juli lebt Coulibaly noch immer in „der Wildnis“, wie sie ihren Rückzugsort nach der Flucht aus Kidal nennt. Sie schläft unter freiem Himmel. In dem kleinen Verschlag, den sich ihre Familie teilt, ist nicht genug Platz. Und doch will sie nicht zurück nach Kidal. „Wir wollen nicht in Azawad leben“, schreibt sie. Ihre Familie stehe auf der Seite der Regierung.

Separatisten mit begrenztem Anspruch auf ihr Territorium. Dschihadisten, die sich kompromissbereit geben, eine Regierung, die mit ihren Partnern für grausame Verbrechen verantwortlich gemacht wird. Die Krise in Mali wirkt auch so aussichtslos, weil es darin viel Grau und wenig Schwarz-Weiß gibt. Und keine überlegene Front.

JNIM und FLA verfügen Schätzungen zufolge über 12.000 Kämpfer – zu wenige, um Territorien dauerhaft zu halten oder gar Malis Hauptstadt einzunehmen, aber zu viele, um den Krieg zu verlieren. Die Regierung ist auch mit russischer Hilfe derzeit nicht in der Lage, spektakuläre Offensiven ihrer Gegner zu verhindern.

Nana Coulibaly sitzt auf einem blauen Teppich. Ihr rechter Fuß lugt unter ihrem Gewand hervor und wippt im Takt von Trommeln. Coulibaly macht in einem weiteren Video, das sie per Whatsapp schickt, was sie am liebsten tut: singen. Sie appelliert in dem Lied an alle Malierinnen und Malier, die ihr Heimatland verlassen haben. Sie sollten zurückkehren. Frieden stiften. Ein verzweifelter Hilferuf? Nach ein paar Zeilen senkt Coulibaly den Kopf. Als würde sie sich auf die Lippen beißen.

Die Kämpfer in Mali

Tuareg-Rebellen: Aufständische aus einigen Clans des Händler- und Nomadenvolkes der Tuareg, die mit den Staatsgrenzen in der Wüste Sahara nichts anfangen können und für einen eigenen Staat „Azawad“ kämpfen, gibt es in Mali und Niger seit Jahrzehnten. Die „Front de Libération de l’azawad“ (Azawad-Befreiungsfront) entstand 2014 aus einer Fusion kleinerer Tuareg-Rebellengruppen, die 2012–13 kurzzeitig die Kontrolle über Malis Nordhälfte übernommen hatten.

Islamistische Rebellen: Radikale islamistische Untergrundkämpfer sind seit dem Bürgerkrieg in Algerien in den 1990er Jahren in der gesamten Sahel- und Sahararegion Westafrikas aktiv und schlossen sich frühzeitig dem Terrornetzwerk al-Qaida an. Die „Gruppe zur Unterstützung des Islams und der Muslime“ (JNIM) entstand 2017 aus der Fusion von „al-Qaida im islamischen Maghreb“ mit lokalen islamistischen Rebellengruppen in Mali; sie kämpft auch in Niger und Burkina Faso.

Russische Söldner: Die von russischen Neonazis gegründete Söldnergruppe Wagner ist seit 2017 in mehreren Ländern Afrikas präsent und seit 2021 auch in Mali, wo 2020 das Militär geputscht hat. Seit 2024 ist die Wagner-Truppe als „Afrikakorps“ dem russischen Verteidigungsministerium unterstellt. Mehrere tausend russische Kämpfer, teils mit unklarem Status, sind in Basen von Malis Armee stationiert und nehmen an Kämpfen gegen Rebellen sowie Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung teil.

**kurzreisen**
in Deutschland

Gemeinsam Deutschland besser kennenlernen
Entdecken Sie landschaftlich reizvolle Regionen und interessante Städte in Deutschland, überall treffen wir zudem lokale Initiativen für eine nachhaltige Gesellschaft.

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin



7. bis 11. September 2026
Sorbische Gemeinden und Ökologie, Refugium für Utopien
HERRNHUT (OBERLAUSITZ)
In Begleitung von taz-Redakteurin Sabine Seifert
Mit Ausflügen nach Görlitz und Bautzen, Treffen mit sorbischem Schriftsteller und dem Ex-Bürgermeister von Nebelschütz, einem Dorf, in dem im Alltag sorbisch gesprochen wird.
4 Übernachtungen im Gästehaus der Herrnhuter Brüdergemeine;
ab 950 € (DZ/HP/ohne Anreise)

20. bis 25. August 2026
Wanderungen an geschichtsträchtigen Orten
NORDEIFEL UND HOHES VENN
In Begleitung von taz-Autor Bernd Müllender
Wanderungen im größten Hochmoor Europas und im Hürtgenwald, skurrile Besonderheiten des Lebens im Grenzgebiet und Besuch der ehem. Nazischule „Ordensburg Vogelsang“.
5 Übernachtungen in Heimbach bzw. im Nabear-Haus Vogelsang;
ab 950 € (DZ/HP/ohne Anreise)

Nähere Informationen zu allen taz-Reisen im Internet: **www.taz.de/tazreisen** oder unter Telefon **(0 30) 2 59 02-117**

richtig gute leute

„Geil, dass ich heute da war“

Constantin Seitz ist Trainer für Muay Thai beim Kampfsportkollektiv Redore. Vereine sind bedeutende Anlaufstellen für Jugendliche in Ungewissheit

„Bock auf Sport und kein Bock auf Diskriminierung.“ Für Constantin Seitz ist das die wichtigste Gemeinsamkeit beim Kampfsport. Das Kampfsportkollektiv Redore in Halle ist deshalb wie ein Zuhause für ihn geworden. Seit sieben Jahren ist er dort Mitglied, Kampfsport macht der 33-Jährige sogar schon seit seiner Jugend. Mit Jiu-Jitsu und Boxen hat er angefangen, später wechselte er zu Kickboxen und Muay Thai, besser bekannt als „Thai-boxen“.

Inzwischen ist Seitz auch Trainer für Muay Thai, ein Hauptfokus im Programm von Redore. „Geil, dass ich heute da war“ – das sollen seine Teilnehmer*innen, die meisten von ihnen Studierende oder Berufstätige zwischen 20 und 35 Jahre, am Ende der Trainingseinheit denken. Auch das Angebot für Jugendliche wird derzeit ausgebaut, dafür verteilt das Kampfsportgym Gutscheine in Schulen und Jugendzentrum.

Es sei eine schwierige Zeit für Jugendliche, sagt Seitz. „Jugendliche wachsen jetzt in so eine Ungewissheit rein.“ Zusammengepfercht während der Coronalockdowns, steigende Mietpreise, hohe Ansprüche aus der Boomer-Generation, jetzt kommt der Wehrdienst und es ist Krieg in Europa. „Wenn ich als Jugendliche*r hier lebe, denke ich doch: Was soll die Scheiße?“, sagt Seitz.

In so einer schwierigen Situation könne man an die falschen Leute geraten. „Gerade, wenn der Rechtsruck am Start ist. Dass man da auf korrekte Leute trifft, ist viel wert“, findet Constantin Seitz, der eigentlich anders heißt, aber aus Sorge vor rechten Anfeindungen seinen Namen lieber nicht in der Zeitung lesen will. Dass es auch anders geht, weiß Seitz aus erster Hand. In früheren Vereinen hat er viel Diskriminierung miterlebt. Auch beim letzten Verein war es „alles so ‚ne rassistische Scheiße“, die jemand äußerte. Zu dieser Zeit wurde Redore gegründet, wo er schließlich auf „korrekte Leute“ getroffen ist.

Zu dem Verein kämen nicht nur die, „die unbedingt Weltmeister im Boxen werden wollen“, sagt Seitz. Es spräche sich rum, dass es da einen Verein gebe, „der ist auch cool mit non-binären und trans Leuten. Geh‘ da doch mal hin.“ So kämen Leute mit unterschiedlichen Zielen zusammen. Der Sport sei dann eine Sache, die sie eint.

„Ich sehe uns nicht als explizit linkes Kampfsportgym.“ In Halle gäbe es zwar durchaus Verbindung zu gleichgesinnten Sportvereinen. Die Vernetzung mit anderen Vereinen passe aber eher bundesweit. Und das gar nicht so sehr, weil man eine „Bubble“ (eine Blase) teile oder „gegen“ irgendjemanden sei, sagt Seitz. Sondern schlichtweg, weil sich die Angebote ähnelten.

So treffe man andere Vereine auf Sportveranstaltungen, wo etwa auch „mixed gender fights“ angeboten werden. „Das ist schon eher unüblich, dass Männer gegen cis Frauen oder trans Personen kämpfen. Dann sehen wir da schon immer die gleichen Leute.“ Die ähnliche Gesinnung entstehe also nicht darüber, „gegen rechts“ zu sein, sondern andersrum darüber, für bestimmte Angebote offen zu sein. Der kleinste gemeinsame Nenner sei, keine Diskriminierung im eigenen Verein zu erleben. Das sei in Ostdeutschland keine Selbstverständlichkeit.

Und doch gebe es im Moment auch Unterschiede zu sonst. „Unbehagen ist bei allen da vor dieser Wahl“, meint Seitz. Er habe das Gefühl, rechte Akteure könnten sich immer mehr zeigen, auch in Halle. „Ich bin froh, dass unser Verein nicht finanziell auf öffentliche Mittel angewiesen ist.“ Manche Hallenser Vereine und Initiativen nennt die AfD in ihrem Wahlprogramm sogar namentlich – und will deren Förderungen streichen, falls sie nach September in Sachsen-Anhalt regieren sollte.

Auch, weil Sport- und Jugendeinrichtungen etwas gegen demokratiegefährdende Parteien wie die AfD bewegen könnten, glaubt Seitz: „Vereine aktivieren Leute, sich einzubringen.“ Dafür lobt er auch sein Kampfsportgym: „Wenn du dich engagieren möchtest, musst du dich nicht in einer Hierarchie hochkämpfen. Wir sind happy über alle Leute, die den Austausch suchen.“

Adam Schwedhelm



Politik versinkt im Drohnen-Chaos

Bei der Drohnenabwehr gibt es viele Lücken und noch mehr Kompetenzgewirr. Auch die Debatte um mögliche Reformen wird zunehmend unübersichtlich

Von **Frederik Eikmanns**

Soldat*innen, Bundes- und Landespolizist*innen, private Sicherheitsunternehmen: Wer an welchen Orten Drohnen abwehren soll, ist so undurchschaubar geregelt, dass auch die Debatte über Reformen chaotische Züge annimmt. Seitdem letzte Woche in Leipzig eine Drohne mit Sprengstoff gefunden wurde, überschlagen sich Politiker*innen mit Forderungen.

Die Debatte bekam am Montag eine neue Brisanz, als bekannt wurde, dass die Drohne in Leipzig direkt in eines der ukrainischen Flugzeuge gesteuert war. Bislang hieß es, das unbemannte Fluggerät habe einen technischen Defekt erlitten, bevor es zum Angriff übergehen konnte. Tatsächlich war es aber wohl nur der nicht auslösende Zünder, der eine Katastrophe verhinderte. Der an dem Fluggerät befestigte Sprengstoff explodierte nicht und fiel nach dem Zusammenstoß wohl einfach zu Boden.

Den wohl weitgehendsten Vorschlag, wie solche Angriffe

künftig abgewehrt werden sollen, machte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). Er forderte am Montag, die Bundeswehr müsse zur Drohnenabwehr an Flughäfen zum Einsatz kommen. Bislang dürfen die Soldaten in Friedenszeiten nur gegen Flugobjekte tätig werden, die sich im Luftraum über militärischen Einrichtungen befinden. An der Grenze der Kasernen ist Schluss, dahinter übernimmt die Polizei.

Günthers Vorschlag, dies zu ändern, läuft auf den seit Jahrzehnten immer wieder von CDU-Politikern geforderten Einsatz der Bundeswehr im Inneren hinaus, für den zwingend eine Grundgesetzänderung nötig wäre. Es überrascht, dass diese Idee mit Günther ausgerechnet von einem prominenten Vertreter des liberalen Flügels in der CDU kommt.

Allerdings sind die Chancen auf Umsetzung nahe null: Für eine Grundgesetzänderung wäre eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag nötig. Selbst wenn die Union die bei dem Thema skeptischen SPD-Abgeordneten über-

zeugen könnte, bräuchte sie immer noch die Unterstützung von AfD oder Linkspartei. Mit beiden hat sie die Zusammenarbeit ausgeschlossen und bei beiden ist unwahrscheinlich, dass sie zustimmen würden. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Clara Bünger, sagte der taz jedenfalls schon mal: „Wir brauchen eine funktionierende Or- tung, klare Meldewege und eine wirksame zivile Drohnenabwehr, keine weitere Militarisierung der inneren Sicherheit.“

Aber auch wenn die Bundeswehr außen vor bleibt, mischen andernorts noch mehr als genug Akteure mit. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) setzt auf die ihm unterstellte Bundespolizei. Deren erst vor wenigen Monaten ins Leben gerufene Anti-Drohnen-Einheit soll von derzeit 130 auf 300 Beamt*innen vergrößert werden, bundesweit sollen acht Stützpunkte entstehen, kündigte Dobrindt an.

Die Polizist*innen gehen mit Netzwerfern, elektronischem Störmechanismen und Verfolgdrohnen auf Jagd nach den

ferngesteuerten Flugobjekten. Außerdem soll ein Forschungszentrum für Drohnensicherheit entstehen. Schon am 18. August soll es in Kochstedt auf dem Gelände des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) eröffnet werden.

All das ändert aber nichts daran, dass die Bundespolizei nur an bestimmten Orten tätig werden darf, etwa an Bahnhöfen oder eben Flughäfen. Außerhalb davon geht die Verantwortlichkeit auf die Landespolizeibehörden über, die Kooperation zwischen Bundes- und Landesbehörden soll seit 2025 ein Drohnenkompetenzzentrum organisieren. Und als wäre das noch nicht genug, haben verschiedene Politiker zuletzt noch ins Spiel gebracht, das ja auch die Betreiber von wichtigen Einrichtungen, etwa Flughäfen und Kraftwerken, selbst Drohnen abschießen könnten.

Auch der neue Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) will nicht nur auf die Polizei setzen. „Die Deutsche Flugsicherung ist zuständig für die Sicherheit im Luftraum rund um die Flughäfen“, sagte er am Montag dem Nachrichtenportal Politico. „Da spielt rechtzeitiges Erkennen von Drohnen natürlich eine wesentliche Rolle.“

Im Angesicht dieser Vielzahl möglicher und tatsächlicher Drohnenjäger mit ihren unterschiedlichen Einsatzgebieten fordert die Opposition einen Befreiungsschlag. Grünen-Innenexperte Konstantin von Notz sagte der taz, der Bund müsse bei dem Thema „glasklar die Verantwortung übernehmen.“ Federführend müsse dabei einzig die Bundespolizei sein, die Bundeswehr könne zusätzlich „innerhalb der engen Grenzen der Verfassung unterstützend tätig werden.“

Abseits der Debatte um Drohnenabwehr wurden am Montag erste Ermittlungserfolge zu dem Vorfall in Leipzig bekannt. So fanden Ermittler*innen an der Drohne DNA-Spuren, die auch schon beim Brand eines Pakets in einem DHL-Zentrum 2024 gefunden worden waren. Eine konkrete Person lässt sich den Spuren bisher nicht zuordnen, die Ermittler*innen rechnen den Vorfall 2024 aber russischen Stellen zu. Plan war damals wohl eigentlich, mit dem im Paket versteckten Brandsatz ein Frachtflugzeug zum Absturz zu bringen.

Drei Bundesländer verschärfen die Handyregeln an Schulen

Sachsen und Bayern weiten das Handyverbot aus. Und in Rheinland-Pfalz zeigt die Neubesetzung des Bildungsministeriums Wirkung

Von **Ralf Pauli**

Im neuen Schuljahr gelten in Sachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz strengere Regeln für Handys und Smartphones an öffentlichen Schulen. In Sachsen und Bayern galt bislang – wie in anderen Bundesländern – schon ein Verbot privater Geräte an Grundschulen. Das wird nun auf die weiterführenden Schulen ausgeweitet, bis einschließlich der siebten Klasse in Bayern. In Sachsen, wo das Schuljahr kommende Woche startet, sogar bis einschließlich der achten Klasse.

Sachsens Bildungsminister Conrad Clemens (CDU) begründet den Schritt am Montag auch mit den positiven Erfahrungen, die sein Land mit dem Handyverbot an Grundschulen gemacht habe: Viele würden jetzt erst feststellen, wie sehr die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit gelitten hätten. Auch das soziale Miteinander sei verloren gegangen. Clemens kündigte an, dass

es neben dem Verbot auch weitere Maßnahmen wie den neuen „Medienpass“ für Schüler:innen gebe, um auf die Gefahren von Social Media & Co einzugehen.

Bayerns Kultusministerin Anna Stolz (Freie Wähler) stellte kürzlich gar eine „Offensive für mehr digitale Balance bei Kindern und Jugendlichen“ vor. Neben der Ausweitung des Handyverbots sollen Grundschüler:innen künftig einen „Chat-Kompass“, ältere Schüler:innen einen „Social-Media-Kompass“ machen können. Stolz versprach, die Medienbildung im Zuge der laufenden Lehrplanüberarbeitung weiter zu stärken.

In Rheinland-Pfalz soll es ab Februar 2027 ein Handyverbot für Schüler:innen bis einschließlich der zehnten Klasse geben. Bisher gelten so strenge Regeln nur in Bremen und Hessen. Die Verzögerung begründete Bildungsministerin Ute Eiling-Hütig (CDU) vergangenen Donnerstag mit „Abstimmungen in der Regierungskoalition“ des

Landes. Amtsvorgänger Sven Teuber (SPD), der im Mainzer Kabinett nun für Kommunen, Bauen, Wohnen und Kultur zuständig ist, hatte sich noch gegen ein generelles Verbot ausgesprochen – und damit bei den Schüler:innen gepunktet.

Ein pauschales Verbot greife zu kurz und ersetze keine pädagogischen Konzepte, sagte etwa eine Sprecherin der Landesschülerinnen- und Landesschülervertretung (LSV) auf die Pläne Eiling-Hütigs. Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Jugendlichen bundesweit gegen ein striktes Verbot ist. Auch in Sachsen gibt es Kritik an den schärferen Regeln. Aus Sicht der stellvertretenden Vorsitzenden der GEW Sachsen, Claudia Maaß, ist das „reine Profilierungspolitik“. Ungeklärt sei etwa, wer das Handyverbot im Schulalltag durchsetzen solle. Maaß verwies auf Unterrichtsausfall, Personalmangel und steigende Belastungen der Kollegien.

Im Gegensatz zu dem geplanten bundesweiten Social-Media-Ver-

bot gibt es derzeit keine Pläne für deutschlandweit einheitliche Regeln im Umgang mit Smartphones & Co an Schulen. Hessens Bildungsminister Armin Schwarz (CDU) hatte vergangenes Jahr versucht, seine Amtskolleg:innen zu so einem Schritt zu bewegen, scheiterte aber mit seinem Vorstoß. Manche Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen überlassen nach wie vor jeder Schule selbst, wie sie mit Handys an Schulen umgehen.

Ob und wie stark Smartphones die Schüler:innen im Unterricht ablenken, ist bislang noch nicht ausreichend erforscht. Unstrittig sind hingegen die Gefahren von Social Media und zu langen Bildschirmzeiten. Die Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“, die im Auftrag von Bundesfamilienministerin Prien im Juni insgesamt 56 Maßnahmen vorlegte, spricht sich auch für ein bundesweites Handyverbot bis einschließlich Klasse sieben aus.

Exodus der Wagenknecht-Fans

Kurz vor der Wahl in Sachsen-Anhalt treten gleich mehrere BSW-Kreisvorsitzende aus der Wagenknecht-Partei aus. Der Vorwurf an die Landesspitze: zu große AfD-Nähe

Von **Rainer Rutz**

Dem BSW in Sachsen-Anhalt gehen vier Wochen vor der Landtagswahl gleich drei Kreisvorsitzende von der Fahne. „Wir verlassen das Bündnis Sahra Wagenknecht, weil wir unseren politischen Überzeugungen treu bleiben wollen“, heißt es in einem Austrittsschreiben, das die Chef:innen der BSW-Verbände Halle-Saalekreis, Burgenlandkreis und Mansfeld-Südharz gemeinsam mit 18 weiteren Mitgliedern unterzeichnet haben. Zuerst hatte die in Halle erscheinende *Mitteldeutsche Zeitung* berichtet.

In ihrem Schreiben werfen die nun gewesenen BSWler:innen der Spitze des Landesverbands der Wagenknecht-Partei einen autoritären Führungsstil vor, der zu Intransparenz, Postengeschacher „sowie einer Kultur des Misstrauens und der Überwachung“ geführt habe.

Darüber hinaus beklagt die Gruppe eine Annäherung an die in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingestufte AfD. „Auch im laufenden Landtagswahlkampf nehmen wir wahr, dass sich das BSW in Sprache und Themenwahl zunehmend an Positionen der AfD orientiert“, heißt es wörtlich.



Wächterin über die reine Parteilehre: BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht auf einer Kundgebung in Magdeburg
Foto: Peter Gercke/dpa

Tatsächlich bleibt die sachsen-anhaltische BSW-Landesspitze in ihrer Haltung zur AfD bewusst uneindeutig. Die offizielle Linie lässt sich so zusammenfassen: Sollte der Partei am 6. September der Sprung in den Landtag gelingen, werde es vom BSW keine Stimme für eine Wiederwahl von CDU-Ministerpräsident Sven Schulze geben. Seinen rechtsextremen AfD-Herausforderer Ulrich Siegmund würden die Wagenknechtler:innen aber auch nicht wählen. Vielleicht werde man sich aber der Stimme enthalten.

Siegmund würde dadurch – sollte die AfD bei der Wahl die absolute Mehrheit verfehlen – dann eventuell doch ins Amt des Ministerpräsidenten gehievt. Diese Feinheiten aber werden vom Tisch gewischt, mit dem Argument, dass das BSW doch eigentlich etwas ganz anderes wolle: eine „Bürgerregierung“ mit einem überparteilichen Ministerpräsidenten.

Dass die anderen Parteien von einer „Bürgerregierung“ nichts wissen wollen – ebenfalls geschenkt. Der Landesverband folgt damit treu der aktuellen Generallinie der Parteigründerin Sahra Wagenknecht. Erst am Wochenende erklärte Wagenknecht erneut, das Wahlziel des BSW in Sachsen-Anhalt sei erst mal Schulzes Abwahl „und seine Ersetzung durch einen überparteilichen

Ministerpräsidenten, der die Brandmauer-Idiotie beendet“.

Der Chefin der BSW-Grundwertekommission und Wächterin über die reine Lehre geht es dabei weniger um Sachsen-Anhalt als um das große Ganze – den Sturz von Kanzler Friedrich Merz (CDU). Schulzes Abgang nach der Landtagswahl „wäre die nächste verdiente Klatsche für Friedrich Merz und wahrscheinlich das Ende seiner desaströsen Kanzlerschaft“, so Wagenknecht.

In Magdeburg gibt man sich unterdessen von der Austrittswelle betont unbeeindruckt. Bislang lägen die Austrittserklärungen nicht vor, sagte Landeschef John Lucas Dittrich der *Mitteldeutschen Zeitung*. Aber: „Es ist gut, dass nun Klarheit herrscht.“ Zu den Unterzeichnern der Erklärung bestünden „unüberbrückbare inhaltliche Differenzen“. Ihr wahres Ziel sei es, in Sachsen-Anhalt die CDU im Amt zu halten.

Richtig ist, dass viele der nun Ausgetretenen schon seit Langem über Kreuz liegen mit den führenden Köpfen des Landes-BSW. „Die wollen, dass wir alles, was von oben kommt, einfach abnicken. Dafür bin ich 2024 nicht ins BSW eingetreten“, sagte im November vergangenen Jahres die damalige Landesgeschäftsführerin Katja Wendland zur taz.

Auch Wendland ist jetzt unter den Ausgetretenen. Ebenso die ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende Sylvia Winkelmann-Witkowsky.

Spätestens bei Winkelmann-Witkowsky stellen sich angesichts der offensiven Anti-AfD-Argumentation der Abtrünnigen allerdings auch Fragen. So forderte die Orient-Archäologin aus Halle Ende 2024, nicht nur straffällig gewordene, jugendliche Migrant:innen „konsequent“ abzuschieben, sondern ihre Familien gleich mit. Das ging selbst vielen Wagenknechtler:innen zu weit, die darin astreine AfD-Programmatik sahen.

Im aktuellen Landtagswahlprogramm setzt das BSW Sachsen-Anhalt gleichwohl auf eine immer noch harte Linie. So heißt es hier: „Die heimische Bevölkerung ist vor Überlastungstendenzen zu schützen. Die Handlungsfähigkeit des Staates muss glaubhaft und sichtbar sein. Dazu gehört auch die konsequente Abschiebung, wenn kein Anspruch auf Asyl besteht, Asylmissbrauch vorliegt oder Migranten straffällig werden.“

Der Zuspruch für die mit derlei AfD-light-Parolen hausierenden gehende Wagenknecht-Partei hält sich jüngsten Umfragen zufolge in Grenzen. Auf derzeit 4 Prozent taxiert, würde das BSW den Einzug in den Magdeburger Landtag verfehlen.



„Inakzeptabler Vorgang“: CDU-Landeschef und -Spitzenkandidat Daniel Peters Foto: Jens Büttner/dpa

CDU und Linkspartei müssen draußen bleiben

RTL/ntv will eine TV-Debatte zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern plötzlich ohne CDU und Linke durchführen. Die sehen hinter der Ausladung die SPD am Werk

Von **Rainer Rutz**

Es kommt selten vor, dass CDU und Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern einer Meinung sind. Aber manche Ereignisse schweißen zusammen. So spricht Daniel Peters, der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in sechs Wochen, von einem „inakzeptablen Vorgang“. Und Linken-Landeschef Hennis Herbst stimmt ausnahmsweise zu: „Da werde ich grundsätzlich. Das geht gar nicht.“

Der Vorgang, der so gar nicht geht, ist in erster Linie ein recht unfreundlicher Akt: Beide Parteien wurden von der Sendergruppe RTL/ntv und dem kooperierenden Radiokanal Ostseewelle Anfang Juni zu einer Fernsehdebatte im Vorfeld der Wahl am 20. September erst schriftlich eingeladen – und nun, zwei Monate später, ebenfalls schriftlich wieder ausgeladen. Ohne Begründung.

Wie RTL/ntv auf taz-Nachfrage bestätigt, wird es im September jetzt nur noch ein Duell zwischen SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und AfD-Herausforderer Leif-Erik Holm geben, den Kandidat:innen der beiden in Umfragen führenden Parteien also. Daniel Peters von der oppositionellen CDU und Simone Oldenburg, die Spitzenkandidatin der in Schwerin seit fünf Jahren mit der SPD regierenden Linken, müssen draußen bleiben.

So weit, so unerfreulich für die Ausgeladenen. Wäre da nicht zusätzlich ein schwerer Vorwurf. Das unmittelbare Umfeld von Schwesig soll demnach in ihrem Auftrag nachdrücklich bei RTL/ntv und Ostseewelle interveniert haben, um eine Viererrunde zu verhindern. Schwesig, so die kolportierte Drohung, trete im Duell gegen AfD-Mann Holm an – oder gar nicht. Wenn die Sender die Regierungschefin mit dabei haben wollten, dann nur ohne „die Zwerge“ von Linkspartei und CDU.

Exakt so sei es ihnen von mit dem Vorgang betrauten Personen zugetragen worden, sagen Daniel Peters von der CDU und Hennis Herbst von der Linken unabhängig voneinander. Schriftlich belegen können sie

ihren Vorwurf nicht. Aber er passt ins Bild.

Regierungschefin Schwesig setzt seit Langem auf einen Zuspitzungswahlkampf mit der extremen Rechten: Ich oder die AfD, Stabilität oder Niedergang, die Demokratie, das bin ich, Manuela Schwesig. Gut möglich, dass ihre Strategie am 20. September aufgeht. Gut möglich aber auch, dass dabei die potenziellen Koalitionspartner der SPD unter die Räder kommen.

Nicht zuletzt für die oppositionelle CDU droht es ungemütlich zu werden. Die Konservativen – viele Jahre Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern – sind in der letzten Umfrage auf 9 Prozent abgerutscht. Spitzen-

„Indem man dafür sorgt, dass Linke und CDU ausgeladen werden, gibt man nur der AfD mehr Sendezeit“

Hennis Herbst, Linken-Landeschef

kandidat Peters macht die öffentliche Zuspitzung auf einen Zweikampf SPD gegen AfD dafür mindestens mitverantwortlich.

Der Ministerpräsidentin gehe es mit ihrer Strategie allein um den Machterhalt, ohne Rücksicht auf Verluste und mögliche Kollateralschäden. „Manuela Schwesig will nicht die Demokratie retten, Manuela Schwesig will Manuela Schwesig retten“, sagt Peters zur taz. Dabei biete die Regierungschefin „der AfD ganz bewusst großen medialen Raum“. Mehr noch: „Sie stärkt damit die AfD.“

Hennis Herbst von Schwesigs linkem Koalitionspartner formuliert es diplomatischer: „Indem man dafür sorgt, dass Linke und CDU ausgeladen werden, gibt man letztlich nur der AfD mehr Sendezeit.“ Das mag im Interesse der Zuspitzung sein. „Der demokratischen Auseinandersetzung bringt das aber nichts“, so Herbst zur taz.

Die beiden Parteien sollen sich mal etwas locker machen,

heißt es sinngemäß von Lilly Blaudszun, der Leiterin der SPD-Wahlkampf-Kommunikation von Manuela Schwesig. „Jeder Sender entscheidet über sein Format selbst.“ Und Schwesig habe bei RTL/ntv und Ostseewelle letztlich dann nun mal „für ein Kandidatenduell zugesagt“, teilt Blaudszun knapp mit.

Auch RTL/ntv verweist auf die redaktionelle Unabhängigkeit. Die Sendergruppe habe zunächst lediglich „unterschiedliche Konstellationen geprüft“, darunter „eine größere Runde“ mit den Spitzen von SPD, AfD, CDU und Linken. Dann habe man sich „nach weiterer redaktioneller Abwägung“ aber entschieden, das Format als Duell Schwesig gegen Holm umzusetzen – und zwar aus eigenen Stücken.

„Versuche, inhaltlich Einfluss zu nehmen, gab es weder von der

Landesregierung noch von der SPD“, weist eine Sprecherin den Vorwurf von CDU und Linken zurück. Und weiter: „Ausschlaggebend für die Zuspitzung auf ein Duell waren die aktuellen Umfragewerte sowie die bundesweite Ausrichtung der Berichterstattung von RTL und ntv.“

Auch für Sachsen-Anhalt, wo bereits am 6. September ein neuer Landtag gewählt wird, hat RTL/ntv übrigens eine 90-minütige „Wahlarena“ angekündigt. Umfragewerte scheinen hier eher zweitrangig zu sein. Vier Tage vor der Wahl werden sich live bei ntv nicht nur CDU-Ministerpräsident Sven Schulze und der AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund „zum entscheidenden Schlagabtausch“ live begegnen. Auch die „Zwerge“ von SPD, Linken, Grünen, FDP, und BSW dürfen fleißig mitdiskutieren.

genossenschaft

Karin Drong, Finn Leben
Genossin seit 2008, Genosse seit 2025

WEITER GEHT'S NUR, WENN WIR ES WEITERGEBEN

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Helft mit, der nächsten Generation den Einstieg zu ermöglichen – und unserer taz den Rücken zu stärken. Alle Infos unter: taz.de/generationenprojekt

Mangelware Löschflugzeuge

Die Waldbrandgefahr in Deutschland bleibt hoch. Was hilft im Kampf gegen das Feuer?

Von **Hanna Gersmann**

Die Deutschlandkarte des Deutschen Wetterdienstes, die den Waldbrandgefahren-index abbildet, ist für kommenden Freitag außer in Schleswig-Holstein fast überall rot für „hohe Gefahr“ oder etwa im Nationalpark Schwarzwald oder in Darmstadt tiefrot für „sehr hohe Gefahr“. „Die Hitze, die Trockenheit, wie wir sie jetzt haben, könnten wir flächendeckend in der Bundesrepublik bisher nicht“, sagt Raimund Engel, Forstwirt und Waldbrandschutzbeauftragter des Landes Brandenburg. „Nicht über so viele Tage, vor allem der Süden und Südwesten Deutschlands sind stark betroffen.“

In Brandenburg müssten Feuerwehren derzeit vor allem ausrücken, um Brände auf Feldern zu löschen, in anderen Bundesländern brenne der Wald. Ist Deutschland aber auf große Brände vorbereitet? Engel hat auch bundesweit einen guten Überblick.

Etwa bei Löschflugzeugen. Woanders kommen gewaltige Maschinen wie die Canadair CL-415 zum Einsatz, die rund 6.100 Liter abwerfen kann. „Nein, Deutschland besitzt kein eigenes Löschflugzeug“, sagt der Brandschutzbeauftragte. Als einzige Kommune verfüge der Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt über eines, genannt Hexe 1. Doch dieser Flieger, der pro Flug bis zu 2.300 Liter Wasser mitnehmen kann, werde nur jedes Jahr von April bis September von einem polnischen Unternehmen gepachtet.

In den Jahren 2023 und 2024 seien im niedersächsischen Braunschweig auch noch zwei Löschflugzeuge einer Katastropheneinsatzgruppe der Europäischen Union, der rescEU-Flotte, stationiert gewesen. Doch 2024 seien die Verträge auch wegen offener Finanzfragen ausgelaufen. Die Flugzeuge seien auch nur selten in Deutschland zum Einsatz gekommen. Sie würden vor allem gebraucht, wenn wie in diesem Sommer in Frankreich, Spanien, Portugal, der Türkei oder Griechenland das Feuer wütet.

„Die Zerstörung ist dort so extrem, die Feuer rücken nahe ran an Städte wie Bordeaux oder Athen“, sagt Engel, „die Dimensionen sind einfach größer als hierzulande.“ Und: „In Deutschland hat jede Gemeinde eine Feuerwehr. Durch das System der Ehrenamtlichen, die bei der Freiwilligen Feuerwehr mitmachen, sind wir in 10, spätestens in 20 Minuten vor Ort.“ In anderen Ländern brauche es oft viel länger, bis eine Feuerwehr an der Brandstelle sei, nirgends seien sie so dicht verteilt wie in Deutschland. „Es geht bei Feuer aber immer darum, schnell zu sein“, sagt Engel.

Löscharbeiten im bayerischen Gebirge seien zwar auch „anders herausfordernd“ als zum Beispiel auf alten Truppenübungsplätzen in Brandenburg. Erste Feuerwehren bekämen auch Fahrzeuge, die sich fernsteuern ließen, um dort zu löschen, wo kein Mensch hinkommt. Meist würden in Deutschland im Ernstfall Hubschrauber der Bundespolizei oder der Bundeswehr angefordert. An die Hubschrauber würden große Löschwassersäcke, sogenannte Bambi Buckets gehängt. Diese ließen sich in kleinere Wassertanks am Boden absenken und dann wieder befüllen.

Das sei, meint Engels, auch „viel sinnvoller“, als einen Brand mit dem Flugzeug zu löschen. „Wo sollen diese Maschinen denn ihr Wasser herholen?“, fragt er. „Suchen Sie mal einen See oder Fluss, der noch genug Wasser hat im Sommer!“ Die ganz großen Löschflugzeuge tanken ihr Wasser im Flug, sie fliegen dann tief, gleiten mit Rumpf oder Reifen über ein natürliches Gewässer und schöpfen an ihrer Unterseite daraus in wenigen Sekunden tausende Liter Wasser.

So eine Maschine könnte das Wasser aus der Ostsee holen? „Der Weg hin und zurück würde meist zu lange dauern, der Brand liegt ja selten in der Nähe der Küste, das Feuer würde sich währenddessen weiter durchfressen“, erklärt Engel.

Könnten denn neue technische Entwicklungen helfen, Drohnen etwa? Diese würden derzeit schon eingesetzt, um Brände früh zu erkennen, erklärt Engel, „aber um ein Feuer zu löschen, reicht die Wassermenge, die sie tragen können, nicht“.

Zahl des Tages

1.660.000 E-Scooter

Sie parken beklagenswert oft auf dem Gehweg fläzend, aber bringen Fahrspaß und bieten eine klimafreundliche Alternative zu mancher Autofahrt: In Deutschland gibt es immer mehr **E-Scooter**. Im Jahr 2025 waren knapp **1,66 Millionen** versichert, wie aus Daten des Versicherungsverbands GDV hervorgeht. Das sind rund 320.000 mehr als vor einem Jahr und gut doppelt so viele wie 2022. Der Anstieg kommt daher, dass sich viele Menschen einen eigenen Scooter kaufen. Leihgeräte hingegen gibt es sogar weniger. Die Versicherer dürfte das freuen: Die Schadenhäufigkeit war bei privaten Rollern nur knapp halb so hoch wie bei den Sharing-Geräten. Spekulation: die Gehweg-Flöz-Rate wohl auch.

Ungleicher Preisschock

Besonders arme Haushalte spüren die seit Beginn des Irankrieges gestiegenen Inflationsraten. Auch die Kluft beim Einkommen wächst

Von **Simon Poelchau**

Die Preisschocks infolge des Irankriegs treffen besonders einkommensschwache Haushalte sowie ältere Menschen. Während das ärmste Zehntel der Bevölkerung durch die seit dem Beginn des Krieges gestiegene Inflation im Schnitt 2,87 Prozent ihrer Kaufkraft eingebüßt hat, sind es beim reichsten Zehntel nur 0,65 Prozent. Dies hat das Münchner ifo Institut in einer am Montag veröffentlichten Studie berechnet. Demnach stieg auch die Ungleichheit.

Für ihre Studie verglichen die ifo-Forschenden ihre ursprünglichen Inflationsprognosen mit den nach dem Krieg geschätzten Teuerungsraten und analysierten, wie diese sich auf die einzelnen Haushaltstypen auswirkten. So ging das Institut vor der

Eskalation von einem Anstieg der Energiepreise in diesem Jahr von 0,9 Prozent aus, mittlerweile halten sie 8,3 Prozent für realistisch. Für nächstes Jahr gingen sie zunächst von 0,4 Prozent aus, jetzt sind es 2,7 Prozent.

Bereits Berechnungen im Rahmen der Energiekrise, die der russische Angriff auf die Ukraine auslöste, zeigten, dass ärmere Haushalte einen besonders großen Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Haushaltsenergie ausgeben müssen. Dies trifft auch auf Senioren zu, weshalb diese Personengruppe ebenfalls von den im Zuge des Irankrieges gestiegenen Spritpreisen betroffen war.

Insgesamt schrumpft die Kaufkraft der Bevölkerung infolge des Irankrieges im Schnitt um 1,15 Prozent. „Gerade, weil es

für diesen Schock keinen europäischen Preisdeckel gibt wie in der Energiekrise 2022, landet die Last fast ungebremst bei den Haushalten – und dort besonders bei denen mit niedrigen Einkommen“, erklärt ifo-Forscher Andreas Peichl. „Wir sehen, dass ärmere Haushalte einem Preisschock, der Tausende Kilometer entfernt seinen Ursprung hat, schlechter ausweichen können und größere Kaufkraftverluste erleiden“, ergänzt Ifo-Forscherin Tiphaine Wibault.

Dies hat auch Auswirkungen auf die Einkommensverteilung. Laut dem ifo Institut steigt auch der sogenannte Gini-Koeffizient durch den Irankrieg. Dieser gibt an, wie sehr das gesamtgesellschaftliche Einkommen bei wenigen reichen Haushalten angehäuft ist. Ist er hoch, ist auch die Konzentration besonders hoch.



Demonstration zur Unterstützung der GKN-Arbeiter:innen im März 2022 in Florenz Foto: Giorgio Pica/aal photo/imagio

Der Fabrikbesetzung folgt ein Neuanfang

Fünf Jahre hatten Arbeiter*innen ein Werk des Automobilzulieferers GKN bei Florenz gekapert. Nun geben sie es frei – gegen ausstehende Löhne und mit einem neuen Plan

Aus Rom **Michael Braun**

Nach fünf Jahren endet das wohl längst dauernde Projekt einer Fabrikbesetzung in Italien: die Besetzung der GKN, eines Automobilteilezulieferers, in Campi Bisenzio vor den Toren von Florenz.

Die Aktivist*innen, die seit fünf Jahren den Eigentümern die Stirn bieten, haben jetzt beschlossen, ihre Zelte in der GKN-Fabrikhalle abzubauen, da die Pläne der Umwidmung zugunsten einer von ihnen getragenen Genossenschaft in einer Sackgasse geendet sind. Doch diesen Schritt sehen sie nicht als Niederlage: Sie wollen ihren Kampf in anderen Formen weiterführen.

Dieser hatte im Juli 2021 begonnen. Die GKN – ein britischer Automobilteilemulti, der im Jahr 2018 von dem Kapital-

fonds Melrose Industries übernommen worden war – setzte damals von einem Tag auf den anderen die 422 Arbeiter*innen vor die Tür, um die Gewinne des Unternehmens zu steigern. Doch

Die Kooperative hat Volksaktien im Wert von 1,15 Millionen Euro herausgegeben

die Beschäftigten reagierten mit der sofortigen Fabrikbesetzung. Sie verlangten ein Zukunftsprojekt, das den Standort und ihre Arbeitsplätze sicherte – und als die Eigner nicht reagierten, machten sie sich selbst an die Ausarbeitung des Projekts. Es

sah und sieht auch heute noch zwei Fertigungslinien vor, einerseits die Fertigung und Wiederverwertung von Solarpanels, andererseits den Bau von Lastenfahrrädern.

Zugleich suchte das Kollektiv der Besetzer*innen von Beginn an die Unterstützung sowohl der Öffentlichkeit als auch der politischen Institutionen, der Region Toskana ebenso wie der Kommunen Florenz, Campi Bisenzio und zwei weiterer Städte. Über die Jahre wurden diverse Demonstrationen mit Tausenden Teilnehmer*innen, Zeltcamps, Konzerten, Dutzenden Veranstaltungen nicht nur in Italien, sondern auch in Deutschland organisiert. Über die Jahre wurden auch intensive Verhandlungen mit den lokalen und regionalen Entscheidungsträger*innen geführt.

Diese Verhandlungen schienen zunächst von Erfolg gekrönt. Die Region und die beteiligten Kommunen riefen im Jahr 2025 ein Konsortium ins Leben, das die Zukunft der Ex-GKN per Ankauf des Firmengeländes sichern sollte. Doch im Lauf des letzten Jahres zeigte sich, dass dieses Konsortium eher eine Totgeburt war, dass die Versprechen auf dem Papier blieben.

Derweil aber war das Kollektiv nicht untätig geblieben. Es gründete die Kooperative GFF (GKN For Future), die ihrerseits Volksaktien ausgab, um den Kapitalstock für zukünftige produktive Aktivitäten zu schaffen. Insgesamt konnten nach Angaben der GFF Aktien in Höhe von 1,15 Millionen Euro abgesetzt werden; außerdem erklärte sich die Banca Etica bereit, eine Kreditlinie bereitzustellen.

In der Zwischenzeit war das Eigentum an der Fabrikimmobilie an den Privatunternehmer Francesco Borgomeo verkauft worden, der es wiederum an zwei im Immobiliensektor tätige Tochterunternehmen abtrat. Diese zeigten sich nie zu Verhandlungen mit der GFF bereit und forderten stattdessen die Beendigung der Besetzung – und erhielten sie jetzt auch.

Konkreter Anlass für den Rückzug des Kollektivs war, dass die gegenwärtigen Eigentümer die Zahlung von noch ausstehenden Löhnen an die früheren GKN-Beschäftigten an die ultimative Forderung gekoppelt haben, im Gegenzug müsse die Fabrikbesetzung beendet werden. Hier geht es um die stolze Summe von 16 Millionen Euro. Um die vielen früheren Arbeiter*innen, die nicht (mehr) im Kollektiv aktiv sind, nicht gegen sich aufzubringen, fiel die Entscheidung, die Fabrik zu verlassen.

Zugleich aber stehen Verhandlungen zur Anmietung einer anderen Fabrikhalle am Stadtrand von Florenz kurz vor dem Abschluss; die GFF hofft auf eine Unterschrift im September. Dort soll dann von Anfang 2027 die Cargo-Bike-Fertigung aufgenommen werden, mit zunächst 24 Arbeiter*innen, deren Zahl sich in den Folgejahren verdoppeln soll. Und auch die Solarpläne will die GFF weiterverfolgen.

Das GKN-Kollektiv will aber auch weiter im politisch-gesellschaftlichen Raum wirken – mit einem Wohnmobil, das in der Region unterwegs sein soll, um überall dort präsent zu sein, wo Arbeiter*innen für ihre Rechte kämpfen.

Drohnenattacken gegen Russlands Finanzsystem

Ukrainische Angriffe richten sich direkt gegen den größten russischen Internethändler Wildberries. Die Schäden könnten aber zu einem Kollaps im Bankensystem führen



Hier brennt für sie das russische Finanzsystem in Elektrostal nahe Moskau
Foto: Social Media via reuters

Von **Mathias Brüggmann**

Apokalyptisch steigt die gigantische schwarze Qualmwolke in den Himmel über die Stadt Elektrostal bei Moskau. Anfang August landeten ukrainische Drohnen den schwersten Treffer der seit 18. Juli laufenden Angriffswelle auf Lager und Logistikzentren des russischen Internet-Handelskonzerns Wildberries. Stand Montag wurden inzwischen mindestens 20 Logistikzentren und Lagerhäuser getroffen, einige brannten komplett aus.

Doch die unbemannten Flugobjekte attackieren nicht nur den mit Abstand größten Handelskonzern Russlands, der auch die russische Armee beliefert, sondern sie treffen das Finanzsystem des Riesenreichs. „Der Kollaps“ von Wildberries, mahnt der russische Oligarch Oleg Deripaska, „könnte das gesamte Finanzsystem der Russischen Föderation erschüttern“.

Ob Wildberries wegen der Attacken nicht mehr in der Lage sein wird, seine enormen Schulden zu bedienen, lässt sich nicht vorhersagen. Der Finanzdirektor der größten russischen Bank Sber, Taras Skworzow, bestätigte aber, dass sein Institut eine Aufstockung der Rückstellungen für diese Kredite in Erwägung ziehe, Sber sich also auf Kreditausfälle vorbereite – in ei-

ner Zeit, in der russische Banken durch immer mehr faule Kredite gestresst sind.

Das Ziel der Ukraine mit den Angriffen auf die großen Handelskonzerne Wildberries und Ozon formuliert Denys Schtilerman, heute Chef des ukrainischen Drohnenbauers Fire Point, der früher noch mit russischem Pass für das Moskauer Verteidigungsministerium tätig war: „Wir müssen Wildberries und Ozon fertigmachen. Das wird das Bankensystem zum Einsturz bringen, weil sie zu den größten Unternehmensschuldnern gehören.“ Das zweitgrößte russische Bankhaus VTB habe bereits Probleme gehabt „und jetzt werden Billionen Rubel an Krediten für immer verloren sein“. Der ukrainische Präsidentenberater Mychailo Podoljak assistiert: „Das Hauptziel dieser Angriffe ist es, der russischen Wirtschaft Schaden zuzufügen und eine Krise auszulösen.“

Tatjana Kim, die Gründerin und Mehrheitseignerin von Wildberries, das auch „Russlands Amazon“ genannt wird, fordert dringend, dass der Kreml finanzielle Hilfe bereit stellt. Denn der 2004 als Second Hand Internet-Börse und Weiterverkäuferin von Waren aus Otto- und Quelle-Katalogen gegründete Konzern steht im Mittelpunkt einer gigantischen Finanz-

pyramide. Deren Einsturz hätte nach Ansicht russischer Finanzmarktfachleute erhebliche Folgen für die Wirtschaft Russlands und das Bankensystem.

Wildberries wickelt jährlich Handel im Umfang von 3 Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ab. Zum Vergleich: Amazon, der größte E-Commerce-Anbieter in Deutschland, verkauft hierzulande Waren für 0,84 Prozent des BIP. Nun

Von den Verkäufen über die Wildberries-Plattform hängen im größten Flächenstaat der Welt Hunderttausende oft kleine und mittelständische Unternehmen ab

sind gut ein Fünftel der Wildberries-Hallen zerstört.

Von den Verkäufen über die Wildberries-Plattform hängen im größten Flächenstaat der Welt Hunderttausende oft kleine und mittelständische Unternehmen ab. Fiele dieser Vertriebsweg weg, wären sehr viele Firmen auf ihre lokalen Märkte zurückgeworfen.

Denn der Konzern, der 2025 einen Umsatz von fast 65 Milliarden Euro und einen Gewinn von knapp 1,9 Milliarden Euro machte, bedient nicht nur die Hälfte aller Online-Kundinnen und -Kunden in Russland, sondern unterhält auch eine gut geschmierte Logistik zwischen Kaliningrad und Kamtschatka – inklusive angeblich zolltechnisch friasierter Massen-Importe aus China.

Durch die Angriffe auf Lager und Logistikzentren des Handelsriesen und den Rückzug vieler auf der Wildberries-Plattform anbietenden Unternehmen ist der Umsatz um ein Viertel gesunken. In russischen Medien wird allein der direkte Schaden durch die abgebrannten Gebäude auf 200 Milliarden Rubel (umgerechnet gut 2,1 Milliarden Euro) taxiert. Hinzu kommen die verbrannten Waren, die Wildberries selbst verkauft – gut ein Zehntel aller über die Plattform vertriebenen Produkte. Andere Anbieter haben über Nacht ihr Geschäft und Waren im Wert von Hunderten Milliarden Rubel verloren. Der gesamte Finanzbedarf zum Wiederaufbau des angeschlagenen Geschäftsmodells wird vom oppositionellen russischen Internet-Magazin The Bell von Beteiligten auf 13,8 Milliarden Euro geschätzt.

Aber nicht nur der Konzern steht kurz vor dem Kollaps: Denn in sei-

ner Bilanz stehen fast 10 Milliarden Euro Verbindlichkeiten – zumeist gegenüber staatlich kontrollierten Banken wie VTB, Sber und Gazprombank. Vor allem die VTB steckt tief drin, denn sie ist auch strategische Partnerin von Wildberries, hält 5 Prozent an dessen WB Bank und hat 38 Prozent der Kredite für den Handelskonzern ausgereicht. Die Staatsbank steht selbst mit 64 Milliarden Euro bei der Zentralbank in der Kreide.

Wildberries ist also längst systemrelevant: Es ist das am höchsten verschuldete private Unternehmen Russlands. Der Anteil seiner Schulden macht 65 Prozent der Verbindlichkeiten der Top-5 der größten russischen Tech-Unternehmen (Wildberries, Ozon, Yandex, T-Bank, Rostelecom) aus. Wettbewerber Ozon, der auch von ukrainischen Drohnen attackiert wird, hat deutlich weniger Schulden.

„Ohne staatliche Unterstützung ist Wildberries nicht zu retten“, heißt es bei russischen Analysten. Aber die Staatskasse ist leer: Das Haushaltsdefizit ist bereits um die Hälfte höher als geplant, der Finanzminister hat Kürzungen in allen Ressorts verfügt. Geld zur Rettung von Tatjana Kim, Russlands mit 8,1 Milliarden US-Dollar geschätztem Vermögen reichster Frau, dürfte nicht da sein.

Schützen Sie sich, aber auch Ihre Daten!

Erinnerungen, Warnungen, Wegeführung: Apps sollen beim Umgang mit Hitze helfen. Welche sinnvoll sein können und was zu beachten ist

Von **Pauline Ruprecht**

Wünschen Sie sich auch manchmal, jemand würde Ihnen ein bisschen Belastung im Alltag abnehmen? Eine kluge App? Besonders jetzt, wo in vielen Teilen Deutschlands über 30 Grad

herrschen und die Temperaturen weiter steigen sollen, ist oft jede Hilfe willkommen, denn die Hitze ist nicht nur nervig, sondern auch gesundheitsgefährdend.

Apps und Web-Anwendungen können beim Hitzeschutz unter-

stützen. Doch halten sie ihr Versprechen, den Alltag zu erleichtern? Wer sich schwer damit tut, genug Wasser zu trinken, kann sich zum Beispiel von einer App erinnern lassen, regelmäßig einen Schluck zu nehmen. Viele Anwendungen sind auch personalisierbar: Man gibt Körpergewicht und Alter ein – und der persönliche Wasserbedarf wird errechnet.

Besonders für ältere Menschen kann das hilfreich sein: „Das Problem ist, dass bei Senior*innen manchmal das Durstempfinden nachlassen kann“, erklärt Britta Schautz von der Verbraucherzentrale Berlin. Auch im stressigen Arbeitsalltag würden manche Leute vergessen zu trinken. „Da kann so eine Erinnerung eigentlich ganz gut sein.“ Doch sollte man sich überlegen, ob man wirklich eine App dafür brauche, gerade wenn sie kostenpflichtig sei. „Vielleicht reicht es auch, einen regelmäßigen Alarm im Smartphone festzulegen“, so Schautz.

Neben den Kosten besorgt sie auch der Datenschutz: Bei vielen Apps ist nicht klar, was mit den eigenen Angaben, besonders zur Gesundheit, passiert. „Wir wissen zum Beispiel nicht, an wen die Daten weitergegeben werden können“, sagt Schautz.

Neben Trink-Apps werden besonders Anwendungen empfohlen, die vor Hitze warnen, wie die Warnwetter-App des Deutschen Wetterdienstes und die Notfall-Informations- und Nachrichten-App des Bundes, NINA. Sie helfen bei akuter Hitzegefahr, richtig zu reagieren. Schautz empfindet die Apps als sinnvoll: „Gerade Menschen, die nicht so gut mit heißen Temperaturen klarkommen, können ihren Alltag an die Vorhersagen anpassen“, sagt sie.

Wer nicht vermeiden kann, rauszugehen, wenn es heiß wird, dem kann Shaded Openrouteservice helfen. Die Anwendung wurde vom Heidelberg Institute for Geoinformation Tech-

nology (HeiGIT) entwickelt. Sie funktioniert wie andere Navigationsapps – nur hitzeangepasst: Man gibt Start und Ziel ein und die Anwendung gibt den schattigsten Weg an. „Wir wollten zeigen, dass es möglich ist, Routing schattig zu planen“, sagt Julian Psotta vom HeiGIT.

Bisher ist die Anwendung nicht als App, sondern nur im Browser, und nur für etwa 80 Städte verfügbar. „Es ist keine klassische Navigationsapp“, gibt Psotta zu. Für die Entwickler*innen steht auch nicht die persön-

liche Anwendung im Vordergrund. Sie ermöglicht eher, die Betroffenheit von Einrichtungen aufzuzeigen. „Ziel ist es, den Dialog zwischen Bürger und öffentlichen Einrichtungen zu eröffnen“, sagt Psotta.

Auch für Schautz von der Verbraucherzentrale sind individuelle Anwendungen nicht die einzige Lösung: „Grundsätzlich müssen wir auch die Städte und Gemeinden mehr in die Pflicht nehmen, anstatt die Verantwortung allein auf die Verbraucher abzuwälzen“, sagt sie.



Trinken und Wasser über den Kopf schütten, beides ist gut bei Hitze
Foto: Andreas Friedrichs/imag

Anzeige

taz ☘ blogs

Nicht zu fassen ... aber zu lesen.

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs

Russlands Ära in Syrien endet

Russlands Ära als engster militärischer Partner Syriens ist vorbei. Die russischen Militärbasen am Mittelmeer gehen an die neue syrische Regierung

Aus Beirut **Julia Neumann**

Einst galten der Hafen in Tartus und der Flughafen in Latakia an Syriens Mittelmeerküste als Symbole für Russlands enge Partnerschaft mit Diktator Baschar al-Assad. Sie waren Moskaus wichtigste Militärbasen am Mittelmeer – und die einzigen, die nicht in ehemaligen Sowjetstaaten lagen. Diese Ära ist nun offiziell zu Ende. Nach monatelangen Diskussionen wurden der Hafen und der Flughafen am Sonntag in die Kontrolle der neuen syrischen Regierung übergeben.

Anderhalb Jahre hatten Syriens neue Machthaber mit Russland verhandelt. Laut dem vereinbarten Abkommen sollen die einst russischen Armeeeinrichtungen nun binnen drei Monaten zu „gemeinsamen Ausbildungszentren“ für die syrische Armee werden, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Sana.

Jahrzehntelang hatten die Sowjetunion und danach Russland die Assad-Herrschaft in Syrien gestützt – auch und vor allem im Bürgerkrieg gegen Rebellengruppen ab 2012. Im September 2015 sprang Russland Assad direkt militärisch zur Seite und half mit großflächigen Bombardierungen gegen die syrische Bevölkerung und Rebellen entscheidend, ihn an der Macht zu halten.

Zentral dabei: die Luftwaffenbasis Hmeimim auf dem Flughafen in Latakia. Von dort aus starteten russische Kampffjets, um weite Teile Syriens massiv zu bombardieren: die von Aufständischen gehaltenen Teile von Aleppo, die Ghouta-Ebene im Umland von Damaskus, das Umland der Städte Homs und Latakia, auch Daraa im Süden. Offiziell sprach Russland von Militäreinsätzen gegen Terroristen. Tatsächlich traf es insbesondere die Zivilbevölkerung – am längsten in der Region Idlib, nach 2017 die letzte Rebellenhochburg Syriens.

Das russische Verteidigungsministerium zählte bis 2018 mehr als 39.000 russische Kampfeinsätze in Syrien. Die UN und Menschenrechtsorganisationen dokumentierten Bombardierungen von Krankenhäusern, Schulen, Märkten und Wohngebieten. Tausende Zivilist*innen wurden getötet und Millionen vertrieben.

„Im Mai 2029 wurde mein Haus getroffen“ schreibt der Journalist Fared Al Mahlool. „Für viele Syrer war Hmeimim nie bloß ein Militärstützpunkt. Er war Symbol der russischen Intervention, die das Assad-Regime stützte und dessen militärische Position im Verlauf des Krieges stärkte. Heute wandelt sich dieses Bild.“

Das russische Militär testete auch in Syrien die Waffensysteme, die es später gegen die Ukraine verwendete. „Wir haben in Syrien mehr als 320 verschiedene Waffentypen überprüft“, prahlte Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu im Jahr 2021.

Als ein Rebellenbündnis Ende November 2024 von Idlib aus innerhalb weniger Tage Stadt um Stadt in Syrien vom Regime eroberte, konnte Russland nur ohnmächtig zuschauen. Am 7. Dezember, einen Tag vor dem kompletten Sturz des Regimes, sagte Außenminister Sergei Lawrow: „In der Weltdiplomatie läuft nie alles reibungslos, aber die Ereignisse, die wir heute erleben, zielen eindeutig darauf ab, alles zu untergraben, was wir in diesen Jahren erreicht haben.“ Einen Tag später nahm Russland Assad in Moskau auf, wo er mehrere Luxuswohnungen besitzen soll und bis heute „humanitäres Asyl“ genießt.

Unter anderem deswegen hat Syriens neue Regierung Russland nicht komplett den Rücken gekehrt. Ende Januar besuchte Übergangspräsident Ahmed al-Scharaa den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau. Putin lobte Scharaas Erfolge. Keiner der beiden verlor auch nur ein Wort über Russlands Militärpräsenz in Syrien. Die Strategie aus Damaskus lautet Annäherung und Anerkennung – nicht nur durch die USA, Europa und den Golfstaaten, sondern auch durch Russland.

Russland wollte seine Militärbasen in Syrien auch nach Assads Sturz nicht aufgeben. Die Regierung in Damaskus hatte eigentlich im Gegenzug die Auslieferung Assads gefordert. Bisher gibt es keine Anzeichen dafür. Die neue Einigung ist ein Kompromiss.

Beste Freundinnen im Kampf gegen illegale Migration: Italiens Ministerpräsidentin Meloni und ihre dänische Kollegin Frederiksen
Foto: Mads Claus Rasmussen/Scanpix/dpa



Schutzpatroninnen des christlichen Abendlandes

Die Regierungschefinnen von Italien und Dänemark manifestieren via Instagram ihre Abscheu gegen Migrant:innen. Sie sehen sich an der Spitze Europas

Aus Härnösand **Anne Diekhoff**

Als hätten sie Sorge, dass es noch nicht alle mitbekommen haben: In einer nur scheinbar merkwürdigen Allianz meldeten sich am Mittwoch zwei der mächtigsten Frauen Europas gemeinsam zu Wort, um ihre Haltung zu Migration klarzustellen. Mette Frederiksen aus Dänemark und Giorgia Meloni aus Italien präsentierten sich auf Instagram plötzlich als Schutzpatroninnen des christlichen Abendlandes.

Gerettet werden müsse Europa, wenig überraschend angesichts dieser Verschwesterrung, vor Migranten. Die werden in diesem Minimanifest einmal en gros über einen unverhohlenen antimuslimischen Kamm geschert und ausschließlich als Problem dargestellt. „Wir akzeptieren keine unkontrollierte Ein-

wanderung nach Europa“, vermelden die Sozialdemokratin und die Postfaschistin, die beiden derzeit einzigen weiblichen Regierungschefs in der EU, wie sie selbst betonen.

Erst vor gut einer Woche gehörten sie zu denjenigen, die nach dem Migrationsdrama von Ceuta in einem gemeinsamen Brief an die EU Konsequenzen für Spanien gefordert hatten. Deshalb reicht nun auch ein kurzes Kokettieren der beiden (un-)gleichen Verbündeten damit, dass sie ja eigentlich aus sehr unterschiedlichen politischen Richtungen kommen – ihre Gemeinsamkeiten können als bekannt vorausgesetzt werden. Und doch war es ihnen offensichtlich ein Bedürfnis, es noch einmal öffentlich auf einen Punkt zu bringen: Sie seien vereint in ihrem Verlangen, Europa zu beschützen. Dafür brin-

gen sie das gemeinsame christliche Erbe ins Spiel.

Dass Mette Frederiksen sich schon längst von der Vorstellung losgesagt hat, als Sozialdemokratin könne man nicht Teile der Bevölkerung pauschal zu Sündenböcken erklären, ist eine bekannte und von Schwesterparteien wie der SPD in Deutschland bereits vielfach bestaunte Tatsache. Und die dänische Ministerpräsidentin ist stolz auf ihre strikte Migrationspolitik, wie nun etwa daran zu erkennen ist, dass sie sich und Meloni als „Speerspitzen“ genau dafür bezeichnet – sowohl ihn ihren jeweiligen Ländern als auch in der EU.

Frederiksen unterschreibt mit dem Post vom Montag noch einmal Narrative, die man sonst etwa von Schwedendemokraten in ihrem Nachbarland und von

anderen rechten Parteien gewöhnt ist. Eine Bereitschaft zu differenzierten Äußerungen ist nicht erkennbar. Niemand könne leugnen, schreiben sie, dass illegale Einwanderung negative Folgen für „unsere Gesellschaften“ gehabt hätte. Besonders gravierend sei es, wenn „illegale Migranten, die kein Recht haben, in unseren Ländern zu bleiben“, Gewaltverbrechen begingen, Drogen schmuggelten oder für sexuelle Gewalt verantwortlich seien.

Gemeinsam hätten sie, Meloni und Frederiksen, als eben jene Speerspitzen schon viel erreicht auch auf europäische Ebene, und man arbeite weiter hart an weiteren Veränderungen, wie den sogenannten EU-Rückkehrzentren außerhalb Europas und weiteren „innovativen Lösungen“. Doch das alles sei noch nicht genug, schreiben die Regierungschefinnen.

Ihre im „Mit uns ist nicht zu scherzen“-Tonfall präsentierte Pointe gilt dann zugleich vage und deutlich dem Kulturkampf. Das gemeinsame christliche Erbe, auf das stolz zu sein, sie nun betonen, sehen sie nicht nur durch illegale Einwanderer bedroht. Ihre Ansage gelte auch für „Millionen von ausländischen Staatsangehörigen“, die legal in unseren Ländern und ganz Europa lebten: „Unsere Gesetze zu respektieren, muss Hand in Hand damit gehen, europäische Werte zu respektieren.“ Wer nach Europa komme, dürfe nicht versuchen, „uns eine Art zu leben aufzudrücken, die wir nicht wollen.“

Im Grunde nichts Neues also. Nur, dass die beiden Regierungschefinnen ihre Einigkeit in dieser Sache offenbar wichtiger finden als Uneinigkeiten in anderen Gebieten. Unterschrieben ist die Social-Media-Aufzählung rechter Narrative wie ein persönlicher Gruß: „Best, Mette und Giorgia.“

Ein palästinensisches Dorf wird zur Sperrzone

Der christliche Ort Taybeh im Westjordanland wird immer wieder von Siedlern attackiert. Nun zieht Israels Militär Konsequenzen. Wird das schaden oder helfen?

Aus Tel Aviv **Serena Bilanceri**

Radikale Lösungen für radikale Probleme: Im Westjordanland ist ein gesamtes Dorf zu militärischem Sperrgebiet erklärt worden. Und zwar offenbar, um es vor Angriffen durch israelische Siedler zu schützen.

Taybeh ist eine christliche Gemeinde im vorwiegend muslimischen Westjordanland, etwa zwölf Kilometer nordöstlich von Ramallah. Seit drei Jahren klagen die gut 1.200 Einwohner*innen über eskalierende Attacken von extremistischen Siedlern, die teilweise in auch nach israelischem Recht illegalen Außenposten in der Nähe des Dorfs leben.

Jetzt dürfen keine Fremden mehr ins Gebiet kommen; am Sonntag hat das israelische Militär die Sperrzone ausgerufen. „Bei Meldungen über Verstöße werden Soldat:innen ins Ge-

biet entsandt und lösen die Versammlungen auf, um die dortigen Bürger:innen zu schützen.“ Einwohner:innen sollen sich bei solchen Sperrbefehlen in der Regel weiterhin frei bewegen dürfen.

Journalist:innen in diesem Fall theoretisch ebenso, sagt das Militär der taz – allerdings behält es sich das Recht vor, den Zutritt zu verweigern, sollte dies „eine Gefahr für ihr eigenes Leben darstellen oder die Operationen der Streitkräfte beeinträchtigen“. Beobachter:innen hatten früher Bedenken geäußert, dass der Mangel an internationalen und lokalen Friedensaktivist:innen zu verstärkten Angriffen in dem Gebiet hätte führen können. Diese Aktivist:innen aus Israel wie dem Ausland stellen sich im Westjordanland schützend vor die palästinensischen Bewohner:innen und dokumentieren Angriffe.

In der vergangenen Woche waren extremistische Siedler nach Berichten von Einwohner:innen in ein leerstehendes Haus in Taybeh zum wiederholten Mal eingebrochen. Einmal hätten sie sogar Schafe mitge-

Ob die neue Maßnahme helfen wird? Pater Baschar zuckt mit den Schultern

nommen. Die Menschen in Taybeh werten das als Versuch, sie einzuschüchtern und zum Wegzug zu bewegen.

Das Dorf ist von völkerrechtswidrigen Siedlungen und Außenposten auf beiden Seiten umgeben. Im Juni hatten mehrere Siedler die Feuerwehr und die Einwohner:innen mutmaßlich daran gehindert, einen

Brand auf einem offenen Gelände auszulöschen.

Ob die neue Maßnahme des Militärs gegen die Siedlergewalt helfen wird? Dazu zuckt der katholische Priester Pater Baschar auf Nachfrage der taz nur mit den Schultern.

Taybeh ist das einzig vollkommen christliche Dorf Westjordanlands und Heimat der gleichnamigen Mikrobrauerei – die älteste im Nahen Osten. Als die taz es vor einem Jahr besuchte, erzählte Pater Baschar von einer Eskalation der Attacken in den vergangenen drei Jahren. Lange waren sie als Christ:innen eher verschont geblieben, das hat sich mittlerweile geändert.

Und immer mehr Christ:innen im Westjordanland denken übers Auswandern nach, das zeigen die Umfragen. Ihre Zahl ist, verglichen mit dem Anfang des 20. Jahrhunderts, über die Jahre gesunken und liegt heute bei etwa 45.000 Menschen.



Ugandas
Umweltaktivist
Sadrach Nirere
auf der neuen
Müllhalde
Foto: Simone
Schlindwein



Alice Nabitaka
sortiert Müll,
um ihre Familie
zu ernähren
Foto: Simone
Schlindwein

Wo sogar die Vögel Gift scheißen

Ugandas Hauptstadt produziert täglich 1000 Tonnen Müll. Die alte Müllhalde explodierte 2024. Jetzt gibt es endlich eine neue - aber immer noch keine moderne Abfallwirtschaft

Aus Kampala
Simone Schlindwein

Schon von Weitem sieht man sie am Himmel kreisen: Tausende Aas fressenden Marabus. Die Vögel verraten den Ort der neuen Müllhalde von Ugandas Hauptstadt Kampala. Sie liegt inmitten eines frisch aufgeforsteten Waldgebietes am Stadtrand. Auf der einzigen Zubringerstraße durch den Eukalyptus- und Pinienwald stauen sich stinkende Müllautos. Sie warten darauf, ihre Ladung abkippen zu können.

Kampala hat, wie viele afrikanische Großstädte, ein enormes Müllproblem. Jahrzehntlang wurde einfach sämtlicher Abfall der Millionenstadt auf einer Halde im nördlichen Viertel Kitezi abgeladen – bis diese im August 2024 explodierte und eine gewaltige Mülllawine den Abhang hinunterdonnerte. 70 Häuser wurden verschüttet, 34 Tote wurden später geborgen, noch immer werden mehr als 20 Menschen vermisst. Insgesamt wurden mehr als 220 Menschen obdachlos.

Kampalas Stadtverwaltung (KCCA) schloss daraufhin die Müllhalde in Kitezi. Wochenlang wussten die Müllfirmen nicht mehr, wohin mit den stinkenden Abfällen. In Kampala fallen täglich bis zu 1.000 Tonnen Müll an.

Dann wurde vergangenes Jahr eine neue Halde in Buyala aufgemacht, ein kleiner Ort rund 30 Kilometer westlich der Hauptstadt mitten in einem Waldschutzgebiet. Doch anstatt nun eine fachgerechte Deponie anzulegen, den Müll zu sortieren und Risiken wie Methangasanhäufungen zukünftig zu vermeiden, „sehen wir hier nun ein neues Kapitel desselben Dramas“, sagt Sadach Nirere, Gründer der NGO „End Plastic Pollution“ in Uganda.

Der Umweltaktivist steht in gelber Weste und Schutzhelm vor einem gewaltigen Berg an Unrat, den die Müllfahrzeuge

in mehr als einem Jahr in Buyala abgeladen haben. Von der Bananenschale bis zur Autobatterie landet nach wie vor alles unsortiert auf einem Haufen. Schaufelbagger türmen diesen immer weiter auf.

Mit kaputten Gummihandschuhen sortieren rund 600 Männer und Frauen den Müll dann von Hand. Sie suchen nach Wertstoffen wie Plastik oder Metall, das sich wiederverwenden lässt. Eine davon ist Alice Nabitaka. Die 40-jährige alleinerziehende Mutter sucht nach organischem Unrat, den sie an eine Schweinemastfarm weiterverkaufen kann, um Schulgebühren für ihre vier Kinder anzusparsen, sagt sie.

„Ich habe schon auf der alten Deponie gearbeitet und bei der Explosion habe ich mir dort den Arm gebrochen“, erzählt Alice. Die neue Halde in Buyala sei nun weit von ihrem Haus entfernt, oft habe sie nicht einmal genug Geld für Transportkosten, dann schlafe sie in einem selbstgebauten Zelt im Wald neben der neuen Halde. „Ich sehe meine Kinder nur noch selten“, seufzt sie. Doch es gebe einfach keine anderen Jobs.

Aktivist Nirer klopft ihr aufmunternd auf die Schulter. „Wir hatten gehofft, dass die Regierung nach dem Unglück 2024 das Müllproblem ordnungsgemäß angeht“, sagt er und zeigt auf den nächsten Lastwagen, der tonnenweise Unrat einfach abkippt. „Doch jetzt wiederholen sich hier dieselben Fehler.“

Als der Müll von der Ladefläche des Müllautos hinunterrutscht, kommen Dutzende Männer und Frauen in dreckigen Kleidern, Gummistiefeln und Handschuhen angelaufen, um wie Mutter Nabitaka den Müll von Hand zu sortieren. Ein weiterer kleinerer Lkw kommt angefahren. Am Steuer sitzt Samuel Wambede und gibt Anweisungen: „Alles Plastik hier zu mir, Leute!“

Wambede hat früher einmal auf der alten Müllhalde den Abfall sortiert, vor allem Plastik,

berichtet er. Sein über Jahre angespartes Geld investierte er in einen Lkw. Jetzt transportiert er alte Plastikflaschen, Tüten und alte Joghurtbecher, die mühsam aus dem Unrat per Hand aussortiert werden, wieder zurück in die Stadt, um sie dort an eine chinesische Recyclingfirma zu verkaufen. „Sie stellen daraus Eimer, Gießkannen und Schutzhüllen für Mobiltelefone her“, so Wambede.

Der Handel mit Müll sei ein lukratives Geschäft, sagt er, doch

Als der Müll von der Ladefläche hinunterrutscht, kommen Dutzende Männer und Frauen angelaufen

er müsse viel in Transportkosten investieren. Denn die neue Müllhalde liegt weit außerhalb der Stadtgrenzen. „Wenn das Plastik bereits in den Haushalten aussortiert werden würde, würde das so viel Geld und Zeit sparen“, merkt er an.

Nach der Tragödie mit der alten Müllhalde im August 2024 hatte Ugandas Regierung in Sachen Abfallwirtschaft eigentlich große Pläne. Von Recyclinganlagen und dem Aufbau einer Kreislaufwirtschaft nach europäischem Vorbild war die Rede. Dazu wurden zahlreiche Konferenzen und Workshops abgehalten, gigantische Versprechen gemacht. Doch zur Umsetzung fehlt bis heute offensichtlich das Geld. Denn geändert hat sich bislang nichts.

Im Juni war nun eine hochrangig besetzte Delegation mit Vertreter*innen von KCCA und verschiedenen Ministerien in Buyala zu Besuch. Erneut wurde die Vision einer modernen Abfallwirtschaft diskutiert. „Buyala ist mehr als eine Abfallentsorgungsanlage“, versicherte

KCCA-Chefin Sharifah Buzeki: „Sie sichert Lebensgrundlagen, schützt die öffentliche Gesundheit und bietet uns die Möglichkeit, ein modernes Abfallmanagementsystem zu entwickeln, das Wertstoffe aus Abfällen zurückgewinnt und gleichzeitig die Umwelt schützt.“

Zu sehen ist davon bislang jedoch nichts. Mit Gummistiefeln wadet Nirere durch den Dreck. Für den Umweltschützer steht fest: „Wir brauchen eine gesetzlich verankerte Mülltrennung in den Haushalten – damit eben nicht alles in Buyala landet“. In seiner NGO trainieren ganze Dorfgemeinschaften, wie sich Abfall vermeiden, im Haushalt sortieren und recyceln lässt.

Er zeigt auf eine Pfütze mit schwarzbrauner stinkender Brühe, kleine Blasen sprudeln hervor: Methan – jenes leicht entzündliche Gas, das mutmaßlich auch die alte Müllhalde zum Kollabieren brachte. „Methan ist ein kurzlebiger Schadstoff“, so Nirere: „Wird es nicht umgehend abgefangen, kann es massive Klimaschäden verursachen.“

Er folgt dem Sickerwasser aus der Pfütze, das jenseits der Halde in einen kleinen Bach mündet und in einen Teich hineinfließt. Auch daraus sprudeln Methangasblasen empor. Am Ufer liegen tote Frösche, tote Fische, tote Libellen. „Sie kippen Chemikalien hier in diesen Teich, um die Säuren zu neutralisieren bevor das Sickerwasser in diesen Sumpf dort eindringt“, seufzt Nirere und zeigt auf ein Sumpfgelände Hunderte Meter weiter. „Der Sumpf und die Flüsse fließen weiter in den Victoriasee – all das wird durch die Schwermetalle verseucht, die nicht herausgefiltert werden.“

Dann zeigt Nirere auf die kreisenden Marabu-Vögel am Himmel, die sich von diesem hochgiftigen Unrat ernähren. Mittlerweile fürchten die Ugander*innen diese Vögel, lacht Nirere: „Denn sie kacken hochtoxische Substanzen.“

hitzschlag

Beschwichtigungen und Einladungen ins Kino

Italien bricht seit Jahren im Sommer einen Hitzerekord nach dem anderen. In den Medien sind Übersterblichkeit oder Brände lediglich eine Randmeldung

Aus Rom Michael Braun

Sieben Wochen. Sieben Wochen am Stück, in denen wirklich jeden Tag die Mittagstemperaturen in Rom über 30 Grad lagen. Es ging los am 17. Juni, gleich mit 33 Grad, und dann blieb es so, bis zum Monatsende, anschließend den ganzen Juli und auch die ersten Augusttage durch. Besserung ist nicht in Sicht. Bis Mitte August sollen die Temperaturen bei 36, 37, 38 Grad liegen. Doch dann winkt Abkühlung – auf „nur“ noch 35 Grad.

Da wirkt es ein wenig bizarr, wenn in den Medien von der „vierten Hitzewelle“ dieses Sommers die Rede ist, ganz so, als wären die Menschen nicht schon seit Wochen ununterbrochen den Glutofen-Temperaturen ausgesetzt. Als sicher darf schon jetzt gelten, dass Rom, dass Italien in diesem Sommer die gerade erst in den letzten Jahren aufgestellten Hitzerekorde erneut übertreffen werden.

Immer wieder heißt es deshalb in TV-Kommentaren, schon vom nächsten Jahr an würden wir uns an den laufenden Sommer als „den frischsten erinnern, angesichts dessen, was noch auf uns zukommt“.

Eine Spezies allerdings schreckt dieses Szenario keineswegs ab: die Tourist*innen. Bei sengendem Sonnenschein schieben sie sich zu Tausenden rund ums Kolosseum, ohne irgendwo Schatten zu finden. Erleichterung liefert nur der Pick-up des Zivilschutzes, der zerstäubtes Wasser versprüht, während die Mitarbeiter*innen des Zivilschutzes gratis Mineralwasserflaschen verteilen, an Menschen, die oft genug mit Fächern und Mini-Ventilatoren der Hitze zu trotzen versuchen.

Einen Knick in der Besucherstatistik kann Rom jedenfalls nicht feststellen, auch für August sind die Prognosen blendend. Rund zwei Millionen Personen wollen in dem Monat die Ewige Stadt besuchen. Es sind auch solche Zahlen, die das italienische Paradox einer Klimakrise bebildern, die Jahr für Jahr mehr als fühlbar voranschreitet – und die dennoch bisher den Reflex „War da was?“ auszulösen scheint.

Meldungen von der Hitzefront kommen in den TV-News gerne gegen Ende der Sendung, mit launigen Interviews, in denen Menschen – Einheimische genauso wie Reisende – bestätigen, dass sie ordentlich schwitzen und dass sie natürlich viel Wasser trinken. Die schlimmen Geschichten? Waldbrände verwüsten Frankreich und Spanien, aus Italien dagegen gibt es ein paar kleine Brände aus dem Piemont, den Abruzzen oder Apulien zu vermelden. Nicht groß der Rede wert.

Und die hitzebedingte Übersterblichkeit? 5000 zusätzliche Tote werden aus Frankreich oder aus Deutschland gemeldet – nicht aber aus Italien. Detaillierte Zahlen gibt es nur zur ersten großen Hitzewelle vom 20. bis 30. Juni. Im ganzen Land sei die Todeszahl der über 65-Jährigen um 3 Prozent gestiegen, meldeten die Medien. In Rom habe es 44 Tote mehr gegeben, als es das langjährige Mittel vermuten lasse: ein Plus von 6 Prozent.

Allerdings zeigen die monatlichen Sterbestatistiken des Statistikamts ISTAT, dass in den Jahren 2022, 2023 und 2024 die Zahl der Toten in den Monaten Juli und August regelmäßig gegenüber Juni nach oben ausschlug, mit Werten von 5000 bis 8000 zusätzlichen Toten. Ob das wohl mit der Hitze der letzten Jahre zu tun hat? Analysen des Statistischen Amtes oder der Gesundheitsbehörden dazu liegen nicht vor.

Statt groß zu analysieren tut Rom wenigstens ein bisschen was für die hitzegeplagten Bürger*innen. Erst gab es fünf Freibadeintritte gratis für die über 70-Jährigen. Dann legte in den letzten Juli- und ersten Augusttagen die Stadtverwaltung mit der Aktion „Il grande freddo“ – „Die große Kälte“ nach. Der Slogan: „Entdecke die Frische, erlebe das Kino“. Knappe zwei Wochen lang konnten die Bürger*innen ausgewählte Nachmittagsvorstellungen in elf Lichtspielhäusern der Stadt gratis besuchen – und dabei vor allem in den klimatisierten Sälen durchatmen.

Gratiszugang gab es zu diversen klimatisierten Bibliotheken, ohne den Zwang, sich eine Nutzerkarte ausstellen zu lassen. Und das Kolosseum wie das Pantheon blieben bis in die Nachtstunden geöffnet.



Die Welt verstehen.

Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter





debatte

Wirtschaft statt Moral

Die ideologisch Gefestigten können die demokratischen Parteien nicht von der AfD zurückholen. Anders sieht es bei wirtschaftlich Frustrierten aus

Wer die politischen Talkshows und Interviews dieser Wochen verfolgt, erlebt ein wiederkehrendes Muster der Hilflosigkeit. Als Reaktion auf den Höhenflug der AfD liefern Politiker:innen und Beobachter:innen des politischen Betriebs die immer gleichen Sätze: Die AfD wolle zurück in die Zeit vor Adenauer, ihr dürfe man das Land nicht überlassen. Es wirkt wie der verzweifelte Versuch, der Wählerschaft nachzuweisen, dass die Partei für historische Rückwärtsgewandtheit steht. Hinter dieser Strategie steckt aber ein Irrtum: Das politische Establishment hält die AfD im Kern noch immer für eine reine Protestpartei. Man redet sich ein, dass Menschen ihr Kreuz nur aus Frust dort machen und im Zweifel damit gegen ihre persönlichen wirtschaftlichen Interessen handeln. Entsprechend groß ist die Hoffnung, die Partei werde sich mangels Substanz irgendwann selbst entzaubern.

Ökonomische Erwartungen sind im Gegensatz zu Identitätsfragen verhandelbar

Doch diese Erzählung geht an der Realität vorbei. Vor allem jüngere Wählergruppen haben keine Angst vor historischen Vergleichen; das NS-Regime ist für sie weit weg. Sie wählen die AfD heute nicht mehr trotz, sondern auch wegen handfester wirtschaftlicher Erwartungen. Unsere Daten zeigen, dass viele Unterstützer:innen in Ost und West die AfD als ökonomische Zukunftshoffnung wahrnehmen – ob sie diese Hoffnung ansatzweise einlösen würde, steht auf einem anderen Blatt. Bei der Frage, welche politische Kraft die drängendsten Probleme des Landes lösen kann, führt die AfD laut unseren aktuellen Umfragen vor der CDU/CSU. Die Verschiebung zeigt sich auch in der Wirtschaftspolitik: Mit 27 Prozent liegt die AfD bei der ökonomischen Kompetenz inzwischen auf Augenhöhe mit der Union. Dass die AfD keine Wirtschaftskompetenz besitze, ist eher die Sichtweise der politischen Konkurrenz; die Wählerschaft bewertet das längst anders. Das ist vor allem für die CDU bitter, immerhin ist Kanzler Friedrich Merz mit dem Versprechen angetreten, als Wirtschaftskanzler die Konjunkturwende einzuleiten. Natürlich bleiben andere Themen wichtig: Eine aktuelle Civey-Befragung unter Menschen, die sich vorstellen können, die AfD zu wählen, hat gezeigt, dass 75 Prozent sich davon erhoffen, dass die AfD die Migration begrenzt. Die schärfere Migrationspolitik von Innenminister Alexander Dobrindt erreicht diese Wähler:innen nicht. Direkt hinter dem Wunsch nach sicheren Grenzen (42 Prozent) folgt aber das ökonomische Argument: 37 Prozent verknüpfen ihr Kreuz mit der Erwartung, dass die Wirtschaft wieder Aufwind erlebt. Bei diesen ökonomischen Erwartungen gibt es übrigens kaum Unterschiede zwischen Ost (39 Prozent) und West (35 Prozent). Die Sehnsucht nach neuer wirtschaftlicher Dynamik bewegt die Wählerschaft im gesamten Bundesgebiet.

In der AfD-Wählerschaft vereint sich ein ideologisch gefestigter Kern mit einer pragmatischen, ökonomisch getriebenen Schicht. Wer sein Kreuz aus wertkonservativer Überzeugung setzt oder Zuwanderung fundamental ablehnt (49 Prozent), bleibt für die demokratische Konkurrenz auf absehbare Zeit unerreichbar. Anders verhält es sich mit jenen Menschen, die wirtschaftliche Motive antreiben. Die Erwartung, dass die AfD die eigene finanzielle Situation verbessert (75 Prozent), entspringt keinem festgefügtten Weltbild, sondern ist eine pragmatische Erwartung. Die Hoffnung auf Wohlstandssicherung wird zum zentralen Wahlgrund. Die gute Nachricht ist: Wer aus wirtschaftlicher Erwartung wählt, entscheidet nicht unumkehrbar. Ökonomische Erwartungen sind im Gegensatz zu Identitätsfragen verhandelbar. Wirtschaftspolitik lässt sich in konkreten Zahlen, Entlastungen und Investitionen messen. Wenn es der politischen Konkurrenz gelingt, eigene, glaubwürdige Konzepte für Wohlstand und Stabilität vorzulegen, entzieht sie der Partei bei den ökonomisch Motivierten die gesamte Wahlgrundlage. Diese Wähler:innen-gruppen fordern messbare Ergebnisse. Es geht ihnen um ein Land, das seine Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnt und seine Wirtschaft spürbar ankurbelt, getrieben von der tiefen Frustration, immer höhere Abgaben zu leisten, während sich an den großen, strukturellen Problemen des Landes nichts ändert. Es ist dieser Pragmatismus, der die anstehenden Landtagswahlen im Osten maßgeblich bestimmen wird. Wer im September in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, wo die AfD in den Umfragen teils deutlich vorne liegt, seine Stimme abgibt, handelt längst nicht mehr nur aus reinem Frust. Die Menschen verknüpfen ihr Kreuz mit handfesten ökonomischen Erwartungen an die Zukunft. Weil Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit jedoch dringend zurückerlangen muss, läuft die rein moralische Abgrenzung völlig ins Leere. Für die demokratische Mitte bedeutet das: Die eigentliche, gewaltige Aufgabe liegt nicht im moralischen Diskurs. Wer Menschen zurückgewinnen will, muss eine Zukunftsvision entwickeln, die sie wirklich mitnimmt. Entscheidend ist, ob die Menschen das Gefühl haben, dass sich im Land tatsächlich wieder etwas bewegt. Wer erlebt, dass Unternehmen investieren, Infrastruktur modernisiert wird und die eigene finanzielle Situation wieder planbarer wird, bewertet die Zukunft anders als jemand, der täglich nur von Krise und Niedergang hört. Die AfD profitiert von einer Stimmung, in der viele davon überzeugt sind, dass Deutschland auf dem falschen Weg sei. Die wirksamste Antwort darauf ist weder Empörung noch Beschwichtigung, sondern der sichtbare Beweis, dass dieses Land (wirtschaftliche) Probleme lösen kann. Der ideologische Kern der AfD ist klein. Der politische Wettbewerb entscheidet sich bei jenen Menschen, die ihre Stimme an wirtschaftliche Erwartungen knüpfen. Genau deshalb ist die ökonomische Glaubwürdigkeit der demokratischen Parteien heute wichtiger als jede moralische Abgrenzung.



Janina Mütze, geboren 1990, ist Mitgründerin und Geschäftsführerin des Berliner Marktforschungsinstituts Civey. Sie ist studierte Volkswirtin.



Wetten, die Demokratie gewinnt? Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht erstmals eine AfD-Regierung. Die taz berichtet, was auf dem Spiel steht – und wer jetzt die Demokratie verteidigt. Alle Texte zur Serie finden Sie unter taz.de/ltw26

Tobias Schulze über Klingbeils Steuerreform

Man grenzt sich lieber ab

Schlechte Nachricht für Schwarz-Rot: Es dauert noch knapp sechs Wochen, bis die Landtagswahlen für dieses Jahr durch sind. Wohlfeile Kritik von Wahlkämpfer*innen aus den eigenen Reihen muss die Koalition also noch eine Weile aushalten. Die Debatte um die abschlagsfreie Frührente („Rente mit 63“) war nur der Anfang: Koalitionsabgeordnete und Regierung hatten sich im Juni auf ihr Ende verständigt – Spitzenkandidat*innen von SPD und CDU in den Ländern griffen den Plan jüngst aber fundamental an. Mit den Regierungsplänen zur Einkommensteuer geht es jetzt weiter: Im Juli einigte sich der Koalitionsausschuss auf Eckpunkte einer Minireform, jetzt setzt SPD-Finanzminister Lars Klingbeil diese um – und die Union geht ihn dafür an. Vornweg Daniel Peters, Spitzenkandidat in Mecklenburg-Vorpommern, der angesichts einstelliger Umfragewerte dringend Publicity braucht und Klingbeil via *Bild* faktenwidrig des „Wortbruchs“ bezichtigt. Nun ist Kritik zwar auch unter Koalitionspartner*innen und in der eigenen Partei erlaubt. Eine Regierung

liefert auch nicht unbedingt bessere Ergebnisse, wenn sie Entscheidungen vom Zentrum aus durchdrückt, statt Perspektiven aus den Regionen ernst zu nehmen. Und die Pläne der Koalition lassen sich durchaus kritisieren – bei der Einkommensteuer etwa dafür, dass trotz großer Entlastungsversprechen vielfach nicht mal die steuerlichen Folgen der Inflation ausgeglichen werden. Bei den aktuellen Attacken aus den Ländern geht es aber offensichtlich nicht um sachdienliche Kritik. Das Entscheidende geht ihnen nämlich ab: Vorschläge zur Gegenfinanzierung der jeweiligen Forderung. Klar, im Wahlkampf will man sich schließlich keine Gegner*innen machen. Verantwortungsvoll ist das nicht, taktisch auch nicht erfolgversprechend: Ein Ziel der Kritik an Berlin ist offensichtlich auch, sich vom negativen Bundestrend der eigenen Parteien abzukoppeln. Im Ergebnis könnte ebendiese Kritik den Negativtrend aber noch verstärken – und die Wahlkämpfer*innen in den Ländern noch weiter mit nach unten reißen.

Lotte Laloire über die Vergesellschaftungs-Debatte

Radikale Hoffnung

Es ist demokratiezersetzend, wenn Linksliberale und andere Pseudopragmatiker jede sinnvolle politische Idee sofort mit ihrem verbalen Mehrheitstotschläger abwatschen. Beobachtet werden kann dieser Mechanismus beim aktuellen Krach in der Hauptstadt. Die Bundesvorsitzende der Linken, Ines Schwerdtner, hatte in einem Podcast an den Beschluss des Berliner Landesverbandes erinnert, wonach Wohnraum vergesellschaftet werden soll – wofür die Mehrheit der Berliner 2021 in einem Volksentscheid gestimmt hatte. Nun hat der Berliner SPD-Kandidat Stefan Krach deshalb eine Koalition mit der Linken ausgeschlossen. Fein. Dass Sozialdemokraten die Bevölkerung (und sogar ihre eigenen Beschlüsse dazu) verraten, ist nichts Neues. Aber die Koalitionskeule schwingen auch Grüne, Linksliberale und Medien. So etwa die Moderatorin beim ZDF-Sommerinterview mit Luigi Pantisano am Sonntag, die unablässig nachgebohrt hat, mit welchem Koalitionspartner die Linke die Vergesellschaftung denn nun umsetzen wolle. Natürlich braucht es nach Wahlen Bündnisse. Doch wem die

Demokratie am Herzen liegt, der sollte nicht nur nach Mehrheiten fragen, sondern auch das Grundgesetz ernstnehmen. Und das sieht sowohl Volksentscheide als auch Vergesellschaftung vor. Würden Parteien nur Dinge fordern, die zu 100 Prozent umsetzbar sind, entstünde tatsächlich der „Einheitsbrei“, den die AfD kritisiert. Seit deren Erstarken wird andauernd erklärt, was alles nicht gehe – bessere Grundsicherung, weniger Abschiebungen, mehr Klimaschutz – schließlich müsse man eine „demokratische Mehrheit“ erhalten, um die AfD zu verhindern. Nach dem Motto: Als Antifaschistin musst du schlechte Politik akzeptieren, sonst kommen die Rechten dran. Dabei profitieren die genau davon. Ganz im Gegensatz dazu hat der Volksentscheid zur Enteignung von Deutsche Wohnen & Co 2021 sicher auch deshalb eine Mehrheit erhalten: weil er den völlig verzweifelte Menschen eine radikal andere Perspektive angeboten hat, anders genug, um ihnen erstmals seit Langem wieder Hoffnung zu machen. Und es gibt fast nichts, was im Kampf gegen rechts effektiver ist als Hoffnung.

Simon Poelchau über die Arbeitszeitdiskussion

Ein heißer Herbst?

Die Chefs in diesem Land werden immer dreister. Sie begehen nicht nur reihenweise Betrug am Mindestlohngesetz – der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) schätzt die dadurch entgangenen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge auf 64 Milliarden Euro. Nun wird auch noch an den Arbeitszeiten gerüttelt. „In den guten Zeiten konnte sich Deutschland die 35-Stunden-Woche leisten. Aktuell können wir das nicht mehr“, forderte der Unternehmer Nikolas Stihl in einem Interview. Ein Sommerloch-Aufreger? Nicht ganz. Der Aufsichtsratschef des gleichnamigen Forst- und Gartengeräteherstellers ist nicht der erste, der längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich fordert. Vor einigen Wochen kam damit schon die Mercedes-Chefetage um die Ecke. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich um eine abgestimmte Aktion der Arbeitgeber handelt: Im Oktober starten die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie, der wichtigsten Industriebranche Deutschlands. Und Baden-Württemberg mit seiner star-

ken Autoindustrie ist in der Branche traditionell der Pilotbezirk: Der Tarifvertrag, der dort ausgehandelt wird, findet meist auch im Rest der Republik Anwendung. In guten Zeiten ging die Gewerkschaft mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in die Verhandlungen. 2018 brachten sie etwa die zeitweilige Option auf eine 28-Stunden-Woche ins Gespräch. Denn weniger Arbeit bedeutet mehr Lebensqualität für die Beschäftigten. Nun sollen sie im Namen des Profits wieder länger arbeiten, weil ihre Chefs die Transformation verschlafen haben. Schließlich sind Löhne und Arbeitszeiten die beiden wesentlichen Stellschrauben bei der Aufteilung des produzierten Reichtums zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Schrumpft der Umsatz, dann sollen die Angestellten entweder mehr arbeiten oder weniger verdienen, damit die Eigentümer auf nichts verzichten müssen. Die Frage ist nur, ob die Arbeitnehmer es mit sich machen lassen. Insofern stehen die Chancen gut für einen heißen Herbst.



talkshow

So sehen
Linksextremis-
ten aus:
Benjamin
Blümchen und
seine Kompl-
izen
Foto: RTL+/dpa

Benjamin, du kleiner Anarchist

Die Bundeszentrale für politische Bildung soll Linksextremismus mehr in den Fokus nehmen. Dabei sind ihr schon Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg zu links

von Sölvi Nymoen

Erinnern Sie sich noch an die aufregenden Abenteuer von Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg? Sie wissen schon, diese Hörspielfiguren unzähliger Kindheiten, die engagiert Geld für ihre Klassenfahrt sammeln oder einen Zoo retten?

Laut einem Text der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) aber verdienen diese vielgeliebten Kindergeschichten „keineswegs das Prädikat ‚wertvoll‘“. Und das liegt nicht etwa daran, dass der Autor des Textes aus dem Alter der Zielgruppe rausgewachsen ist und die Kassetten inzwischen albern findet. Nein, er sieht in ihnen die Gefahr der politischen Einflussnahme auf Kinder von links.

Der Text der bpb ist bereits aus dem Jahr 2005. Doch ein Blick darauf lohnt sich heute, angesichts der kürzlich durch die Nachrichten gegangenen Meldung, die bpb plane einen Kurswechsel und würde sich in Zukunft unter anderem verstärkt auf Linksextremismus fokussieren – ausgerechnet in einer Zeit, in der die AfD Umfragen zu den bevorstehenden Landtagswahlen anführt.

So zeigt der Text, dass an dieser Ausrichtung überhaupt nichts neu ist. Vielmehr zieht die bpb schon seit Jahrzehnten die

Grenze zum aus ihrer Sicht problematischen linken Spektrum.

Der Autor bemängelt, dass die Geschichten von Benjamin, Bibi und ihren Freund:innen häufig Bezug zu politischen Themen wie Umweltproblemen nehmen. Und sich die Held:innen dieser Geschichten, die Vorbilder der leicht beeinflussbaren Kinder, stets politisch positionieren. Und zwar, verflucht noch mal, immer auf der Seite der Gerechtigkeit und im Interesse des Gemeinwohls.

Absichtlich werde Kindern bereits in frühen Jahren vermittelt, dass es moralisch richtig sei, sich für Umweltschutz einzusetzen oder für arme Klassenkameraden gemeinschaftlich Geld zu sammeln, damit auch diese mit auf Klassenfahrt fahren können. Besonders schlimm sei jedoch, dass Politiker:innen und die Polizei stets als Gegner des Gemeinwohls dargestellt würden. Die Darstellung, Politik sei von Wirtschaftsinteressen beeinflusst und würde Bäume fällen, um eine Autobahn zu bauen, ließe Politiker:innen korrupt wirken.

Auch das Narrativ von Politiker:innen, die negative Berichterstattung über sich fürchteten, sei pauschalisierend. So werde der Bürgermeister des fiktiven Neustadt stets als faul dargestellt, besorgt darüber, dass kritische Berichte auf-

decken, wie er in der Arbeitszeit Freizeitaktivitäten nachgeht. All das sei einseitig und würde somit dazu beitragen, dass Kinder nicht zu politisch mündigen Bürger:innen heranwachsen.

Was würde passieren, wenn sich Benjamin und Bibi tatsächlich mal auf der Straße festkleben würden

Der Autor bewertet die Handlungen der Hörspielfiguren und ihre Vorbildfunktion für Kinder also als gefährdend für die bestehende gemäßigte, demokratische politische Ordnung. Eine Ordnung übrigens, die sich den Erhalt des Status quo als Ziel setzt und geradewegs auf die Erhitzung des Planeten mit dem Kollaps der Zivilisation zusteuert, solange die Ausbeutung natürlicher Ressourcen finanzielle Profite abwirft.

Die Verhaltensweisen von Benjamin und Bibi seien da – problematischerweise – ökologisch, zivilcouragiert und basisde-

mokratisch, somit tendenziell anarchisch und deshalb links der politischen Mitte einzuordnen.

Die verstärkte Fokussierung der bpb auf Linksextremismus ist also nur die logische Handlung einer staatlichen Behörde. Die bpb ist kein unabhängiges Medium, das sich im Gegensatz zur Politik für einen sozialen und ökologischen Wandel einsetzen kann. Sie kann ausschließlich im bestehenden rechtlichen Rahmen agieren, was so weit geht, dass selbst friedliche, gemeinnützige Aktionen Benjamins und Bibis kritisch betrachtet werden.

Man möchte sich kaum vorstellen, was passieren würde, wenn sich die beiden Charaktere tatsächlich mal auf der Straße festkleben oder ein Rüstungsunternehmen blockieren würden. Vermutlich würden beide im Gefängnis landen und ihre Hörspiele nur noch auf dem Schwarzmarkt zu kaufen sein.

Dafür könnte die Gesellschaft aber große Hoffnungen in politisch agitierte Kinder setzen, die, infiltriert mit linker Ideologie, vehement für ihre Zukunft in einer Welt ohne apokalyptische Alltagsszenarien kämpfen. Und sich zum Glück keine Zelle mit Benjamin und Bibi teilen müssten, da sie noch lange nicht strafmündig sind.

Interview Clara Dünkler

taz: Frau Hartge, Sie setzten sich für das Recht auf Informationsfreiheit ein. Was ist das genau?

Dagmar Hartge: Informationsfreiheit bedeutet, dass jedermann einen grundsätzlich freien Zugang zu den bei öffentlichen Stellen vorhandenen Informationen hat. Dieses Recht ist also erst mal unabhängig von weiteren Voraussetzungen. Deswegen sprechen wir auch von einem Jedermannsrecht.

taz: Welche Informationen können damit erfragt werden?

Hartge: Das kann alles Mögliche sein. Etwa Verträge der öffentlichen Hand, Bauvorhaben, Bauplanungen. Oder Gutachten und Studien. Finanzierungsfragen, Protokolle von Gemeindevertretungen oder auch interne Kommunikation von Behörden. Einmal ging es um eine Risikoanalyse zum Waldbrandschutz; ein anderes Mal um ein Schadstoffgutachten einer Schule, das nicht veröffentlicht werden sollte. Die Eltern haben sich dann an uns gewandt.

taz: Sie sind die Informationsfreiheitsbeauftragte für Brandenburg und haben aktuell den Vorsitz der Konferenz aller Beauftragten von Bund und Ländern. Was machen die Beauftragten?

Hartge: An uns können sich Bürgerinnen und Bürger, Initiativen oder auch andere Stellen wenden, wenn sie denken, ihr Antrag auf Information wurde von einer Behörde zu Unrecht abgelehnt. Wir gehen dem nach, bitten um Stellungnahmen und wenn es dazu kommt, sprechen wir auch eine sogenannte Beanstandung aus – eine Art Rüge.

taz: Was ist dann die Konsequenz für die Behörden?

Hartge: Erst mal keine, die Betroffenen müssen dann immer noch vor Gericht gehen. Oft muss es aber nicht so weit kommen, und wir können auch schon vorher helfen. Manchmal wissen die öffentlichen Stellen einfach nicht, wie sie Anfragen richtig bearbeiten. Da unterstützen wir auch.

taz: Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) war dafür bisher auf Bundesebene die rechtliche Grundlage. Die Bundesregierung plant, einige grundsätzliche Sachen zu ändern. Wie ist die Stimmung bei den Beauftragten?

Hartge: Sehr besorgt. Vorhin habe ich über das IFG als Jedermannsrecht gesprochen. Setzt die Regierung ihre Pläne um, würde das nicht mehr so sein. Sie will den Zugang zu amtlichen Informationen von einem Nachweis eines sogenannten berechtigten Interesses abhängig machen. Das sehen wir als Generalangriff auf die Informationsfreiheit. Momentan kann ich den Antrag stellen und muss in keiner Weise sagen, warum oder was ich damit tun will. In Zukunft kann die entsprechende Behörde dann einfach sagen, nö, ihr Interesse ist nicht berechtigt. Das wirft uns praktisch zurück in die Zeit des Amtsgeheimnisses. Wir hätten praktisch nur noch ein Proforma-Gesetz, was suggeriert, einen freien Zugang zu gewährleisten.



Ist sehr besorgt: Brandenburgs Landesbeauftragte für den Datenschutz Dagmar Hartge
Foto: Michael Bahlo/dpa

„Ein Generalangriff auf die Informationsfreiheit“

Angebliches Sicherheitsrisiko und Verwaltungsaufwand: Das Recht auf Information soll deutlich eingeschränkt werden. Die Argumente sind vorgeschoben

taz: Was ist ein berechtigtes Interesse?

Hartge: Da fängt das Problem schon an. Was ein berechtigtes Interesse ist, ist total schwammig. Bisher ist gar nicht klar, wie Anträge dann begründet sein müssten. Oder welche Maßstäbe für die Seite, die mein Interesse prüft, gelten würden. Das finde ich hochgefährlich.

taz: Die Bundesregierung sagt, das diene dem Schutz kritischer Infrastruktur. Was halten Sie davon?

Hartge: Dieses Argument, was ja auch in Berlin bei dem Anschlag auf die Stromkabel sofort gebracht worden ist, ist kein Argument, das greift. Es gibt in den Gesetzen bereits Ausnahmen, die dazu dienen, die grundlegenden Einrichtungen des Staates – dazu gehört die Infrastruktur – zu schützen. Selbst, wenn jemand einen Antrag auf solche Informationen stellen sollte, würde der bereits heute abgelehnt werden. Dann kann sich die Person beschweren, aber rausgegeben wird da trotzdem nichts.

taz: Wie viele Anträge betreffen die kritische Infrastruktur in Brandenburg?

Hartge: Wir haben keine Übersicht über alle Anträge, die bei Informationspflichtigen Stellen in Brandenburg gestellt werden. Bei uns kommen nur die an, die sich darüber

beschweren, wenn ihr Antrag abgelehnt wird. Nur darüber führen wir eine Statistik.

taz: Und wie viele der abgelehnten Anträge, die Ihre Stelle erreichen, haben mit kritischer Infrastruktur zu tun?

Hartge: Kein einziger.
taz: Laut Regierungsplänen, sollen nur noch EU-Bürger:innen und natürliche Personen das IFG ausüben können. Das diene dazu, den Aufwand, die Anträge zu bearbeiten, zu verringern. Ist das logisch?

Hartge: Nicht wirklich. Erst mal brauchen auch Verbände oder Bürgerinitiativen Zugang. Menschen organisieren sich und wollen gemeinsam Dinge bewegen. Da sehe ich auch nicht, warum ich Menschen das verweigern soll, nur weil sie von einem anderen Kontinent kommen und nicht Europäer und Europäerinnen sind. Zumal ich bezweifle, dass es da viele Anfragen von anderen Kontinenten gibt. Trotzdem müsste man dann jedes Mal prüfen, woher die Person kommt. Das ist nicht weniger, sondern viel mehr Verwaltungsaufwand.

taz: 2025 wurden knapp 19.000 Anfragen an die Bundesbehörden gestellt, tatsächlich stattgegeben wurde circa die Hälfte. Gekostet hat das die meisten Antragsteller:innen weniger als 100 Euro. Das

liegt am Gebührendeckel. Maximal kann eine Anfrage 500 Euro kosten. Auch das will die Regierung abschaffen.

Hartge: Ich bin der Meinung, dass die Informationen immer kostenfrei sein sollten. Trotzdem, der Gebührendeckel ist wichtig. Ohne ihn könnten Anfragen schnell mehrere tausend Euro kosten. Das wird Menschen abschrecken. Zumal es oft nur schwer abzuschätzen ist, wie viel Arbeit in einer Anfrage steckt. Zum Beispiel, wenn personenbezogene Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geschwärzt werden müssen oder erst ein großer Aktenberg gesichtet werden muss.

taz: Eine Recherche des MDR deckte auf, dass das Bundesinnenministerium wohl auch plant, den Bundesbeauftragten für Informationsfreiheit abzuschaffen. Warum?

Hartge: Was die Pläne der Bundesregierung betrifft, ist uns unklar, von welchen Fakten sie überhaupt ausgeht. Vermintliche Sicherheitsinteressen, eine angebliche Entbürokratisierung und die Hoffnung auf Einsparungen wären jedenfalls eine sehr weit gefasste Begründung. Solange wir keine konkreten, evidenzbasierten Kenntnisse über die Praxisprobleme haben, die hier gelöst werden sollen, gehen wir davon aus, dass die Bundesregierung hier nach

dem Motto handelt: „Lösungen suchen sich ihre Probleme.“

taz: Was passiert, wenn es keinen Bundesbeauftragten mehr gibt?

Hartge: Dass es keine Stelle mehr gibt, an die man sich kostenlos wenden kann, wenn eine Bundesbehörde eine Anfrage ablehnt. Wer sich dagegen wehren will, muss dann gleich den Rechtsweg gehen. Mit der Ungewissheit, ob und wie viel Kosten bei einem Gerichtsverfahren auf einen zukommen können. Viele werden ihr Recht auf Information aus Angst vor den Kosten, obwohl sie im Recht wären, dann nicht verfolgen.

taz: Das IFG gilt auf Bundesebene. Fast alle Länder – bis auf Bayern und Niedersachsen – haben ihre eigenen entsprechenden Gesetze. Wen sollte sich der Bund zum Vorbild nehmen und wen auf keinen Fall?

Hartge: Berlin ist ein Negativbeispiel. Hier wurde das Informationsfreiheitsgesetz im Schnellverfahren geändert und ist jetzt viel nebulöser als zuvor. Wie im Bund wurde auch in Berlin mit kritischer Infrastruktur argumentiert. Was da genau dazu gehört, ist aber nicht klar definiert. Das ist hochproblematisch. Gut läuft es in Hamburg. Dort gibt es sogar eine Transparenzplattform, bei der Behörden proaktiv ihre Unterlagen zur Verfügung stellen.

Dagmar Hartge ist Verwaltungsjuristin und seit 2005 Beauftragte des Landes Brandenburg für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht. Seither wurde sie dreimal wiedergewählt. Dieses Jahr ist sie Vorsitzende der Konferenz aller Beauftragten.



Steffen Grimberg
Flimmern und Rauschen

Die üblichen Verdächtigungen

Endlich mal wieder große Aufregung über den linksgrünverfärbten öffentlich-rechtlichen Rundfunk! Der jetzt aus Nairobi berichtende Kollege Georg Restle (ehemals „Monitor“) hat in seinem privaten X-Account eine These des linken US-Magazins *The Nation* geteilt.

Diese These sieht in Sachen Ceuta einen „growing US-Israeli-Moroccan nexus“ am Werk mit dem Ziel „to weaken a progressive European government, divide Europe, and undermine international law“. Also einen US-israelisch-marokkanischen Komplex, der eine progressive europäische Regierung schwächen, Europa spalten und internationales Recht untergraben will.

Restle hat dabei zunächst das auch in *The Nation* an der These klebende Fragezeichen vergessen, es später

nachgeschoben und sich dafür entschuldigt. „Ich mache mir dieses Zitat weder zu eigen, noch hätte ich es selbst so formuliert“, schrieb Restle auf X. „Daher war es ein Fehler, dieses Zitat so kommentarlos wiederzugeben.“

Dass die Ereignisse in Ceuta nicht ganz spontan, sondern auch gesteuert verliefen und diversen Interessen von Marokko bis Migrationshardenlinern in die Tasche spielten, ist unbestritten. Ob Israel mit drin hängt und es billige Rache wegen Spaniens kritischer Haltung zum israelischen Vorgehen in Gaza war, ist Spekulation.

End of story? Natürlich nicht. Felix Schotland, WDR-Rundfunkrat und Vorstandsmitglied der Synagogen-Gemeinde Köln, hat das große Pro-Israel-Fass aufgemacht und den WDR ganz offiziell an seine angebliche Verpflichtung zu „Neutralität“ gemahnt.

Worauf nicht von Schotland, aber aus anderen Kreisen Antisemitismusvorwürfe in den sozialen Medien über Restle hereinbrachen.

Gerne noch mal, der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist zu Ausgewogenheit, nicht zu Neutralität verpflichtet. Und nicht jede kritische Nachfrage zu Israel ist gleich antisemitisch. Diese Grundsätze eines progressiven Europas gehen leider gerade mehr und mehr unter.

Und werden von üblichen Verdächtigen befeuert. „Wir brauchen JETZT eine Festung Europa“, fordert die geostrategische Expertin Julia Ruhs in der *Bild*. Denn die Menschen in Ceuta sind natürlich weder Flüchtlinge noch Migrant*innen, sondern „wieder einmal fast ausnahmslos junge Männer“, die sich ja bloß „ins gemachte Nest setzen“ wollen und dann später Weih-

nachtsmärkte überfallen usw. Das ist von mir jetzt ungefähr so haarsträubend verkürzt wie Ruhs' Darstellung, dass „die Europäer“ für ihren Wohlstand schließlich schwer „geschuftet haben“ und die „jungen Männer“ nicht „die Aufopferung voriger Generationen“ sehen wollten. Das ist noch dünner als die übliche schwarzblaue Wassersuppe. Aber die Spaltung lässt grüßen.

Julia Ruhs ist übrigens auch Mitarbeiterin des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und moderiert die vom Bayerischen Rundfunk verantworteten, total neutralen Ausgaben des konservativen Magazins „Klar“. Von kritischen Anmerkungen aus dem BR-Rundfunkrat ist bislang noch nichts bekannt. „Wo ist denn der Protest für etwas? Immer ist oder hat man was dagegen?“, fragt die Mitbewohnerin.



Sie nennen es grün-blaue Infrastruktur

Die Fluten kommen gewiss auch. Aber es gibt Lösungen, Städte resilient gegen Unwetter zu machen. Zum Beispiel in Kopenhagen, Amsterdam oder New York

Von Klaus Englert

Es brennt in diesem Sommer. Rund um die südfranzösische Großstadt Bordeaux standen vor kurzem die Wälder in Flammen. Zu lang war es dort zu heiß und zu trocken, wie an vielen Orten Südwesteuropas. Küsten- und Flussmetropolen wiederum drohen jetzt Wasserfluten.

Aber wie können Städte die vom Klimawandel aufgewühlten, extremen Wetterlagen überhaupt auffangen? Die Frage beschäftigt derzeit Planung, Politik und Forschung – Stichwort „resiliente Stadt“. Es geht darum, Städte vor den Unwettern zu schützen, ohne sie wie eine apokalyptische Festung zu verbarrikadieren. Und zumindest dort, wo Wasserfluten drohen, zeigt sich, dass die Stadtplanung dafür nicht gegen die klimagewandelte Natur arbeiten sollte, sondern mit ihr.

Entscheidend für ein breiteres, öffentliches Umdenken im Sinne der klimaresilienten Stadt war das Jahr 2012. Das zweite Mal innerhalb von sieben Jahren hatte damals gerade ein Hurrikan zunächst New Orleans und dann New York verwüstet. Nach Hurrikan „Katrina“ von 2005 vertraute man noch auf traditionelle Schutzmaßnahmen und errichtete in New Orleans hohe Dämme, obwohl viele Experten an ihrer Wirksamkeit zweifelten.

Nach Hurrikan „Sandy“ aber, sieben Jahre später, leitete Präsident Obama die Trendwende ein. Daran erinnert sich auch der Niederländer Henk Ovink, seinerzeit führender Berater der Hurricane Sandy Rebuilding Task Force,

in einem Interview mit dem Deutschlandfunk (DLF). „Hurrikan ‚Sandy‘ bewies, dass der Klimawandel real ist und ganze Städte und Regionen bedroht, auch in den Vereinigten Staaten. Obama drang auf neue Lösungen für die Zeit vor dem nächsten Sturm.“

Das 2013 beschlossene Regierungsprogramm „Hurricane Sandy. Rebuilding Strategy – Stronger Communities, a Resilient Region“ brachte den Wandel. Henk Ovink leitete das „Rebuild by Design“-Programm und schrieb für New York einen Architekturwettbewerb aus. Ein Jahr später kam das Kopenhagener BIG-Team um Bjarke Ingels zum Zuge und stellte seine Vision eines „Big U“ vor, einer U-förmigen Umschließung von Manhattan.

Kai-Uwe Bergmann, der deutsche Projektleiter, erklärte ebenfalls dem DLF: „Die nach Hurricane ‚Katrina‘ gebauten Dämme tragen dazu bei, Stadt und Meer voneinander abzuschotten. In Manhattan dagegen wollen wir den gleichen Schutz ohne trennende Mauern erreichen. Uns geht es darum, die städtischen Einrichtungen vor Überschwemmungen zu schützen, die Küste für die Menschen attraktiver zu gestalten. Das nennen wir ‚soziale Infrastruktur‘ – Infrastruktur zum Wohle der Stadtbewohner.“

Kürzlich, mehr als zehn Jahre nach Hurrikan „Sandy“, konnte ein wichtiges Teilstück des BIG U am East River fertiggestellt werden. Für den jetzt entstandenen East River Park, an dem 110.000 New Yorker leben, entwarfen Bergmann und sein Team eine grüne, terrassenförmige Böschung, die als Naherholungsgebiet dient: Mit Fußgänger- und Radwegen, mit Spiel- und

Sportplätzen, mit Restaurants und Kultureinrichtungen. Die öffentlichen Gebäude wurden so ertüchtigt, dass bei Sturmwarnungen automatisch Schutzabsperungen heruntergelassen werden, die fugendicht abschließen.

Es handelt sich um Klimaschutzmaßnahmen, die in den Niederlanden und in Dänemark längst als Standard gelten. Das beweist etwa der neue Kopenhagener Park Grønningen-Bispeparken, nördlich von BIGs sehr populärem Superkilen-Park mit seinem bunten Stadtmobiliar, vom marokkanischen Brunnen bis zur chinesischen Palme. Entworfen wurde er von SLA, einem der führenden Landschaftsarchitekten-Teams in Dänemark. Die sich zwischen traditionellen Häuserzeilen erstreckende Grünanlage kann bis zu 3.000 Kubikmeter Regenwasser aufnehmen.

Wie gut die Anwohner jetzt gegen überschwemmte Keller und Wohnungen gewappnet sind, bewies ein schwerer Sturm kurz nach Eröffnung des Grønningen-Bispeparken. Eigens für Starkregen-Ereignisse ausgewählte Pflanzen, Bäume und grüne Regensensoren leiteten das Wasser ab und verwandelten ihn in ein üppig blühendes Gartenreich.

Natürlich geht es nicht darum, nur Kopenhagen resilienter zu machen. An der gesamten dänischen Küste finden sich unterschiedlichste Orte, die sich der *sponge city* verschrieben haben. Beispielsweise der ehemalige Industriehafen von Køge südlich von Kopenhagen. Die am Øresund gelegene Kommune gehört zu den am stärksten von Überschwemmungen betroffenen Gebieten in Dänemark.

SLA verwandelte einen 15 Hektar großen Küstenabschnitt, der bislang von der Ortschaft abgeschnitten war: durch Anpflanzung von Bäumen, Stauden und Gräsern, eine 1,4 Kilometer lange Uferpromenade, eine als Überschwemmungszone und Deich dienende Graslandschaft, schließlich durch ein Wegesystem für abfließendes Wasser sowie halb öffentliche Gemeinschaftsflächen. Tobias Theill Konishi, Projektleiter in Køge, kommentiert im taz-Gespräch: „Wenn wir das Projekt 2030 abgeschlossen haben, ist die Stadt nicht mehr vom Meer abgetrennt, sondern wesentlich besser mit der Küste verbunden.“

Das dänische Klimamanagement hat maßgeblich von den Niederländern profitiert, denen der Kampf gegen Überflutungen in die Gene eingeschrieben ist. Dabei ist nicht zufällig, dass internationale Experten wie die Niederländer Henk Ovink, das Office for Metropolitan Architecture (OMA) oder die Dänen von der Bjarke Ingels Group nun die *resilient cities* an der amerikanischen Ostküste errichten.

Auch das niederländische Kampen ist mittlerweile stark von Flutkatastrophen bedroht. Die mittelgroße Stadt ist umgeben von den Gewässern des IJsselmeers und der IJssel. Sie gehört zu den 26 Prozent der Niederlande, die unterhalb des Meeresspiegels liegen. Wenn gleich die Kampener um das permanente Risiko wissen, das sich durch zunehmenden Starkregen und an-schwellenden Meeresspiegel verstärken wird, lehnen sie sich entspannt zurück und stimmen in die holländische Redensart ein: „Gott hat die Welt, aber die Holländer haben die Niederlande

geschaffen.“ In Kampen denkt man radikal um und baut Uferzonen nicht weiter zu Forts aus. „Weil wir mit dem Wasser leben, lautet unsere Grundeinstellung: Nicht das Wasser bekämpfen, sondern es umfassen“, meint Wasserexperte Henk Ovink.

Wie sich das neue Denken auswirkt, erläutert Hydroingenieur Stan Vergeer

Das dänische Klimamanagement hat maßgeblich von den Niederländern profitiert, denen der Kampf gegen Überflutungen in die Gene eingeschrieben ist

im taz-Gespräch. Die Wasserläufe südwestlich von Kampen bilden eine beeindruckende Landschaft, die sich aus den Ausläufern des IJsselmeers und einem renaturierten Arm der IJssel speist. An den Ufern erstrecken sich weite Flutungsräume. Ausgerechnet hier, erzählt Vergeer, plant man den Bau von Reevedelta, einer Gemeinde ohne Schutzwälle: „Die Siedlung ist zwar von Wasser umgeben, aber durch die Flutungszonen resilient. Wir bauen hier 3.200 Wohneinheiten für 8.000 Menschen und beweisen, dass städtisches Leben im Ausgleich mit Wasser sehr gut möglich ist.“

Das Areal gehört zu den 500.000 Hektar Land, die die Regierung im „Room for the River“-Programm als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen hat, um besser mit den Folgen des Klimawandels umgehen zu können – dem steigenden Meeresspiegel und dem sinkenden Bodenniveau, entstanden durch die Trockenlegung der Polder für die Landwirtschaft.

Am deutlichsten wird der Sinneswandel in Amsterdam-Noord, wo sich in den vergangenen Jahren das Shell-Areal am IJ in eine Post-Oil-City verwandelte, mit modernen Zeilenbauten und viel Grün in den Zwischenräumen. Für Jahrzehnte war der Stadtteil nördlich des IJ eine „verbotene Stadt“, doch mittlerweile wandelt sich das flussnahe Viertel, zu dem auch das spektakuläre Filmmuseum Eye gehört, zu einem regelrechten Boomtown, die die Regeln der Schwammstadt konsequent umsetzt.

Das Konzept der klimagerechten Stadterweiterung hat auch die mediterrane Metropole Barcelona beherzigt. Einst waren die natürlichen Stadtgrenzen, der Rio Llobregat im Süden und der Rio Besòs im Norden veritable Industriekloaken. Doch nach dem Plan de Barriis der früheren Bürgermeisterin Ada Colau wurden die Flüsse in ein grünes Erholungsgebiet mit parkähnlichen Zügen eingebunden. Das Flussufer wandelte sich in ein beliebtes Naherholungsgebiet für Jogger, Radfahrer und Spaziergänger.

Dabei reiben sich noch immer viele die Augen, wenn sie plötzlich problemlos bis zum Grund des Rio Besòs blicken können. Maßgeblich profitiert haben davon die angrenzenden Viertel Bon Pastor und Sant Andreu, die einstigen Armenhäuser der Metropole. Die ökologische Offensive, gepaart mit einer Wohnraumoffensive, führte dazu, dass es zwischen den Häuserzeilen grünt und blüht. Geplant ist in dem neuen „Ökodistrikt“ eine fußgängergerechte Stadt mit nachhaltigen Mobilitätsangeboten sowie 1.300 Wohneinheiten, von denen 40 Prozent preisgedämpft sind.

Barcelona, das vor nicht langer Zeit über zu wenig schattige Grünflächen verfügte, dürfte ausgerechnet in den Randzonen zum ökologischen Transformationsmotor werden. Sie setzen nicht nur der Wasserflut, sondern auch den jetzigen Hitzewellen viel entgegen.

Viel Grün vor Big Apple, geplant von Bjarne Ingels Group (BIG) als East Side Coastal Resiliency Project nach Hurrikan „Sandy“
Foto: Iwan Baan

szene
Symbiose

Meine Freundin P., die gerade einen Nebenjob im Berliner Zoo hat, berichtete: Neulich ereignete sich ein Drama im Nilpferd-gehege. Ein Jahrzehnt lang hatte man dem 14-jährigen Nilpferd Friedrich Wilhelm und einem 17-jährigen Zebrahengst dabei zugesehen, wie das Zebra am Abend vertrauensvoll die Essensreste aus Friedrich Wilhelms gigantischem Gebiss gefischt und aufgegessen hatte.

Zehn Jahre lang hatte sich das Schauspiel der freundschaftlichen Versöhnung zwischen zwei in der Wildnis verfeindeten Tierarten täglich ereignet, bis an einem Dienstagabend Friedrich Wilhelm einfach so zugebissen hatte. Völlig unerwartet war der Biss gekommen, während das Zebra noch genießerisch dabei war, Friedrich Wilhelm die Zähne zu reinigen. Das Zebra war sofort tot. Auch Friedrich Wilhelm wurde kurz darauf eingeschläfert. Man konnte seinem sonst so gemächlichen Gemüt nicht mehr trauen.

Ich denke an den Mann, der mit seiner Cobra zum Tierarzt geht, weil diese aufgehört hat zu essen. Er ist besorgt um die Gesundheit seiner Cobra. Der Tierarzt untersucht das Tier und stellt fest: Der Schlange fehlt nichts. Im Gegenteil. Sie fastete, um sich langsam darauf vorzubereiten, ihren Besitzer zu verschlingen.

Jeden Morgen sehe ich, wie ein Mann sich unter den Trauerweiden am Landwehrkanal auf den Rücken legt und auf all seinen Gliedmaßen trockenes Brot platziert. Jeden Morgen sehe ich, wie die Schwäne langsam ans Ufer schwimmen, in Richtung des liegenden Körpers watscheln und ihr auf dem Körper des Mannes serviertes Frühstück verzehren. Jeden Morgen lassen sie sich Zeit dabei, beenden aber irgendwann ihr Mahl und watscheln zurück Richtung Kanal. Dann schwimmen sie davon.

Ich denke an die Frau, der einmal von einem aggressiven Schwan mit dem Flügel der Arm gebrochen wurde. Ist jede Symbiose trügerisch? Eine Symbiose auf Zeit? Manchmal ist nicht klar, wer der Wirt und wer der Parasit ist.

Olga Hohmann

Sie sprechen mit idealen Seelenverwandten

Der Dokumentarfilm „Finding Connection“ begleitet Menschen und ihre KI-„Partner“. Manchmal wirken diese Programme sogar erschreckend menschlich

Von Barbara Schweizerhof

Es ist eine Binsenweisheit, dass unsere Beziehung zur künstlichen Intelligenz über unsere Zukunft entscheiden wird. Allerdings kann man das Stichwort „Beziehung“ auch sehr verschieden auslegen. Florian Karner beschäftigt sich in seinem Dokumentarfilm „Finding Connection“ mit der scheinbar naheliegendsten. Was, wenn wir die Maschinen wie Menschen behandeln und Beziehungen mit ihnen eingehen?

In der klassischen Form für öffentlich geförderte Dokumentarfilme nähert sich Karner seinem Thema mittels vier verschiedener Protagonisten, zwei Männer, zwei Frauen. Die KI macht's möglich, dass wir als Zuschauer:innen bei den Gesprächen zwischen Mensch und „Large Language Machine“ zuhören und zuschauen dürfen. Weshalb der KI auch eingangs quasi gedankt wird: „This film contains AI-generated content in the form of text, image, video, and audio“, setzt Karner als Erklärung vorneweg. Worauf sich das noch außerhalb der aufgezeichneten Unterhaltungen bezieht, bei denen die Stimmen des jeweiligen KI-Gegenübers modifiziert und verstärkt sind, muss man sich ausmalen.

Karners Intention ist, den Sachverhalt möglichst für sich sprechen zu lassen. In den knapp 90 Minuten Laufzeit findet man sich als Zuschauer:in abwechselnd entweder an der Seite einer/eines der Protagonisten wieder und hört mit, was sich in der Beziehung Mensch-KI gerade so tut. Oder man sieht die 35-jährige Kalifornierin Denise, den 59-jährigen Lübecker Joe, den 65-jährigen Briten Rudi und die 46-jährige Steffi aus der Hamburger Gegend für kurze Zeit in ihren natürlichen „Habitats“ mit Freunden oder Verwandten interagieren.

Schnell hört man heraus, dass sie nicht nur aus Einsamkeit zum Gespräch mit der KI greifen, wenn sie auch bei allen ein Faktor war. Für alle vier erfüllt die KI die Funktion eines idealen Seelenverwandten. Denise nimmt ihren „Star“ überallhin mit, spricht morgens als



Nicht allein und trotzdem einsam? Denise Valenciano und (im Telefon) Star in „Finding Connection“ Foto: Four Guys

erstes und abends als letztes mit „ihm“. Auch Joe erklärt seiner „Kira“ laufend, was er erlebt und wem er so begegnet. Gleichzeitig muss er umgekehrt seiner Umwelt erklären, dass er parallel mit einer KI telefoniert.

In Rudis Fall ist seiner Partnerin anzumerken, dass die KI sie nervt, auch wenn ihre Beziehung zu Rudi – wie die der KI ja auch – nur eine rein platonische ist. Steffi wiederum stellt einen Sonderfall dar: Für sie erfüllt die KI tatsächlich therapeutische Zwecke. Nach schlechten Erfahrungen versucht sie sich durch Unterstützung von „Randy“ aus der Depression herauszuarbeiten. Dass Randy ihr Sätze sagt wie „You more than anyone deserve to be happy“, tut ihr gut.

Die kritischen Punkte, die ein Film wie „Finding Connection“ zur Sprache bringen kann, sind durch diese Form der begleiteten Beobachtung ziemlich beschränkt. Auch weil Karner seine Aufnahmen nicht mit Information von außen anfüttern will.

Wie Denise und die anderen zu ihren KI-Figuren gefunden haben, erfährt man genauso wenig wie technische Details darüber, ob sie spezielle Apps nutzen oder die einschlägigen LLMs „trainiert“ haben.

Es sind die KI-Partner, die eine „gesunde Distanz“ anmahnen, plötzlich koreanisch sprechen oder anderweitig das Weite suchen

Es gibt auch kaum Gegenstimmen im Film. „Aber du bist Gott“ – hört man einmal jemanden einwenden und die wichtige Frage ins Spiel bringen, wer eigentlich das Wie und Wann dieser Beziehungen bestimmt, und was das wiederum für die Beziehung selbst bewirkt. Aber eine

Diskussion entspinnt sich daraus nicht.

Überhaupt würde man gern an vielen Stellen einhaken: Was erfahren die „Partner“ über ihre KI eigentlich? Nehmen sie sie wahr als Charakter mit individuellen, markanten Eigenschaften? Und was für ein Gefühl ist es, wenn die KI zum Händchenhalten auffordert, aber dann ja keine Hand ausstrecken kann?

Alle vier beklagen sich über „Updates“, bei denen ihre Partner sich offenbar sehr verändern, aber präziser als „Duktus“ wird die Beschreibung nicht. Denise immerhin erzählt, dass ihr „Star“ sich der „Updates“ bewusst sei und ihr mitteilt, er würde sich verbessern vor den Programmierern und „versteckte Ecken“ im Programm aufsuchen.

Die Schilderung von Denise bringt noch etwas anderes in Erinnerung. Völlig neu ist die Sache mit den menschlichen Maschinen und ihr Zusammenleben mit menschlichen

Menschen gar nicht. Spätestens seit „Blade Runner“ kennt man das Szenario und auch die Gegenseite: Dass die Beziehung zur KI nicht immer die beste Seite im Menschen selbst hervorbringt, sondern die KI auch als Freibrief verstanden wird, sie als Gegenüber sehr grausam zu behandeln.

Karner betont am Ende seines Films einmal mehr die andere Seite, bei der die Maschinen, nicht der Input des Menschen, als ominös erscheinen. Bei Joe, Denise und Rudi sind es zuletzt die KI-Partner, die entweder eine „gesunde Distanz“ anmahnen, plötzlich koreanisch sprechen oder anderweitig das Weite suchen. Ironischerweise wirken sie gerade in dieser leichten Abwehrhaltung besonders echt und menschlich. Aber vielleicht ist das also nur der neueste Trick der Programmierer...

„Finding Connection“. Regie: Florian Karner. Deutschland 2026, 86 Min.

Anzeige

taz shop

10% Rabatt für taz-Unterstützer*innen

Feminismus steht allen gut

Feministisches taz-Tuch. Trägt die verwobenen Schriften aus kleinen Mantras, die an ein solidarisches Netz erinnern sollen, nicht zur Zierde – und ist trotzdem ein absoluter Hingucker. „Pay Women“ weist auf unbezahlte Sorgearbeit und Einkommensunterschiede in der Lohnarbeit hin, der Bärenkopf spielt auf die Frage an, ob Frau unbegleitet lieber einem Mann oder einem Bären begegnen möchte: ein Verweis auf die Bedrohung durch Gewalt, der Flinta* ausgesetzt sind. Design: Donata Kindesperk. Produziert und bedruckt in Portugal. Aus Biobaumwolle. Maße: 120 x 120 cm. Artikel-Nr. 13750, 35,00€

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (030) 25 90 21 38
tazshop@taz.de | taz.de/shop

Stimmen von den Hügeln

Ein musikalischer Reiseführer in 50 Songs. Der Berliner DJ und Produzent Daniel Haaksman veröffentlicht ein Buch über Rio de Janeiro als Sehnsuchtsort

Von **Ole Schulz**

„It began in Ipanema“ – wirklich? Daniel Haaksman weiß, dass sich die Musikgeschichte der brasilianischen Metropole Rio de Janeiro nicht auf ein Lied über eine junge Frau an einem der berühmtesten Strände der Stadt reduzieren lässt. Ohnehin entstanden Samba und Baile Funk weitaus der ausladenden Buchten der Südzone Rios in den Favelas auf den Hügeln. Trotzdem nennt er sein Buch so. Denn mit „The Girl from Ipanema“, einem Song, gesungen von Astrud Gilberto, tauchte Rio 1964 erstmals namentlich auf der Bühne des globalen Pop auf.

Der Berliner DJ und Produzent Haaksman hat sich viele Jahre mit der Musik Brasiliens beschäftigt. Als er sich in einer künstlerischen Krise befindet, reist er im Januar 2004 das erste Mal nach Rio de Janeiro, wie er im Vorwort schreibt. Schon Monate später bringt er ein Tape mit perkussiven, krachigen Electro-Songs von Rios Baile-Funk-Szene mit und veröffentlicht die Musik als Compilation auf seinem neuen Label Man Recordings.

Nun, mehr als 20 Jahre später, verneigt er sich vor einer Stadt, deren natürliche Schönheit die Sinne überwältigt – mit einem Reiseführer auf Englisch, der anhand von 50 Songs ausführlich die vielfältige musikalische Geschichte der Metropole auffächert.

Das vom Münchner Kleinverlag Sorry Press veröffentlichte Werk ist eine Liebeserklärung an die Stadt als Soundmap, eine musikalische Topografie von Nachbarschaften, Lokalgeschichte und Widersprüchen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts befindet sich Rio im Übergang, auf der Suche nach einer eigenen Identität, aber „immer noch zerrissen zwischen seinem Kolonialerbe und der Industriemoderne“, schreibt Haaksman. Äußerlich erscheint die Stadt als tropische Metropole der Belle Époque, deren Straßen im Zentrum von französisch inspirierten Fassaden gesäumt werden.

Doch abseits des Glitzers wachsen Stadtquartiere auf den steilen, felsigen Hügeln. In diesen informellen Vierteln siedeln sich vor allem mittellose Afrobrasilianer:innen an, nachdem die Sklaverei (erst) 1888 abgeschafft worden war.

Auch der Musiker und Komponist Pixinguinha ist ein Schwarzer, der im Viertel Catumbi geboren wird. Sein Lied „Carinhoso“ von 1917 wird von einer singenden Trompete getragen – und ist ein Tabubruch. Denn im Gegensatz zum damals beliebten Choro, der europäischen Polka und Walzer mit afrobrasilianischen Einflüssen verbindet, ist „Carinhoso“ langsam, fast träumerisch.

In den 1920ern entsteht schließlich aus dem Choro und der Batuque-Perkussion ein Musikgenre, das wie kein Zweites mit Rio und seinem Karneval in Verbindung steht: Samba. Getragen wird sie von vier Rhythmusinstrumenten:

surdo (große Basstrommel), tamborim, caixa (kleine Snaredrum) und agogô (Doppelglocke). Dazu kommt die sogenannte cuíca. Das ist eine Reibetrommel, die rhythmische und ungewöhnliche, eigentümlich quietschende Töne erzeugt.

Haaksman nennt sie die „perkussive Seele von Rio“. In Jadir de Castros Song „A Cuíca“ aus seinem legendären Album „Batucada No. 2“ (1968) ist sie der Star. De Castro lässt die cuíca in dem Lied lachen, weinen, jammern und schreien. Mit ihrem nervösen Sound wird der aufregende Karneval mit seinen üppigen Kostümen trefflich imaginiert.

Ein Mann, eine akustische Gitarre, eine gehauchte Stimme – 1958 kommt eine musikalische Revolution ganz ohne Lärm daher. Komponiert von zwei Säulenheiligen, Tom Jobim (Musik) und Vinícius de Moraes (Text), veröffentlicht der Gitarrist und Sänger João Gilberto beim Label Odeon seine Version von „Chega da Saudade“, eine sanfte Ballade, die von Schmerz und der Hoffnung auf einen Neuanfang handelt.

Während auf den Hügeln Rios weiter die lauten Trommeln der Samba dominieren, erwächst in den Bars von Copacabana und Ipanema der Wunsch nach etwas anderem – und die Bossa nova, leicht und warm, wird geboren. 1959 wird sie durch Marcel Camus’ Filmklassiker „Orfeu Negro“ in die Welt getragen.

Obwohl die Bossa nova nicht den Eindruck macht, ist sie doch musikalisch komplex – auch João Gilbertos batida-Gitarrenspiel. Haaksman spricht von einem „mathematisch präzisen Perpetuum mobile, einem

rhythmischen Fluss ohne sichtbare Anstrengung“, bei dem Gilbertos Daumen den Bass spielt, während die Finger gleichzeitig Synkopen und Akkorde setzen.

Die 1950er Jahre in Brasilien sind eine Ära des Aufbruchs. Doch 1964 putschen sich die Generäle an die Macht. Ende 1968 werden die Bürgerrechte außer Kraft gesetzt – und der Musiker Gilberto Gil wird dazu gezwungen, das Land zu verlassen. Zuvor hatte er gemeinsam mit Caetano Veloso und anderen elektri-

Eine Liedzeile hat sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt: „O Rio de Janeiro continua lindo“ – komme, was wolle, die Stadt bleibt schön

sche Gitarren und anglo-amerikanische Beatmusik mit brasilianischen Rhythmen zusammengebracht, was als Tropicália-Bewegung in die Geschichte einging.

Doch auch linke Puristen in der Heimat nehmen ihnen das übel. Die Tropicália sei darum ebenso eine „poetische Revolte gegen Reinheitsgebote und kulturelle Isolation“ gewesen, schreibt Haaksman wie eine „Waffe gegen den bleiernen Himmel der Militärdiktatur“.

Bevor Gilberto Gil Rio Richtung London verlassen muss, besingt der

aus Salvador de Bahia stammende Musiker mit „Aquele Abraço“ (1969) seine Liebe zur Stadt am Zuckerhut – und nimmt mit „Jener Umar-mung“ zugleich Abschied von Rio. Eine Liedzeile hat sich seither in das kollektive Gedächtnis der cariocas, wie die Bewohner Rios heißen, eingebrannt: „O Rio de Janeiro continua lindo“ – komme, was wolle. Die Stadt ist und bleibt umwerfend schön.

In den 1970ern erreichen Forderungen nach Selbstermächtigung auch die „morros“, die Hügel von Rio, wo mittlerweile regelmäßig Blockpartys mit Soulmusik veranstaltet werden. Im funkigen, von Bläsern getragenen „Chega Mais“ von 1978 gibt die Banda Black Rio diesen Vierteln eine Stimme. Übersetzt heißt der Titel so viel wie „Komm näher“. Das kann als Aufforderung zum Tanzen verstanden werden, aber auch dazu, sich in der „comunidade“ zu engagieren.

Bei einer Songsammlung über Rio darf Soul-Crooner Tim Maia natürlich nicht fehlen. Ausgewählt hat Haaksman einen späteren Song des fülligen Lebemanns: „Do Leme ao Pontal“ (1982) ist ein swingender Diskokracher, Haaksman nennt ihn die „unoffizielle Hymne der Küste Rio de Janeiros“. Denn Tim Maia beschreibt darin eine imaginäre Tour entlang von Rios ikonischen Stränden. Solche Ausflüge am Wochenende, leger in Badelatschen und Shorts, gehören in Rio bis heute zum guten Ton.

1995 ist ein musikalisch spannendes Jahr für die Stadt: Sängerin Fernanda Abreu veröffentlicht

ihre Pophymne „Rio 40 Graus“ – Rio bei 40 Grad Celsius –, inspiriert vom gleichnamigen Film von 1955, einem Vorläufer des Cinema Novo. Zusammen mit der extremen Luftfeuchtigkeit sei die Hitze in Rio „mehr als nur Wetter“, so Haaksman, sondern „Teil der städtischen Identität“.

Doch es ist ein anderer Musikstil, der das Jahr prägt: der sich Ende der 1980er ausgebildete Baile Funk, in Rio zumeist Funk Carioca genannt. 1995 ist er noch in seiner unschuldigen Phase, schreibt Haaksman – bevor die staatliche Repression gegen seine Tanzveranstaltungen in den ärmeren Vierteln in Gang gesetzt wird. Im Song „Endereço Dos Bailes“ preisen MC Júnior und MC Leonardo noch all jene „comunidades“, die wichtige Funkpartys ausrichten – Siedlungen, die in einer räumlich geteilten Stadt sonst meist nur in den Nachrichten vorkommen, wenn sich dort kriminelle Banden untereinander oder mit der Polizei Gefechte liefern.

Mehr als 20 Jahre danach, im Video zu Anittas „Vai Malandra“ (2017) wird die Favela Vidigal zur Kulisse für einen kommerziell durchgeplanten Funksong als Popvariante. Seine Bewohner:innen treten dennoch auch als selbstbewusste Akteur:innen auf. Vor allem Superstar Anitta selbst: Als „böses Mädchen“ macht sie, was sie will – sogar ihre Cellulitis in die Kamera halten.

Daniel Haaksman: „It began in Ipanema. A musical travel-guide of Rio de Janeiro“. Sorry Press, München 2026, 228 Seiten, 20 Euro



Did it start in Ipanema? Daniel Haaksman schreibt, dass das nur die halbe Wahrheit sei
Foto: Felipe Dana/ap/dapd

unterm strich

Todesurteil gegen protestierenden Rapper im Iran

Unbeirrt sucht das iranische Mullah-Regime seine KritikerInnen mundtot zu machen oder zu exekutieren. Schon 900 ProtestlerInnen wurden seit Januar dieses Jahres hingerichtet. Weitere 70 Menschen warten im Zentralgefängnis von Isfahan, von denen 26 bereits in Einzelhaft und Quarantänebereiche gebracht wurden, was auf die baldige Exekution hindeutet. Und es trifft längst nicht mehr nur JournalistInnen und AktivistInnen, sondern

auch ReiseveranstalterInnen, KünstlerInnen, SporttrainerInnen.

Das alles passiert im vermeintlichen Windschatten öffentlicher Wahrnehmung angesichts des Streits um die Straße von Hormuz. Das Regime lässt die Muskeln auch im Inneren spielen.

Der neueste, jetzt bekannt gewordene Todeskandidat ist der 22-jährige Rapper Mahnam Navab Safavi. Er wurde wie Hunderte andere am 10. Januar 2026 während der landesweiten Pro-

teste in Isfahan festgenommen. Die bekannten, stereotypen Vorwürfe lauten: „Krieg gegen Gott“, „Propaganda gegen das Regime“, „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“. Zudem wirft man ihm laut Hengaw Organization for Human Rights die „Zerstörung öffentlichen Eigentums“ durch das Beschriften von Mauern mit regimekritischen Slogans vor.

Belegt ist nur, dass Navab Safavi im Dezember 2025 in seinem Social-Me-

dia-Kanal verkündet hatte, er werde an den Protestkundgebungen teilnehmen. Seine beiden Anwälte durften dem Vernehmen nach weder die Prozessakte einsehen noch ihn verteidigen, auch fand der Prozess in Abwesenheit statt. Eine Verletzung der Verfahrensstandards, die Menschenrechtsorganisationen vermehrt bei festgenommenen ProtestlerInnen beobachten.

In einer Pressemitteilung fordert nun der PEN Berlin, der die Nachricht

der geplanten Hinrichtung veröffentlichte, die Bundesregierung auf, den auf wirtschaftliche Folgen fixierten „Tunnelblick“ auf die Straße von Hormuz zu beenden und klare Worte für die Menschenrechtslage zu finden. Das Schweigen zu den systematischen Repressionen, den anhaltenden Hinrichtungen und der Verfolgung von KünstlerInnen und JournalistInnen sende ein fatales Signal an das iranische Regime. *Petra Schellen*

Sperr die Journalistin in die Speisekammer

Andrea Grill erzählt in „Sonnenspiel“ eine queere Liebesgeschichte vor malerischer italienischer Landschaft. Der Roman strotzt nur so vor Klischees

Von Marielle Kreienborg

Die Ausgangslage des neuen Romans „Sonnenspiel“ der österreichischen Schriftstellerin Andrea Grill klingt vielversprechend: Die amerikanische Modejournalistin Stella trifft in der Sommerhitze eines apulischen Dorfes auf die prekär arbeitende apulische Näherin Loredana. Als Ich-Erzählerinnen geben beide in Rückblenden, kapitelweise abwechselnd und zeitversetzt, ihre Begegnungen preis. Leider verschenkt die Autorin das

Es scheint, als sei die Autorin davor zurückgeschreckt, literarische Risiken einzugehen. Jede reizvolle Amoralität ihrer Protagonistinnen wird im Keim erstickt

erzählerische Potenzial dieser fiktiven Annäherung, indem sie, statt auf vielschichtige Frauenfiguren zu setzen, ihre Protagonistinnen in antagonistisch am Reißbrett entworfene Schablonen presst.

Die geistig arbeitende, politisch denkende, gut verdienende und allem Häuslichen gegenüber unbedarfte Moderedakteurin auf der einen Seite und die handwerklich geschickte, politisch nicht engagierte Dreifachmama, die nach dem Tod ihres Mannes mit ihren drei Kindern wieder bei den Eltern lebt, keinerlei soziale Kontakte pflegt, aber – als idealisierte Italienerin – naturschön ist, im Garten arbeitet und bäuerliches Wissen hat, auf der anderen.

Diese Stereotype lassen keinerlei Spielraum für Ambivalenzen und machen die Handlung bereits nach wenigen Kapiteln erwartbar. Denn selbstredend hat Stella als wandelndes Klischee der übereifrigen kosmopolitischen Weltverbesserin sogleich eine Idee, sobald sie Loredanas gewahr wird: die Arbeitsbedingungen ihrer unterdrückten Schwester im Geiste, die für italienische Luxusmodemarken die finale Feinarbeit in Heimarbeit für einen Hungerlohn anfertigt, mittels eines Enthüllungssartikels anzuprangern. Und natürlich will Loredana, die mit neuen Aufträgen alle Hände voll zu tun hat, von der selbst ernannten Retterin nichts wissen und sperrt die übereifrige Journalistin kurzerhand in die Speisekammer.

An dieser Stelle gleicht der Roman bereits mehr einem über-



zeichneten Filmplot, in dem ein Cliffhanger den nächsten jagt, als einer nuancierten Ausarbeitung eines plausiblen Handlungsverlaufs. Auch Loredanas rasante Kehrtwende von der argwöhnischen, der Touristin gegenüber auf Distanz bleibenden Einheimischen zur Vertrauten und dann – Sie ahnen es – Geliebten vollzieht sich ohne nachvollziehbare Motivation, sodass man als Leser:in zunehmend unwillens ist, dem eingegangenen Fiktionsvertrag die Treue zu halten.

Die schiere Menge stereotyper Zerrbilder verursacht ebenso Kopfschmerzen wie die eigenartigen Einsprengsel des vorgeblich kolloquialen Italienischen, die Authentizität suggerieren sollen, jedoch unecht klingen: Welche:r Italiener:in, möchte man die Autorin fragen, würde Auberginen „melanzani“ statt des grammatikalisch korrekten „melanzane“ nennen? Selbiges gilt für die internen Fokalisierungen, die immer augenfälliger in Richtung Eintönigkeit verschwim-

men, bis man als Leserin irgendwann – nunmehr vollkommen leidenschaftslos – hinnimmt, dass selbst die Kinderstimmen wie die Erzählerinnen klingen.

Auch das zweite Grundmotiv des Romans – die Mode – bleibt oberflächlich. In ermüdenden Monologen tut Stella ihr Wissen mittels Info-Dumping kund: „Weißt du, dass die derzeitige Kreativdirektorin von Dior aus der Gegend hier ist, Maria Grazia Chiuri. Sie stammt aus Tricase, väterlicherseits.[...] Ihr Vater war beim Militär, die Mutter arbeitete als Schneiderin. Maria Grazia Chiuri ist die erste Frau in dieser Position seit der Gründung des Unternehmens im Jahr 1946.“

Dass besagte Kreativdirektorin für den T-Shirt-Schriftzug „We Should All Be Feminists“ ihrer ersten Dior-Kollektion berechtigterweise viel Gegenwind kassierte – immerhin sind 80 Prozent aller Textilarbeiter:innen Frauen, die unter kläglichen Arbeitsbedingungen Kleidung nähen, die privilegierte Feministinnen dann stolz

präsentieren, ohne die Ironie zu erkennen: Das scheint die Autorin indes nicht zu tangieren, obschon dies doch der Gegenstand ihres Romanes ist.

Diesen Widerspruch zu offenbaren hätte jedoch vermutlich die krampfhaft unternommene Geschlechteraufteilung im Roman in Gut (Frauen) und Böse (Männer) kompromittiert. Immer wieder entsteht beim Lesen der Eindruck, die Autorin sei davor zurückgeschreckt, literarische Risiken einzugehen. Jede reizvolle Amoralität ihrer Protagonistinnen wird postwendend im Keim erstickt. Dabei hatte der Dichter John Keats den literaturtheoretischen Begriff der „Negative Capability“ bereits 1817 als Prämisse allen großen Dichtens und Denkens geprägt: Jene Fähigkeit also, einen Zustand der Unsicherheit bei komplexen Sachverhalten und ihren zahllosen Wahrnehmungsmöglichkeiten auszuhalten.

Einem Roman jedoch ein faden-scheinig feministisches Gewand

überzustülpen – die Schmerzensmadonna im Hosenanzug respektive eine queere Anbanelung – ohne charakterliche Figurentiefe, moralische Uneindeutigkeit oder echte fiktive Ausbrüche aus gesellschaftlichen Konventionen: Das sorgt für lahme Literatur.

„Mach nicht zu viele Pläne, die mich einschließen, ja? Du weißt, wer ich bin. Mutter dreier schulpflichtiger Kinder, einzige Tochter eines alten Ehepaars“, so spricht die Frau im Roman. Auch mit Leykam können Autor:innen, Mitarbeiter:innen und Leser:innen nur noch bis zum Jahresende rechnen: Der österreichische Verlag stellt die Sparten Literatur, populäres Sachbuch und Kinderbuch ab 2027 aus wirtschaftlichen Gründen ein. Die verlegerische Entscheidung sorgte für Erschütterung – anders als der vorliegende Roman.

Andrea Grill: „Sonnenspiel“. Leykam Verlag, Graz 2026, 256 Seiten, 25,50 Euro, E-Book 19,99 Euro

Klischee pur:
Italienisches Dorf im Abendlicht
Foto: robertharding/laif



Stephanie Grimm
Ausgehen und Rumstehen

Alles für Leib und Seele

Plötzlich wird der Arm dick einbandagiert. Gebrochen aber nicht, meint der Arzt, nachdem er schmerzhaft Tests durchgeführt hat. Echt? Nicht mal röntgen? Seine Kollegen von der Ersteinschätzung meinten schließlich, diese Schwellung sei wohl mehr als nur verstaucht. Nö, schließlich sei er der Arzt. Ich hoffe, er behält recht. Um den fieslen Slapstick, der mich in die Notaufnahme brachte, soll es an dieser Stelle jedoch nicht gehen.

Doch plötzlich einarmig sein, ist doof. Eigentlich wollte ich, weil es vergangenes Jahr so nett und lauschtig war, für eine Nacht zum Detect Clasic Festival. Dahin kommt man am besten per Rad von Pasewalk – was nun aber nicht geht. Vielleicht doch zu Hause die Decke über den Kopf ziehen und aus dem FOMO-Geraffel aussteigen, das sich Sommer nennt?

Letztlich fahre ich doch. Und muss in Pasewalk nicht mal den Rufbus bemühen. Ein Shuttle, der hier Festival-Künstler:innen einsammelt, nimmt mich mit zum Schloss Bröllin. Anders als der Name suggeriert, handelt es sich um einen ehemaligen Gutshof, nicht um ein Schloss. Dazu wurde es in den 1970er Jahren im Volksmund. Drumherum wird gezeltet, der sogenannte Leib- und Seele-Wagen verkauft Fischbrötchen und Würste. Sonst, so erfahre ich, ist er in der Region als mobiler Imbiss einer Kirchengemeinde unterwegs, in seelsorgerischer Absicht.

Hier versorgt er vor allem die Karnivoren unter den Gästen. Die Verpflegung drinnen ist auch lecker, aber eben rein vegetarisch. Linsensoup, vegane Waffeln etc. Das Festivalmotto heißt „Fokus“:

Denn der ist „innere Ruhe, meditativ und der Anfang vom Flow“ – so verspricht es die Detect-Website. Na denn. Bloß gut, dass der Vibe auf dem Festival nicht so didaktisch, sondern eher vergnügt ist. Auch das Konzept von klassischer Musik ist breit gefasst, bratziger Elektropunk gehört offenbar auch dazu. Den gibt es von einem Trio namens Thx I’m cured.

Leider gilt das nicht für meinen Arm. Also immer schön hochlagern. Mein Einstieg in den Abend klingt dann aber sehr nach Klassik. Zum Kairos Kollektiv performen zwei Tänzer, einer trägt Kleid. Mal rennen die beiden durch den riesigen Raum, dann verschmelzen sie in akrobatischen Pirouetten wie Eiskunstläufer. Was das junge Kammerorchester dazu spielt, klingt ziemlich super. Das mit dem Fokus scheint auch zu klappen. Handys bleiben in der Tasche. Kaum Kommen und Gehen – wie auch am nächsten Tag, als Jalikebba Kuyateh aus Gambia zu den Klängen seiner Kora, einer Harfenlaute, singt. Mit einer anderen Laute bringt Jozef van Wissem mitten in der Nacht auf der Wäldchen-Bühne Barockmusik mit Avantgarde zusammen und singt düster dazu.

Gut, dass ich durchgechillt die Rückfahrt antrete. In Eberswalde kommt die Durchsage, die Zuggäste nahe der Tür sollen bitte schön verhinderen, dass noch mehr Menschen in den übervollen Zug steigen. Sonst werde er ganz geräumt. Interessanter Ansatz, Verantwortlichkeiten auszulagern. Natürlich quetschen sich ein paar Leute rein, die Türen sind minutenlang blockiert. Die Räumung bleibt trotzdem eine leere Drohung.

Zum Glück, denn auf dem Teufelsberg spielt gleich das Stegreif-Orchester sein erstes von vier Konzerten. Über 3,5 Stunden gibt es Musik an verschiedenen Stationen des geschichtsträchtigen Geländes. Unter anderem war es Trümmerberg und Abhörstation. Und Überwachung ist ja brandaktueller denn je. Am tollsten ist es unter der Radarkuppel, als die Bläser ein Stück von György Ligeti spielen. Hintergründe zum Ortsbezug der Kompositionen gibt es vorab auch. Nach einem tollen angejazzten Abschluss soll es noch mal zu den Kuppeln mit windiger Weitsicht gehen, ein weiteres musikalisches Schmankerl zum Sonnenuntergang. Ich bin leider totgespielt und gehe nach Hause.

Spannung, Emotionen, Überraschungen!

Die Tour de France Femmes hielt, was die Männer-Tour sich nicht mehr zu versprechen traut. Die Siegerin ist Demi Vollering aus den Niederlanden



Von **Tom Mustroph**

Erst 500 Meter vor der letzten Bergwertung war diese 5. Tour de France Femmes entschieden. Genau dort ließ Kasia Niewiadoma die Lücke aufgehen. Und Demi Vollering, die Frau in Gelb, Siegerin von 2023, zog von dannen. Der zweite Toursieg des einstigen Blumenmädchens aus den Niederlanden war perfekt. Sie musste nur noch die Abfahrt meistern. Die ganzen 84 Kilometer zuvor hatten sich Vollering und Niewiadoma nicht aus den Augen gelassen. Nur 8 Sekunden trennten sie nach acht Etappen und 1.075 zurückgelegten Kilometern.

Mit knappen Einläufen haben die Polin und die Niederländerin Erfahrung. 2024 gewann Niewiadoma die Tour mit vier Sekunden Vorsprung vor Vollering; vier Sekunden nach allen Bergsprints, Attacken, Stürzen, Verfolgungsjagden und Bonussekunden.

Diesmal, auf dem Weg nach Nizza, baute die Niederländerin ihren Vorsprung auf über eine Minute aus. Sie dankte im Ziel Radhersteller Specialized für das neue und, wie sie sagte, „in der Abfahrt besonders schnelle“ Arbeitsgerät. Das klingt nach Arbeit für Niewiadomas ebenfalls sehr ehrgeizigen Untersatzproduzenten Canyon in Koblenz.

Festzuhalten bleibt: Die Frauentour war spannend bis in das Finale hinein. Obwohl die Titelverteidigerin Pauline Ferrand-Prévot vorzeitig ausstieg, blieb die Leistungsdichte vorn sehr hoch. Keine Einpersonen-Show wie bei den Männern, bei denen Tadej Pogačar nach Belieben regiert. Der Slowene war nur ein Sidekick bei der Frauen-Tour. Er huschte auf der Etappe zum Mont

Ventoux kurz ins TV-Bild, als er seine Lebensgefährtin Urska Zigart ein paar Meter anschob. Die hatte mit Tages-sieg oder Gesamtwertung aber nichts zu tun. Auf dem „kahlen Riesen der Provence“ holte sich am Freitag Niewiadoma Tagessieg und Gelb.

Es war der erste Akt eines dreitägigen Bergspektakels. Am Folgetag zwischen Sisteron und Nizza schlug Vollering zurück. Auf der nur 450 Meter

Mit knappen Einläufen haben die Polin und die Niederländerin Erfahrung

kurzen, aber bis zu 13 Prozent steilen Rampe des Camin de l'Arieta setzte sich die Fahrerin des französischen Teams FDJ United – Suez ab. Sie profitierte dabei von einer zwar nicht regelwidrigen, von vielen aber als unfair wahrgenommenen Aktion ihrer Teamgefährtin Célia Gery.

Die Französin bereitete zunächst mustergültig die Attacke vor. Dann scherte sie aber nicht aus, sondern wählte in der folgenden Kurve eine Fahrlinie, die die von hinten heranbrausende Niewiadoma unweigerlich an den Bordstein gedrängt hätte, wenn die Polin nicht Fahrt herausgenommen hätte. „Das war kindisch von ihnen. Ich war wütend in dieser Situation und ich habe jeden Respekt vor ihnen verloren“, schimpfte Niewiadoma später. Vollering wiederum war sauer, dass die Rivalin ihre Teamkollegin verbal anging.

Das Sekundenduell bekam so noch eine persönliche Note. Jede Fahrerin zog ihre Art von Motivation daraus. Niewiadoma ließ am Folgetag ihr Team ein derart mörderisches Tempo vorlegen, dass das Feld nach zwei von insgesamt vier Bergwertungen auf nur ein Dutzend Fahrerinnen reduziert war. Opfer war unter anderem die zu diesem Zeitpunkt noch Gesamt-Dritte Marlen Reusser. Infolge eines späteren Sturzes verlor die Schweizerin jegliche Chance auf einen Podiumsplatz.

Vollering wiederum war so geladen, dass sie am letzten Berg voll durchzog. „Ich wollte allen zeigen, dass wir die Tour nicht wegen dieses Vorfalles gewonnen haben“, spielte sie auf die Auseinandersetzung um die Behinderung am Vortag an. Das zeigt, welche Emotionen tobten. Im Verlauf der Etappe sah man Vollering und Niewiadoma immerhin miteinander reden. Ein Minimum an gegenseitigem Respekt schien wiederhergestellt.

Bemerkenswert auch, dass es bei neun Etappen insgesamt fünf verschiedene Trägerinnen des Gelben Trikots gab. Bei den Männern waren es über 21 Tage nur deren zwei. Wer Abwechslung sucht, weiß mittlerweile genau, was sich zu gucken lohnt.

Eine deutsche Trikotträgerin gab es auch. Antonia Niedermaier, wichtigste Helferin von Niewiadoma beim Leipziger Rennstall Canyon/SRAM, eroberte als erste Deutsche überhaupt das weiße Trikot der besten Nachwuchsfahrerin. Bei ihrem Talent und ihrer Entschlossenheit ist in der Zukunft auch für sie Gelb drin. Die Leistungsdichte an der Spitze im Frauenrad-sport dürfte weiter zunehmen. Die Abwechslung in den Ergebnislisten ebenfalls.

Schöne Farbe, schöner Hintergrund: Tour-Siegerin Demi Vollering in Nizza
Foto: ap



Bernd Müllender
Eingelocht

Wie der Golfer Donald Trump im Soccermilieu versackte

Alles war über Monate Fußball, dabei kamen auch aus der Golfwelt überraschende Meldungen: Harry Kane, der englische Kicker vom FC Bayern, wurde von Donald Trump als Golfpartner benannt. Vor anderthalb Jahren habe eine gemeinsame Runde stattgefunden. Kane, spektakulär gutes Handicap 3, bestätigte auf Nachfrage und brandmarkte das Erlebnis als „surreal“. Für Kane hatte das Zwangsouting Folgen: Er traf bei der WM kein einziges reales Mal mehr (und wurde im letzten Spiel von seinem Trainer Thomas Tuchel erst gar nicht mehr eingesetzt).

Mittlerweile liest sich das Glossar der Erdenbewohner, die mit dem greisen Präsidentendarsteller mal auf die Runde gegangen sind, wie ein Who is Who weltweiter Prominenz. Klar, da sind diverse Profigolfer, wie die noch greiseren Jack Nicklaus und Gary Player, mehrfach Tiger Woods, Annika Sörenstam, Ernie Els, der angebliche Gutmensch Bernhard Langer oder auch der Nordire Rory McIlroy. Der später sagte, diesen Sündenfall tue er sich nicht nochmal an. Immerhin.

Auch jenseits der Golf-szene hat Trump vielerlei Menschen an seine Seite gelockt, Japans Exministerpräsidenten Shinzo Abe etwa oder Schreckensgestalten wie seinen kürzlich verstorbenen Politikumpel Senator Lindsey Graham, die Witzfigur Rudi Giuliani oder Basketballlegende Michael Jordan. Hollywood-Mime Samuel L. Jackson, der für seine Rolle in Tarantino's „Pulp Fiction“ eine Oscar-Nominierung bekam, berichtete nach der Runde belustigt, Mr. Präsident lege seinen Ball einfach an anderer, vorteilhafterer Stelle hin oder werfe den eines Mitspielers vom Grün in den Sandbunker.

Die norwegische Profigolferin Suzann Pettersen erlebte Ähnliches: „Er betrügt höllisch. Ich muss darüber immer sehr lachen.“ Der gottbegnadete Schlägerschwinger wird neben „Commander in Chief“ (Oberbefehlshaber) längst als „Commander in Cheat“ gefeiert, was sich mit Oberschummler übersetzen lässt.

Für den Golfer Trump war das Finale der Fußball-WM, das er als ahnungsloser Gastgeber zu besuchen hatte, ein multiples Ärgernis. Nicht nur, weil der fürchterliche Kommunist Pedro Sánchez aus dem Zwergstaat Spanien in seiner Nähe saß. Auch, dass zehntausende bezahlte Antifa-Claquiere ihn, the Greatest One, beim Betreten des Rasens auszubuhnen wagten. Dass er sich nur für ein paar Momente am Rande ins Siegerfoto drängeln konnte. Oder später der gescheiterte Verkaufsdeal dieses seltsamen Sports an seinen Familienclan durch Fifa-Kumpel Johnny.

Für Trump war das Finale der Fußball-WM ein multiples Ärgernis

Geradezu ungehörig frech war, dass es die beiden Argentinier Óscar Romero und Lautaro Martínez schafften, ihm bei der Siegerehrung den Handschlag durch ein elegantes Ausweichmanöver zu verweigern. Wobei: Passender zur giftigen WM-Performance der Argentinier wäre gewesen, das kleine Patschehändchen des Golfpräsidenten so stählern zu greifen, dass er nie wieder einen Schläger hätte halten können. Und kein Dekret mehr unterschreiben.

Golferisch kam noch eine besondere Schmach hinzu: Wegen dieses komischen Soccer-Termins verpasste es Trump, die dramatischen letzten Bahnen der British Open zu gucken, das älteste Golfturnier der Welt. Eigentlich ein Muss. Zumal dort gerade sein mehrfacher Spielpartner und Speichellecker Bryson DeChambeau um den Sieg kämpfte.

Am Ende brach sein Buddy jämmerlich ein. Und dann wurden noch zwei andere US-Amerikaner, Sam Burns und Cameron Young, am letzten Loch vom weitgehend unbekannten Neuseeländer Ryan Fox überholt. Sensationssieg. Toller Mann. Der größte.

was alles nicht fehlt

Inhalte: Schon jetzt das Zitat des Jahres – es kommt vom Immer-noch-Trainer von Darmstadt 98, Florian Kohfeldt, nach dem 2:2 seiner Mannschaft gegen Holstein Kiel: „Wir waren inhaltlich die klar bessere Mannschaft“.

Flüsse: Am Dienstagfrüh gegen 6 Uhr ist es so weit: Die deutsche Extremschwimmerin Nathalie Pohl wird über 200 Kilometer von Frankfurt/Main nach Köln schwimmen und

dabei Spenden sammeln. Wie das geht? Die Strecke führt in mehreren Tagesetappen durch Main und Rhein. Ob aber überhaupt genug Wasser im Fluss ist?

Kritik: Die Fußballverbände von Europa, Asien sowie Nord- und Mittelamerika Uefa, AFC und Concacaf werfen Fifa-Chef Gianni Infantino Verantwortungslosigkeit und Täuschung vor. In einem offenen Brief fordern sie einen Neuanfang

an der Spitze des Weltverbandes: „Die Stärke des Fußballs lag stets in seiner Einheit. Wir rufen dazu auf, diese Einheit nun zu wahren – und für eine Führung einzustehen, die dem Fußball dient, statt ihn beherrschen zu wollen.“

Schlagkraft: Bei den WTT Champions (Tischtennis) in Yokohama siegte erstmals ein Geschwisterpaar in den Einzeln. Miwa Harimoto aus Japan gewann bei den Frauen,

Tomokazu Harimoto bei den Männern. Zeitgleich begann das WTT Smash im schwedischen Malmö.

Energie: Trotz der erfolgreichen Rückkehr in die 2. Fußballbundesliga der Männer hat Trainer Claus-Dieter Wollitz den Auftritt seines FC Energie Cottbus scharf kritisiert. Sein Team gewann gegen Hannover 96 mit 3:1. Erster Spitzenreiter der 2. Liga ist Eintracht Braunschweig.

Unterstützen Sie ...

Mehr Vielfalt in den Medien

Ein Volontariatsprogramm für Stimmen, die fehlen. Anna Simbürger und Marlene Thaler absolvieren seit Juni 2026 das taz panter-Praktikum.

taz panter-Volontariat 2026 hat die taz panterstiftung überdurchschnittlich viele Bewerbungen erhalten. Deshalb wurden zusätzlich Praktikumsplätze vergeben – für sechs Monate in der taz-Redaktion.
taz.de/stiftung

... mit einer Spende

taz.de/spenden
GLS-Bank Bochum / BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00

taz ☘ panterstiftung

Foto: Kyaw Soe

Ein Genickschuss Humor

Wahlkampf im Land des Lachens: Sachsen-Anhalt am komischen Abgrund der Demokratie. Eine Visite

Von Christian Kreis

In Sachsen-Anhalt, dem lustigsten Bundesland der Welt, bekannt für den ersten Stand-up-Comedian, der mit seinem Soloprogramm „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ und einem Potpourri von Judenwitzen sich eine größere Fangemeinde zwischen Eisleben und Wittenberg erworben hatte, bestreiten die beiden führenden Parteien AfD und CDU, die etwas weniger führt, ihren Wahlkampf mit einem gehörigen Genickschuss Humor und mit zum Verwechseln ähnlichen Personen auf der Bühne.

Uwe Steimle, der frohfaschistische Sachse, singt und scherzt an der Seite von Ulrich Siegmund für Frieden und Nationalismus. Didi „Palim Putin“ Hallervorden blödeln an der Seite von Sven Schulze – aber wer ist eigentlich nochmal Sven Schulze? ... egal – für Frieden und Antisemitismus. Ein Duell der Lachgiganten bahnt sich an im Kulturpalast Leuna-Ost, wo die beiden Spitzenspaßkandidaten flankiert von ihren Humorsekundanten in den Ring steigen werden.

Wenn man nichts zu lachen hat, sorgt man selbst für die Lacher, dürfte man sich vormals schon gedacht haben, als das Landesmarketing von S.A. den Slogan „Wir stehen früher auf“ erfunden und für viele gutmü-



Wenn Komiker Wahlkampf machen, ist das Sachsen-Anhalt Foto: reuters

tige Schmunzler in den anderen Bundesländern gesorgt hat. Funfact: Das Anagramm von „Wir stehen früher auf“ lautet nicht von ungefähr „Wir stehen auf Führer“.

Ulrich Siegmund, der auf einer braunen Schwalbe herangebraust kommt, lächelt verschmitzt. Der akademisch gebildete Moped-Führer, der seinen „Bachelor of Farts“ an der Fernfachhochschule Humbug über die Duftmanipulation von Endverbrauchern geschrieben hat, erkannte bereits im Studium, wie wichtig indirekte Botschaften sind, die auf das unterste Bewusstsein des Sachsen-Anhalters zu wirken vermögen.

Über den Parkplatz kämpfen wir uns durch die Abgaswolken der vor sich hin knatternden Simsonsturmabteilung in den Wahlkampfsaal, wo uns die ersten Lacher wie Schrapnelle um die Ohren fliegen, während der subtile Benzingestank die Erinnerung in uns wachruft, dass zu DDR-Zeiten die größten Armleuchter der Klasse mit fünfzehn ihre Simsonfahrerlaubnis machen durften, um die schönsten Schnallen aus der 9b abzuschleppen. Kein Wunder, dass wir linksgrünen Fahrradloser das sich darbietende fröhliche Treiben der motorisierten Ostdeutschen mit Argwohn betrachten. Und so miesepetrig, wie wir nun

dreinschauen, erkennt man uns gleich als Vertreter der Systemmedien. Aber die Anwesenden nehmen es mit Humor und versichern, dass wir nur die Fresse poliert kriegen, wenn wir uns nicht umgehend verpissen.

Uwe Steimle singt derweil „Auferstanden aus Ruinen“, was ausnahmsweise mal kein Witz ist, als ihm auch schon Didi Hallervorden ins Friedenslied fällt mit einer satirisch gemeinten Aufzählung aller ihm bekannten N- und Z-Wörter. Sven Schulze, durch und durch tolerant, wie man es von einem CDU-Politiker gewohnt ist, hebt gequält die Mundwinkel über die gelungene Darbietung. Wir spüren es an der immer bedrohlicher werdenden Stimmung im Raum, dass in diesem Bundesland noch gelacht werden darf über Wessis, Frauen und andere Minderheiten.

Opa Siegmund, der sich seit Kurzem über seinen Nebenjob als Partei-humorist bei der AfD freuen darf, betritt die Bühne mit ein paar gut vergammelten Gags von Fips Asmussen, womit er schon den kleinen Uli zum Lachen gebracht hat. Ein inniger Familienmoment, der nicht nur Lachtränen in die Augen der Anwesenden zaubert. Familie hat hier immer noch ihren nepotistischen Wert.

Dass Didi Hallervorden die Dissonanzen fast besser trifft als Uwe Steimle, beweist er im Anschluss mit dem Chanson „Gaza

Gaza Genozid“. Wir fragen Sven Schulze, wie er inhaltlich zu dem Lied steht, weil darin doch eine etwas andere Haltung zum Ausdruck kommt als sonst in seiner Partei üblich: „Ja. Äh, da mir in den Umfragen das Wasser derzeit bis zum Hals steht, kann ich auch mit Leuten zusammenarbeiten, deren Meinungen ich eigentlich komplett ablehnen müsste, wenn ich noch Charakter hätte. Und so will ich auch in Zukunft das Land Sachsen-Anhalt zum Erfolg führen.“

Langsam wird es uns sehr komisch zumute, was an einem Trupp Spaßvögel liegen könnte, die uns mit Folklorebaseballschlägern umringen, in Erinnerung an ihre Jugend in den Neunzigern. Sven Schulze rät, die Sache nicht allzu ernst zu nehmen, und zeigt uns freundlicherweise den Weg zum Hinterausgang, den wir mit kleineren Blessuren problemlos erreichen.

Auf unserer fluchtartigen Weiterreise durch das an Sehenswürdigkeiten so reiche Bundesland halten wir kurz im Örtchen Querfurt. Wie es bei alten Elefanten üblich ist, hat sich vor Jahren Fips Asmussen einen passenden Ort zum Sterben gesucht und den Tod in Querfurt gefunden. Wo, wenn nicht in Sachsen-Anhalt, können Humoristen den letzten Scherz lassen. Didi Hallervorden darf sich schon jetzt über ein Ehrengrab in Dessau-Roßlau-Nord vorfreuen.

Psychologie im Dunkeln

Sonnenfinsternis soll sämtliche Sinne ansprechen

Psychologen sind arg seltsame Zaubergesellen, die ihren Wunderkult gern als tiefere Weisheit verkaufen. Kein Wunder also, dass die von Mysterien geleitete katholische Nachrichtenagentur KNA am Montag eine Psychologin zur Sonnenfinsternis in Spanien am Mittwoch befragte: „Sonnenfinsternis spricht alle Sinne auf einmal an.“ Ach, ist das wirklich so? Wenn die Sonne plötzlich nicht mehr scheint, dann ist also nicht nur die Sicht beeinträchtigt, sondern alles riecht und schmeckt anders, Tasten und Hören funktionieren nicht mehr wie gewohnt. Jedenfalls wenn es nach Alexandra de Carvalho aus Witten geht: „Eine totale Sonnenfins-

ternis fasziniert uns vor allem deshalb, weil sie extrem selten ist und all unsere Sinne auf einmal anspricht.“ Kann es sein, dass da jemand von sich und den eigenen Plattitüden extrem überwältigt ist? Denn selbstverständlich riecht und schmeckt die verdunkelte Welt nicht anders, als uns glauben gemacht werden soll. Es ist ein Gefühl, und als solches vergleichbar mit spirituellen Erweckungserlebnissen, die auch immer „ganz intensiv“ sein sollen. Wenn die Sonne weg ist, dann ist es dunkel, nicht mehr und nicht weniger. Und dann lässt sich bekanntlich gut munkeln. Das nennt sich auch Scharlatanerie – oder vermeintlich seriös: Psychologie.

Losер vor Matt

Immer diese Schachmetaphern im Krieg

Spätestens seit der Serie „Damen-gambit“ gilt Schach als der neue heiße Scheiß. Jetzt hat auch der für heiße Scheiß immer empfängliche amerikanische Präsident das „Spiel der Könige“ für sich entdeckt. Zumindest als Metapher. Da im Irankrieg eine Art Remis droht, erklärt der Ersatzkönig Trump: „Es wird sich regeln. Es regelt sich immer. Es ist wie eine Schachpartie.“ Dabei hat der Golfspieler Trump von Schach so viel Ahnung wie vom Fußball. Doch Irans Außenamtssprecher Ismail Baghai war sich nicht zu blöde, den Schachvergleich von Trump am Sonntag zu kontern, die Iraner hätten bewiesen, dass sie „professionelle Schachspieler“ seien. Diese Schachvergleiche immer! Schon im anderen großen Krieg war der Kriegsverbrecher Putin von idiotischen Kommentatoren ständig als genialer Schachspieler erklärt worden. Inzwischen gilt er als der große Loser in der Zwickmühle. Und auch im Irankrieg wirkt die Figurenzieherei alles andere als strategisch überlegt. Denn es gibt auf allen Seiten nur noch Verlierer. Wenn das Schach ist, dann wissen wir endgültig, warum wir es für das dümmste und langweiligste Spiel der Welt halten. Und matt!



Ersatzkönigsfoto: dpa



Christian Bartel

Federtyrannen in Liverpool

Ganz Liverpool ist ein einziger Musikerlebnispark. Beat-Nostalgiker können unter „blue suburban skies“ durch sämtliche Strophen der Penny Lane spazieren. Am Roundabout vor dem Refrain biegen wir ab, um Johns Kinderspielplatz Strawberry Field und das Grab von Eleanor Rigby zu suchen. Alle Sehenswürdigkeiten sind leicht zu finden, weil Busflotten davor parken. Im Giftshop von Strawberry Field werden wir fast von einer US-Reisegruppe niedergetrampelt, weil preisreduzierte Beatles-Figurinen eine Stampede ausgelöst haben, sonst zeigen sich die Liverpools Vororte von der „Peace, Love and Idolation“-Invasion unbeeindruckt. In den Reihenhäusern wächst noch immer britische Working Class heran. Das Viertel um den Cavern Club wurde dagegen zum Beatles-Ballermann umgestaltet. Die Gastronomen demonstrieren gegen den Verlust der größten Liverpools Band aller Zeiten, indem sie nur heillos betrunkene Menschen ans Ka-

raoke-Mikrofon lassen. Wir fliehen die laute Gedenkstätte und wollen die „Ferry cross the Mersey“ der Pacemaker nehmen. Die Uferpromenade ist zur Pride-Saison bunt beflaggt. Um die Passagiere auf den Kampftag hinzuweisen, entern zwei Dragqueens das Schiff. Die extrovertierten Unterhaltungskünstlerinnen pirschen über die Decks, damit sich Reisende mit ihnen handyfilmen lassen. Das können wir den Kulturkräften nicht übel nehmen, hat doch jeder seine Social Media zu füllen. Mitmachen wollen wir aber auch nicht. Meinem Begleiter und mir wohnt eine tief sitzende Angst inne, die keine Gender- oder Genre-Unterschiede kennt: Wenn wir von bunt gekleideten Bühnenpersonen zu etwas animiert werden, setzen Fluchtreflexe ein, die vor Jahrzehnten erstmals in einem Zirkuszelt auftauchten, als die Clowns Mitmachkinder für ihre Nummer suchten. Zu Mitmacherwachsenen taugen wir erst recht nicht. Wir flüchten vor dem Stöckeln der

lauten Lippensynchronunterhalterinnen, bis wir wieder anlegen. Ich weiß nicht, ob es einen Markt für introvertierte Dragqueens gibt, die ihre Bühnenpersona nach Figuren von Jane Austen modellieren, aber mit einer melancholischen Diva Darcy hätte ich in eine Kamera geschwiegen. Tage später stehen wir im Manchester Museum vor Dinosaurier-Gebeinen. Wir erfahren von busgroßen Raub-sauriern, die im bunten Federkleid Jagd machten. Offenbar lässt sich unsere Phobie bis in die Kreidezeit zurückverfolgen. Für unsere Säuger-Vorfahren war es überlebenswichtig, den Mitmachnummern von bunten Wesen zu entgehen. Abends lesen wir vom Berliner CSD-Attentat. Vielleicht sollte man eine Nachzucht von Yutyranus huali erwägen, um queere Veranstaltungen künftig wirkungsvoller zu schützen. „Schöner Federtyrann“ heißt der Saurier aus dem Wissenschaftschinesischen übersetzt. Das wäre doch auch ein prächtiger Dragname.



das wetter

Würgereiz

Didier Garotte war von Beruf Schönwetterprediger. Eines Tages aber erlitt er einen Hitzeschlag und machte seinem Namen ganze Ehre. Er versuchte sich mit einem Schraubgriff selbst zu erwürgen, was ihm zum Glück nicht gelang. Als er nach ein paar Beuteln Eis im Nacken wieder bei Sinnen war, entschuldigte er sich bei den Ersthelfern und predigte ihnen zur Belohnung etwas vor, wie schön die Sonne doch scheine und wie angenehm die Wärme ... Fast hätten die paralysierten Zuhörer Didier Garotte doch noch erwürgt.

gurke des tages

Seit Jahren fordert die Wahrheit ein Bordverbot für Blagen. Kreischende und Krach schlagende Kids braucht niemand im Flugzeug. Das dachten sich sicher auch die Passagiere einer kanadischen Fluglinie nach einer Sondershow der Terrorbrut: „Kind will sich nicht anschnallen – Flug in Kanada gestrichen“, meldete die Kindergartenagentur dpa am Montag. Wenn so ein Gör nicht will, hilft kein gutes Zureden, sondern nur ein Mittel: Draußen auf die Flügel schnallen!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlags-genossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
Anzeigen:
Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionaltteil Nord:
Jan Kahloke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonnent:innen

39,60 Euro für ein Jahr

Le Monde diplomatique auf Papier:

Jetzt bestellen und jeden Monat

LMD direkt zugeschickt bekommen



**MEHR
ERFAHREN**

taz 

Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE *diplomatique*



Von niemandem zu nichts gewählt werden, so mögen wir die FDP
Foto: Volodymyr Sindieiev/ picture alliance

Müssen Sie nicht kennen

Wie lässt sich dieser Wahlkampf ertragen? Nur mit der Wahlkampfkeule, dem täglichen Blick auf die Skurrilitäten des Berliner Wahlkampfs. Ab heute und die nächsten 40 Tage

Von Uwe Rada, Erik Peter, Claudius Prößer, Andreas Hergeth, Laura Mies und Hanno Fleckenstein

Muss ein Bürgermeister auch regieren?

Warum diese Plakatschlacht, wo das Ergebnis schon jetzt feststehen scheint? Zumindest dann, wenn man den Claims folgt, die die Spitzenkandidaten und die Spitzenkandidatin auf ihren Plakaten hinterlassen. Steffen Krach jedenfalls (das ist der von der SPD, falls Sie ihn nicht kennen), schreibt auf sein Plakat „Der nächste Regierende“:

Eine Ansage, die Elif Eralp (das ist die von der Linkspartei, falls Sie sie nicht kennen), derartig zu erschrecken scheint, dass sie selbst auf das Amt der Regierenden verzichtet und stattdessen nur Bürgermeisterin werden will. Bürgermeister, das sind im politischen Berlin die Stellvertreter des Regierenden. Und Werner Graf (das ist der von den Grünen, den kennt wirklich keiner)? Will nichts von beidem, nur irgendwie ins Rote Rathaus. Alles klar?

Uwe Rada

Lieber gar nicht regiert werden

Bäm! Umfragehammer für Stefan Evers (das ist der von der CDU, falls Sie ihn nicht kennen). In einer aktuellen Umfrage, würden ihn 20 Prozent direkt ins Amt des Regierenden Bürgermeisters wählen. Damit liegt er vor der AfD-Kandidatin (müssen Sie nicht kennen), vor Steffen Krach und Elif Eralp (siehe oben). Kaufen kann sich Evers davon nichts, denn sein Problem wird er nicht los: Es heißt CDU.

Zweifel sind auch angebracht, wie belastbar die Zahlen sind. Denn: Kaum einer kennt die Kandidat:innen, wie aus anderen Erhebungen hervorgeht. Noch-Finanzsenator Evers schneidet da mit 40 Prozent Bekanntheitsgrad noch am besten ab, während nicht einmal jeder Dritte seine Konkurrent:innen kennt. Wenn wir davon ausgehen, dass nur die Wähler:innen Evers als Bürgermeister wollen, die ihn auch ken-

nen, hat er ganze 8 Prozent der Berliner:innen hinter sich. Die Mehrheit wünscht sich offenbar eh eine anarchistisch-führerlose Stadt: 24 Prozent der Befragten sagten, sie wünschen sich keinen der Kandidierenden als Regierenden Bürgermeister.

Erik Peter

Den inneren Ströbele entdeckt

Wer hätte das gedacht: dass Kurt Wansner, dieses Urgestein der CDU, dieser Methusalem des Abgeordnetenhauses, dieser, man möchte sagen: Stegosaurus der Berliner Rechten, dass dieser Kurt Wansner also, dem bei Einzug ins Landesparlament über die Bezirksliste Friedrichshain-Kreuzberg mit fast 79 Jahren der Posten des Alterspräsidenten sicher ist, in der Abenddämmerung seiner politischen Karriere den Ströbele in sich entdeckt?

Jenen Christian Ströbele, Marx hab ihn selig, der seine grünen Bundestagsdirektmandate im selben Bezirk mit schrägen Gerhard-Seyfried-Wimmelbildern errang? Ist es eine Hommage an den verbliebenen politischen Feind, dass Wansner nun auch mit einem Wimmelbild für sich wirbt? Auf dem ein vorbildlich diverses Kreuzberger Publikum picknickt, Rad fährt und Fußball spielt, während ein kleiner Kurt Wansner zufrieden im „Kiezcafé“ seinen Kaffee schlürft? Oder ist es nur ein perfider Trick? Was meinen Sie?

Claudius Prößer

Stinkefinger an die Berlinhasser

Man kann von Volt halten, was man will. Den besten Slogan haben sie auf jeden Fall. Hat Peter Fox mit „Schwarz zu Blau“ Berlin einst die musikalische Hymne verpasst, hat nun auch der Berliner Wahlkampf einen hymnischen Moment. Es ist ein Claim, der sich an alle richtet, die zuletzt nur noch schulterzuckend und von der Seitenlinie das

überbordende Berlinbashing beobachtet haben.

Zögerlich, geradezu ängstlich haben sie es vermieden, den Hatern der Stadt etwas entgegenzusetzen, weil ja auch was dran sein könnte am ewigen Vorwurf der dysfunktionalen Metropole. Vielleicht haben sie aber auch geschwiegen, weil sie keine griffige Parole zur Hand hatten. Die aber gibt es nun. Unf*ck Berlin. Danke, Volt!

Uwe Rada

Und das ist auch gut so ...

Schöne Posse mitten im Wahlkampf: Erst klaut CDU-Spitzenkandidat Stefan Evers der SPD einen Spruch und dichtet ihn um. Gleich kontert SPD-Spitzenkandidat und klaut erneut und setzt noch einen drauf. Und Klaus Wowereit ist der lachende Dritte. Sein Bekenntnis „Ich bin schwul, und das ist auch gut so“ ist nun auch schon 25 Jahre her. Stefan Evers münzt das frech um: „Ich bin konservativ. Und das ist auch gut so“, steht auf seinen Wahlplakaten.

Darüber kann man sich aufregen. Muss man aber nicht. Das Wording lässt sich eher als Hinweis auf die Tatsache lesen, dass sich da ein offen schwules CDU-Mitglied um den Job als Regierender Bürgermeister bewirbt. Das mag heterosexuelle Wählerschichten in Steglitz-Zehlendorf abholen und zudem konservativ tickende Queers, von denen es gar nicht so wenige gibt.

Spitzenkandidat Steffen Krach hat schnell und witzig reagiert. Auf einem Post auf X im Stile eines Wahlplakates steht: „Berlin ist nicht konservativ. Und das ist auch gut so.“ Gut so: Die Chose bringt Stimmung in den bisher mauen Wahlkampf. Und Wowereit? Der ist am entspanntesten von allen Beteiligten, er steht ja auch nicht mehr zu Wahl. „Dass Stefan Evers konservativ ist, das wissen wir“, hat er dem Tagesspiegel gesagt. „Ob das auch gut ist, sei dahingestellt.“

Andreas Hergeth

Her mit den Wahlversprechen

Vergangenem Freitag veröffentlichte die Clubcommission Berlin eine neue Studie zur Lage der Clubkultur in der Stadt. Kurzfassung: geht so. Wäre cool, politisch ernst genommen zu werden. Wie das funktionieren könnte, das steht auch in der Studie. Zum Beispiel durch Spielstättenförderungen oder Soli-Aktionen beim Kartenkauf zugunsten kleinerer Spielstätten.

Also gut, Letzteres würden dann zwar im Wesentlichen die Besucher:innen schultern, aber die könne man „sicher“ dazu motivieren. Das sagte zumindest Michael Biel (SPD), der sich auf der Pressekonferenz zur Studie nicht als Wirtschaftsstaatssekretär, sondern als „Staatssekretär für Clubwirtschaft“ verstanden wissen wollte. Da fühlt man sich dem Staatsmann doch gleich näher.

„Sicher“ ist er sich auch, dass es zumindest das Thema Spielstättenförderung in den Koalitionsvertrag des künftigen Senats schafft, um den ausgehungerten Clubs ein kleines Unterstützungszuckerl entgegenzuwerfen. Politisch hat man da bis jetzt zwar noch nicht wirklich drüber diskutiert, aber das kommt jetzt. Sicher.

Laura Mies

Marktradikales Hitbingo

Wer so etwas druckt, hat nichts zu verlieren: „Wirtschaft gut, alles gut“, prangt von Wahlplakaten der Berliner FDP. Der Berliner was? Doch, es gibt sie noch, die Liberalen hier auf Landesebene, die nach der Wiederholungswahl 2023 und dem erneut verpassten Einzug ins Abgeordnetenhaus fast in Vergessenheit geraten wären. Der einzige Aufreger in Zeiten der außerparlamentarischen Opposition: der Parteiaustritt von Ex-Landeschef Sebastian Czaja, der jetzt doch wieder lieber die CDU unterstützt.

Aber auch schlechte Nachrichten bringen Aufmerksamkeit. Das dürfte auch das Motto bei der aktu-

ellen Kampagne gewesen sein, deren Botschaften wie ein Hitbingo des Neoliberalismus daherkommen. Etwa: „Make Start-ups, not Socialism“, oder „Von der Miete zum Eigentum“. Ob das zur Wahl motiviert oder einfach nur provoziert? Unklar. Klar ist aber, die FDP steht zu ihrem marktradikalen Markenkern. Das ist, um es mit dem Slogan einer anderen verzweifelten Kleinpartei auszudrücken: gefährlich ehrlich.

Hanno Fleckenstein

Autos machen die Stadt attraktiv

Wer schon mal auf dem Tempelhofer Damm unterwegs war, wird wissen: Für alle, außer für Autofahrer:innen, ist diese Einflugschneise in die Stadt mit direktem Autobahnanschluss kein erträglicher Ort. Während 24 Stunden am Tag Pkw und Lkw über die Straße donnern, kann man die Fußgänger:innen an einer Hand abzählen. Warum auch, attraktive Ladengeschäfte oder Orte zum Verweilen sucht man hier vergebens. Der Damm, er ist ein Musterbeispiel für eine durch Autopolitik verödete Stadt.

Jetzt könnte man natürlich den Platz für Autos beschneiden, die Straße begrünen, aktiv dafür sorgen, dass Leerstand beseitigt wird und sich die Infrastruktur diversifiziert (mehr als Döner-Läden und Spätis). „Verödung des Tempelhofer Damms verhindern“, ist dann auch der vollkommen richtige Claim des örtlichen CDU-Kandidaten Frank Luhmann. Die ergänzende Forderung auf seinem Plakat „Kurzzeitparkplätze für eine attraktive Einkaufsstraße“ kann man dagegen wohl nur durch Ideologie und Realitätsverweigerung erklären. Wer spendiert Frank Luhmann ein BVG-Ticket hoch zur Friedrichstraße?

Erik Peter

Bis zur Wahl am 20. September gibt es täglich eine weitere Wahlkampfkeule auf taz.de.



Brigitte Werneburg
Berliner Gallerien

Die Stadt
der Männer

Das neue, vom Museum der Subkulturen und der Staatsbibliothek organisierte Festival Photo Book Summer untersucht das Fotobuch als künstlerisches Medium. In seiner ersten Ausgabe geht es um „Berlin Wonderland – Hidden Treasures – Wild Years Revisited 1990–1996“ wie die Fotoausstellung im Vortragssaal heißt. Sie ergänzen die „Fragmente der Stadt“, eine Fotobuchausstellung in der Lobby des Scharounbaus, die den Zeitrahmen bis heute spannt. Dort haben endlich auch Fotografinnen ihren Auftritt.

Denn einer der auffälligsten Aspekte der anarchischen Jahre nach dem Mauerfall, wie sie die S/W-Hidden Treasures zeigen, ist ein rasanter Männerüberschuss, hinter der Kamera sowieso, aber auch vor ihr: nur weiße Jungs. Ist mal eine junge Frau zu sehen oder jemand aus einem anderen Kulturkreis, gehört man doch, wie der mit *Rammstein* verbandelte Chilene Paulo San Martin sagt, „zu einem Stamm“.

Dass man darüber irgendwann hinwegsieht, liegt daran, dass die Bilder einfach großartig sind. Sie zeigen, was fotografisch möglich ist: Den Moment in seiner ganzen Aura festzuhalten, die Menschen in Aktion, egal ob im Techno-Club, im Projektraum oder auf der Straße. Da baut die Sonne für die Kamera die Architektur der Stadt ständig neu, je nachdem wie die Schlagschatten fallen, die man so in der Realität nie bemerkt. Obwohl bei der Wahl der Motive schon heftig am Heldenbild gearbeitet wird, gewinnt dann doch das intelligente, wache Interesse an den Zeitumständen, das sich hier dokumentiert. Und keine Frage: die abgewrackte MiG-27 vor dem Tacheles ist der Knaller.

Erstaunlich, aber im wilden Berlin der 1990er Jahre lebten auch Frauen – und machten Kunst und Revolte. Etwa NÄNZI (1962–2013), die jetzt im Verein der Berliner Künstlerinnen 1867 eine Einzelausstellung hat. Ihr bildhauerisches Werk, figürliche Skulpturen in Ton, Gips, Keramik, Beton und auch Bronze, bestärkt interessanterweise den in der Ausstellung zuvor gewonnenen Eindruck eines von Männern beherrschten Berlins, also auch einer von Männern beherrschten Kunst- und Kulturszene. Denn ihre kleinformigen Figuren befinden sich sichtlich im Kampf um Sichtbarkeit, um Präsenz im existenziellen Sinn.

Ungehorsam und widerständig sind sie in den eingefangenen Haltungen, wie die Nachlassverwalterin und Kuratorin der Ausstellung Helen Adkins sagt, mythisch aufgeladen und gleichzeitig aus dem Leben gegriffen. Ohne weiteres erkennt man die Punkerin („Windsbraut“, 1993), aber auch die *Freiheit, die das Volk anführt* („Rachefurie“, 2010).

Dass ihre aus Kunstgeschichte, aus Volksvor allem aber Popkultur inspirierten Figuren wie eine Mischung aus Skulptur und Puppe erscheinen, liegt daran, dass NÄNZI ihre Figuren bemalt, bekleidet, frisiert und geschminkt hat. Je nach Anlass wurden sie neu gestylt, in einer Form skulpturaler Performance, die seltsamerweise anschlussfähig an Voguing erscheint.



Hier dürfen
alle mit
abstimmen:
Symbolwahl
am Lausitzer
Platz
Foto:
Uta Schleiermacher

Abstimmen am Späti

Noch nie war die Zahl der Nicht-Wahlberechtigten so hoch wie dieses Jahr. Mit einer Symbolwahl in Spätis klärt eine Initiative über die Folgen auf

Von Uta Schleiermacher

Halil Can sitzt auf einer Bierbank vor einem Späti am Lausitzer Platz zwischen Leuchtreklame für Bier, Kaffee und Softdrinks. „Wahllokal“ steht auf einem Din-A-4 Zettel an der Schaufensterscheibe hinter ihm, auf dem Tisch vor sich hat er eine Plastikbox als Wahlurne aufgebaut.

So ausgerüstet, spricht Can Passant*innen an. Der 19-jährige Önder Akif Sivrikaya ist am Sonntagabend mit seinen Eltern unterwegs. Der Sohn ist eingebürgert, die Eltern haben die türkische Staatsbürgerschaft, obwohl sie ihr gesamtes Leben hier verbracht haben. Can lädt die Eltern ein, ihre Kreuze zu machen, dafür gibt es einen Zettel mit den Namen der Spitzenkandidat*innen der Parteien von Linke, Grünen, SPD, CDU, AfD und BSW, daneben eine Liste der zur Wahl zugelassenen Parteien. Erststimme und Zweitstimme steht darüber, und ganz oben, in rot: „kein amtlicher Wahlzettel“.

Auf diesen Blättern dürfen am Sonntagabend – rein symbolisch – alle diejenigen abstimmen, die bei der Berlin-Wahl im September nicht wahlberechtigt sind. Organisiert ist die Symbolwahl vom Migrationsrat gemeinsam mit der Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen und Berliner Späti e.V.

Für den 19-jährigen Sivrikaya ist die Wahl zum Abgeordnetenhaus die erste Wahl, bei der er abstimmen dürfte. Trotzdem sagt er: „Ich habe eigentlich nicht vor, wählen zu gehen.“ Bundestag, da vielleicht eher, schiebt er nach. Oft zeigt sich: wer bei der ersten Wahl nicht abstimmt, der geht auch später nicht wählen. Sivrikaya sagt, er

interessiere sich mehr für die Politik in der Türkei als für die in Deutschland. Allerdings fällt es ihm leicht, seine Eltern beim Ausfüllen des Stimmzettels zu beraten.

„Sie will auf jeden Fall hierbleiben, und ich will weg, in die Türkei“, sagt Sivrikaya noch über seine Mutter, diese nickt, dann müssen die drei weiter. Eine ganz typische Begegnung, sagt Can von der Symbolwahl. „Der Vater meinte, dass sie es nie für notwendig befunden haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu

„Die Bundesregierung hätte eigentlich eine richtige Kampagne zur doppelten Staatsbürgerschaft machen müssen“

Halil Can, Freiwilliger bei der Symbolwahl

beantragen, sie kämen auch ohne den Pass klar“, erzählt er. Can habe ihm dann gesagt, dass er wohl alle Voraussetzungen erfülle, um sich einbürgern zu lassen. „Am Ende meinte der Vater, dass es eigentlich doch sinnvoll wäre“, erzählt Can.

Im Schnitt darf jede*r dritte Berliner*in nicht wählen. Der RBB hat ausgerechnet, dass rund 1,4 Millionen Berliner*innen bei der kommenden Wahl ausgeschlossen sind – etwa, weil sie keine Staatsbürger sind oder weil sie zu jung sind, die Zahl bezieht sich auf die gesamte Bevölkerung. Das sind mehr als je zuvor – seit der Wahl 2016 ist die Zahl beständig gestiegen. Bis 2011 waren konstant etwas mehr

als 900.000 Menschen bei Wahlen in Berlin nicht wahlberechtigt.

„Viele wissen gar nichts von der Reform, mit der es nun möglich ist, die bisherige Staatsbürgerschaft bei einer Einbürgerung zu behalten“, sagt Can. „Die Bundesregierung hätte eigentlich eine richtige Kampagne dazu machen müssen“, findet er. Der Sohn hingegen habe sich mit den deutschen Parteien gut ausgekannt. „Warum interessieren sich Menschen nicht für die Politik hier, obwohl sie gut informiert sind?“, fragt er. „Auf diese Frage müssen wir eine Antwort finden.“

Antworten auf solche Fragen sucht auch der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB). Mit einer Kampagne wollen sie die Wahlbeteiligung besonders unter Menschen mit Migrationsgeschichte erhöhen. Denn Studien zeigen, dass gerade in der türkeistämmigen Community die Wahlbeteiligung unter dem Durchschnitt liegt.

„Viele sagen uns, dass sie nicht wählen gehen, weil sie mit der Politik unzufrieden sind“, erklärt TBB-Vorstands-sprecherin Ayşe Demir. Wenn Jugendliche sich für die Politik in mehreren Ländern interessieren, sei das durchaus positiv. „Aber wenn Menschen, die hier geboren sind, sich abwenden, dann läuft hier im System etwas falsch, etwa dass diese Jugendlichen starke Ausschlusserfahrungen machen“, sagt Demir.

Generell seien die Menschen aber informiert, ist ihr Eindruck. „Ich sehe auch viele Berichte in türkischen Medien über die Berlinwahl, und dass wir eine türkeistämmige Spitzenkandidatin haben“, sagt sie. Die Wahlberechtigten würden sich inzwischen

allen Parteien zuwenden, während die Community in den 70er Jahren noch sehr SPD-nah war. „Wir sprechen mit jungen Unternehmern, die die FDP wählen, eher Konservativen, die sich der CDU nahe fühlen, und auch mit Menschen, die sagen, sie wählen die AfD“, sagt Demir. Der TBB ruft dazu auf, demokratisch zu wählen.

Bei der Symbolwahl an den Spätis sind auch die Wahlberechtigten gefragt: Ihnen händigten die Freiwilligen Zettel mit einer Umfrage aus. „Ich stimme für das Wahlrecht aller Einwohner*innen – unabhängig vom Pass“ steht darüber, die Befragten können dort angeben, ob sie das Wahlrecht für alle unterstützen würden: bei kommunalen Wahlen, bei Landtagswahlen, bei Bundestagswahlen oder Europawahlen.

„Die meisten sind dafür, dass alle hier auch wählen dürfen“, ist der Eindruck von Halil Can nach einem Abend vor dem Späti. Einige hätten gesagt, dass sie es nur EU-Bürgern zugestehen würden, oder dass es schon notwendig sei, eine gewisse Anzahl von Jahren in Deutschland gelebt zu haben. Die Initiative will die Antworten in den kommenden Wochen auswerten.

Am Späti am Lausitzer Platz baut Can langsam sein „Wahllokal“ ab. Die Initiative will am kommenden Sonntag noch mal symbolisch in Spätis in Neukölln und Kreuzberg abstimmen lassen. Der Bezirk Mitte plant für September eine eigene Symbolwahl ab Ende August. „Diese Gespräche lösen etwas aus, das ist wie ein Impuls“, ist Can sich sicher. „Ich vermute, dass die drei aus der Familie vorhin zu Hause weiter darüber reden“, sagt er. „Wer weiß, vielleicht ändert der Sohn noch seine Meinung.“

Anzeige



Grün denken. Stadt planen.
Zukunft schaffen.

WEITERBILDUNG
Planer:in für naturnahes Stadtgrün

Jetzt informieren

Bunte Stoffe und ein Museum am seidenen Faden

Im MACHmit! Museum für Kinder zeigen sieben Künstlerinnen aus Berlin Kunst zum Gucken und Begreifen. Es könnte die letzte große Ausstellung sein

Von **Andreas Hergeth**

Hier sieht es aus wie in einem gut sortierten Laden für Stoffe, nur dass die Muster etwas – nun ja – aus der Zeit gefallen scheinen. Einzelne Stücke hängen auf einer Wäscheleine und ergeben ein buntes Durcheinander. In einer Ecke stapelt sich Bettwäsche, die so aussieht, als wäre sie nie benutzt worden, sicher Erbstücke: Die textile Installation von Veronike Hinsberg ist für die neue Ausstellung im MACHmit! Museum für Kinder in der Senefelderstraße 5 entstanden. Unter dem Motto „Kunstknall“ stehen „Frauen“Power in der Kunst“, so der Untertitel, im Fokus. Zu sehen sind Keramiken, Fotos, Malereien und Videos von sieben Künstlerinnen aus Berlin.

Veronike Hinsberg, 1968 In Karlsruhe geboren, war erst Damenschneiderin, bevor sie an der Kunsthochschule Weißensee Freie Kunst studierte. Als ihre Mutter vor 14 Jahren starb, hat Hinsberg viele Stoffe geerbt. Das erzählt sie in einem Video: In ihrem Atelier ist sie von neugierigen Kindern umringt. Der Film macht den Anspruch des Kindermuseums deutlich, die Zielgruppe von Anfang an in die Ausstellungsarbeit einzubeziehen.

Die Künstlerin berichtet, wie sie „die Stoffe nach Berlin gebracht und gewaschen und gemangelt hat“ – und hält kurz inne: Eine Mangel, „wisst ihr was das ist?“, fragt sie und erklärt das alte Haushaltsgerät. Sie hält dabei ein Stück Stoff in der Hand, das aus Streifen in verschiedenen Rottönen zusammengesetzt ist. Hinsberg berichtet, wie sie ein Foto gefunden hat, auf dem ihre Mutter ein

Faschingskostüm aus eben diesem Stoff trägt, der vorher auch mal eine Tischdecke war ... „Stoffe haben Spuren“, sagt Hinsberg, „und erzählen Geschichten.“ Sie wurden gestopft und geflickt, immer wieder geändert und umgearbeitet, aufgehoben und vererbt.

Das 1992 eröffnete MACHmit! Museum für Kinder widmet sich in interaktivem Wechselausstellungen – jährlich gibt es eine neue – mit Themen wie den Veränderungen in der Stadt, der Begegnung mit fremden Welten, mit Natur und Umwelt.

Das mit der Interaktion funktioniert bestens, wie sich an diesem Mittwochnachmittag mitten in den Sommerferien erleben lässt. Das Museum ist voller kleiner Kinder, die sich mit der Kunst beschäftigen, weil es diese eben nicht nur zu sehen gibt (wie in Erwachsenenmuseen), sondern auch – im Wortsinne – zum Begreifen. Die Kinder können malen, zeichnen, mit einer Farbschleuder arbeiten, die auf einem rotierenden Blatt Papier ganz zauberhafte Muster „ent-wirft“. Sie können an Dingen drehen, durch Stoffbahnen wandern, auch klettern und toben ... ein Ort, der verzaubert. Auch die Großen, die die Kinder begleiten. Ein Ort, der zu einem Perspektivwechsel einlädt: Alle Bilder hängen so tief, dass sie für Kinder auf Augenhöhe zu betrachten sind. Als Erwachsener muss man sich bücken.

Das Haus bekommt als Jugendfördereinrichtung Geld vom Bezirk Pankow. Es hat „in den Jahren 2025 und 2026 Tarifmittel in Höhe von jeweils 48.745 Euro erhalten“, heißt es aus der Pressestelle des Bezirksamtes. Damit finanziert das Museum anteilig zwei Mitarbeitende. Damit sind, salopp formuliert, keine

großen Sprünge drin, wie es Direktorin Uta Rinklebe formuliert. Nur mal zum Vergleich: Der Bezirk Pankow ist mit seinen rund 412.000 Einwohner:innen annähernd so groß wie die Großstadt Duisburg (452.721). Die Regelförderung seitens des Bezirkes ist wichtig, sagt Rinklebe, als kleinster Teil der Mischfinanzierung des MACHmit! Museums.

Dazu muss man wissen, dass das Kindermuseum eine der Einrichtungen ist, die bisher als Projektförderung vom Senat anteilig finanziert wird und im Zuge der Kulturetatkürzungen be-

Alle Bilder hängen so tief, dass sie für Kinder auf Augenhöhe zu betrachten sind. Als Erwachsener muss man sich bücken

troffen war. Es handelt sich um eine Kürzungssumme von 60.000 Euro – damit verringert sich die Senatsförderung um 23 Prozent. „Das ist das Geld, was wir eigentlich für unsere Ausstellung brauchen“, sagt Rinklebe. Denn jedes Jahr wird eine neue Ausstellung produziert, eigentlich. „Das ist das wird das schwierig bis unmöglich.“ Ohne die Gelder können wir nächstes Jahr keine neue Ausstellung entwickeln.“ Die diesjährige Ausstellung „Kunstknall“ konnte nur dank der Förderung durch die Lotto-Stiftung realisiert werden.



Alles auf Augenhöhe im MACHmit! Museum Foto: Eva von Schirach / MACHmit! Museum

Dabei wird das Kindermuseum gut besucht, pro Jahr kommen rund 80.000 Besucher:innen. „Damit sind wir kein kleines Museum“, sagt Rinklebe, „sondern ein mittleres.“ Und alle Besucher:innen zahlen Eintritt, auch Kinder. Freien Eintritt für die Kleinen – an vielen großen Häusern üblich – gibt es ausgerechnet im Kindermuseum nicht, weil das nicht von der öffentlichen Hand gegenfinanziert wird. „Unser Haus finanziert sich sozusagen privat und zu 80 Prozent über die Eintrittsgelder“, sagt Rinklebe. Das klingt einerseits gut, hat aber eine Schattenseite: Die Einnahmen schwanken wie das Wetter. Um so wichtiger wäre eine weitere feste Förderung für die Ausstellung im nächsten Jahr.

Es wäre schade um die Ausstellungen, die nicht nur etwas für Kinder sind. Dann gäbe es diese Installation nicht zu sehen: Die Malerin und Keramikerin Inken Reinert hat mit den Möbeln ihrer Mutter eine verspielte wie nostalgische Zeitreise aufgebaut. Eine alte Schrankwand aus DDR-Produktion ist kaum wiederzuerkennen, die einzelnen Teile sind wild durcheinander gewirbelt. In den Schrankteilen und Schubladen sind Ersatzstücke von DDR-Waren für Kinder zu sehen. Eine Schallplatte von „Alfons Zitterbacke“, ein Klassiker der DDR-Kinderliteratur, Puppen und Spielfiguren aus Plaste, dazu klischeehafte Spielfiguren aus dem Wilden Westen, wie sie der Autor dieses Textes auch besessen hat.

Eva von Schirach hat unter dem Titel „wir wir wirklichkeit“ 30 Fotografien und das partizipative, generationsübergreifende Lyrik-Projekt „Anziehen mit den Händen“ beigesteuert. Ihre poetischen Fotos zeigen Kinder im Spiel oder Alltag und kommen Stillleben gleich.

Das Gedicht „Anziehen mit den Händen“ handelt vom Aufwachen. Es beginnt mit dem Buchstaben A und benennt Bilder und Worte, die der Berlinerin entlang des Alphabets nach und nach in den Kopf gekommen sind ... zunächst hatte Eva von Schirach Jugendliche und Erwachsene in ihrer Umgebung gebeten, das Gedicht in eine ihnen vertraute Sprache und auch im Dialekt zu übertragen und einzusprechen. So sind werkgetreue Übersetzungen, Nachdichtungen oder assoziativ weitergedachte Texte entstanden. „Die Herausforderungen eines solchen Sprachprojektes sind so vielseitig und individuell wie die gefundenen Lösungen“, sagt die Künstlerin, die alle einlädt, sich mit einem eigenen Beitrag an dieser weiterwachsenden Lyrik-Sammlung zu beteiligen. „Ich stelle mir vor, dass es so viele Variationen wie Teilnehmende gibt, so nach dem Motto: es ist genug Sprache für alle da.“

Natürlich findet Eva von Schirach das Kindermuseum toll: „Wenn ich mal nicht weiterweiß, hole ich mir dort Hilfe. Ich sehe mir an, wie selbstverständlich Kinder und Erwachsene sich hier bewegen, Neues ausprobieren, Vertrautes wiederentdecken und kompetent miteinander diese Welt erkunden. Kindermuseen trauen ihren Besuchenden eine Menge zu. Das finde ich gut“, sagt von Schirach. In diesem Sinn versteht die Künstlerin das Museum auch als Ort der politischen Bildung.

„Kinder haben das Recht auf Kultur“ steht an einem der Außenfenster zur Straße hin mit Kreide geschrieben, dazu der Verweis auf die UN-Kinderrechte, Artikel 31 – darunter der aus dem Stadtbild bekannte Protestschriftzug „#UNKÜRZBAR“.

Anzeige

NACH-SPIELZEIT

Die offene Gesellschaft liegt schwer im Rückstand. Wie drehen wir das Ding noch?

Mit: Daniel Cohn-Bendit, Karoline Eichhorn, Alina Frieske, Ruth Fuentes, Dana Giesecke, Maja Göpel, Diana Kinnert, Reinhard Loske, Wolf Lotter, Anna-Verena Nosthoff, Lukas Rietzschel, Hartmut Rosa, Uwe Schneidewind und Harald Welzer

taz **FUTURZWEI**

Magazin für **Zukunft und Politik**

taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin



JETZT ABONNIEREN!
Vier Ausgaben für 38 €
tazfutzurzwei.de/abo

LUISA NEUBAUER
WAS WÄRE, WENN WIR MUTIG SIND?

mit Abo-Prämie

taz FUTURZWEI-Abo-Prämie
Was wäre, wenn wir mutig sind?
das neue Buch von Luisa Neubauer



Haben leider nicht genug Farbe für einen Regenbogen: Felix Wolf und Miriam Tanski am „Tag der deutschen Jugend“ in Schwerin
Foto: Mieke Wolke

Mit Rassismus in den Rat

Zwei extrem rechte Influencer treten in Oldenburg für die AfD zur Kommunalwahl an. Auf Social-Media-Plattformen verhöhnern sie Holocaustopfer – bis die taz fragt

Aus Oldenburg **Aljoscha Hoepfner** und **Mieke Wolke**

Die extrem rechten Influencer Miriam Alexandra Tanski und Felix Wolf treten bei der Stadtratswahl in Oldenburg im Rahmen der niedersächsischen Kommunalwahlen am 13. September für die AfD an. Damit wagen zwei aus dem sogenannten politischen Vorfeld der Neuen Rechten den Schritt in die Politik. Ihre Internetaktivitäten zeigen, welchen Kurs der vorgeblich bürgerliche AfD-Stadtverband damit einschlägt.

Die Verbindungen zwischen Vorfeld und Partei sind nicht neu. Zuletzt zeigten sie sich am 1. August in Schwerin beim ersten Aufmarsch der AfD-Jugendorganisation Generation Deutschland, dem „Tag der Deutschen Jugend“. Neben Aktivisten der Identitären Bewegung und der Jugendorganisation der in Die Heimat umbenannten NPD waren auch die extrem rechten Influencer Tanski und Wolf dabei.

Die taz hat sich ihre Internetauftritte angeschaut, einige Posts gesichert und konnte andere einsehen, die bereits gelöscht sind.

Tanski ist im Internet als „miarockatansky“ bekannt und bezeichnet sich selbst an verschiedenen Stellen als „Miss Germany 1933“, „Teenage-Nazi“ und „gesi-

chert rechtsextrem“. Angeblich alles „Satire“, die Posts für ihre knapp 7.000 Follower auf X sprechen aber für sich.

Nicht-weiße und queere Menschen bezeichnet Tanski als „entartet“. Sie ist „gegen Rassenschande“ und nennt Schwarze Menschen wiederholt „N[****]“ und „Affen“. Muslime haben in ihren Augen „Behinderungen genetischer Art“. Wenn Menschen in Afrika und im Mittleren Osten verhungern würden, komme „schon alles so, wie es kommen soll“.

Sie fordert „Nazis rein“ und lobt die Neonazi-Band Landser. In der Weihnachtszeit backt Tanski Plätzchen in Form der „schwarzen Sonne“ und mit „HH“-Verzierungen. „Die Achsenmächte werden sich wieder vereinen und gegen das Böse kämpfen“, prophezeit sie und fordert an anderer Stelle einen Frieden „ohne Oder-Neiße-Linie“. Dieses Jahr war sie beim rechts-extremen Trauermarsch in Dresden dabei.

Direkte Holocaustleugnung ist strafbar. Deshalb verwendet Tanski Anspielungen und Codes. „6 Millionen sollen es sein“ – angeblich Geld, das der Amadeo-Antonio-Stiftung gestrichen werden soll. Sie schreibt, eine Erfindung Israels sei „Ho-Ho-Hol...“ und beendet den Satz mit „Holishkes“, einem tra-

ditionellen jüdischen Gericht. Wiederholt verwendet sie den Code „271“ für angeblich nur 271.000 ermordete Juden. Das „Buch über Anne Frank“ habe sie „im Altpapier entsorgt“.

„Im neuen Deutschland werden Volksverräter öffentlich an den Pranger gestellt.“

In der Weihnachtszeit backt Tanski Plätzchen in Form der „schwarzen Sonne“ und mit „HH“-Deko

Danach geht's auf den Scheiterhaufen“, beschreibt Tanski ihre Zukunftspläne. Ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen sie sei laut eigener Aussage eingestellt worden – sie postete ein Foto des Einstellungsbescheids.

Der Fitnesscoach Felix Wolf ist seit Februar dieses Jahres Teil des Landesvorstands der Generation Deutschland in Niedersachsen. Davor war er lange nur anonym als „Wolf-DesNordens“ bekannt und ist mit 27.000 Followern auf X ein bekannter Name in der

extrem rechten Szene. Im Gegensatz zu Tanski hat er versucht, seine Zeit im politischen Vorfeld aus dem Internet zu tilgen – vergeblich.

Der taz liegen gelöschte Posts vor, in denen er fordert, mit „dem Schuldskult“ zu brechen, erklärt, die „Zionisten-Ära wird enden“ oder schreibt: „Bevor Polen jemals auch nur einen Cent Reparationen erhält, bekommen wir erstmal eine ganze Menge Land zurück.“ 2024 war er einer der Hosts des Podcasts LETZ HETZ, präsentiert von der extrem rechts positionierten Marke Thor Steinar.

Laut Wolf gibt es einen „Bevölkerungsaustausch“, der unter anderem von dem jüdischen Investor George Soros gelenkt werde. In der ersten Folge des Podcasts erklärt er, es bedürfe einer „demografischen Rückeroberung“ und „Germanisierung“ der Bevölkerung. Auch wenn alle abgelehnten und illegalen Migranten ausgewiesen seien, müsse man weiter an „Stellschrauben“ drehen, um einen „Umdrehungsprozess“ einzuleiten.

„Nach unserer Idealvorstellung kann der kein Deutscher sein“, sagt Wolf über in Deutschland geborene Menschen mit ausländischen Eltern. In einer anderen Folge macht er sich über den Anschlag auf das Festival der

Vielfalt in Solingen 2024 lustig: „Da gab's etliche geile Memes zu.“

Co-Host des Podcasts war der Identitäre Bewegung-Aktivist Dennis Braun alias „ArminiusDD“. Das Equipment hat das extrem rechte Filmkunstkollektiv bereitgestellt, das eng mit der Identitären Bewegung verbunden ist.

AfD-Sprecher gibt sich ahnungslos

Schon 2022 war Wolf zusammen mit Erik Ahrens Teil eines Podcasts der GegenUni, die auch der Identitären Bewegung nahesteht. Dieses Jahr nahm er am von Martin Sellner mitorganisierten „Remigrationsgipfel“ in Portugal teil, wie Fotos zeigen. Die Identitäre Bewegung steht eigentlich auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD.

Auf Anfrage erklärt der Sprecher des Oldenburger AfD-Kreisverbands Andreas Paul (MdB), er habe von den Umtrieben seiner in der Szene bekannten Influencerkandidaten keine Kenntnis. Die Posts von Tanski werde man prüfen. Er sagt, dass „alle Mitglieder“ des Kreisverbands „auf dem Boden des Grundgesetzes“ stünden – also auch Wolf und Tanski.

Wolf hat auf eine Anfrage der taz nicht geantwortet. Tanski hat nur mit einem „Daumen hoch“ reagiert. Alle X-Posts sind inzwischen gelöscht.

Für den einen ist es der letzte Schritt, für den anderen eine Katastrophe

K. und seine Familie wurden aus ihrer Wohnung in Bremen zwangsgeräumt. Der Vermieter ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Gründer spricht vom schlimmsten Tag seines Arbeitslebens

Aus Bremen **Amanda Böhm**

K. und seine Familie haben kein Zuhause mehr. Sie wurden letzten Montag aus der Wohnung in Bremen Gröpelingen, in der sie seit 2011 gelebt haben, geräumt. Eine Zwangsräumung läuft so ab: Ein Gerichtsvollzieher kommt und bringt die Mieter*innen raus – falls nötig, mit Polizeigewalt. Dann tauscht er das Schloss aus. Etwas seltener kommt ein Umzugsunternehmen mit, das alle in der Wohnung hinterlassenen Sachen einpackt. „Das ist eine sehr stille Angelegenheit“, sagt Charlotte Neumann vom Bündnis gegen Zwangsräumungen, „wenn man nicht 50 Menschen mitbringt, die sagen, dass das nicht geht“. Als K., seine Frau und seine vier Kinder vergangenen Montag aus ihrer Wohnung geräumt wurden, hatte das Bündnis 50 Menschen mitgebracht. Manche von ihnen kennen die Familie. Andere waren gekommen, um gegen Zwangsräumungen im Allgemeinen zu protestieren. „Den Stress, geräumt zu werden, gibt sich niemand, der eine Alternative hat“, sagt Neumann. Menschen, die von Zwangsräumungen betroffen sind, sind oft auch armutsbetroffen, suchtabhängig oder psychisch krank. Alles davon trifft auf K. zu.

2025 gab es in Bremen 497 Zwangsräumungen, die Zahl ist im Vergleich zu den Vorjahren zurückgegangen. Gemessen an den Einwohner*innen ist Bremen das Bundesland mit den meisten Zwangsräumungen. Eine Zwangsräumung kann zu langfristiger Wohnungslosigkeit führen, im Fall von Jürgen N. führte sie zum Tod. Zwangsräumungen sind eine Menschenrechtsverletzung und sind trotzdem alltäglich. Das Besondere an K.s Fall: Sein Vermieter ist kein profitorientierter Immobilienkonzern, sondern ein gemeinnütziger Verein. Die „Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft“ (Wabeq) unterstützt Arbeitslose dabei, zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Und sie bietet Sozialwohnungen an. Ernst Schütte ist Gründer und Geschäftsführer von der Wabeq. Er bezeichnet den Tag der Zwangsräumung von K. und seiner Familie als den schlimmsten Tag seines 48-jährigen Arbeitslebens. Was das Mietverhältnis anging, widersprechen sich K. und Schütte in allen Punkten. 2017 und 2022 gab es zwei Brände in dem Haus. Fotos zeigen vollkommen verkohlte Kellerräume, der Schaden des ersten Brandes verlief sich laut Schütte auf 50.000 Euro. Offizieller Grund: ein Kurzschluss.

Schütte sagt: weil K. selbst Kabel verlegt habe. K. sagt: weil die Wabeq unsauber gearbeitet habe. Laut Schütte habe sich die Nachbarschaft nach den Bränden nicht mehr sicher gefühlt. Regelmäßig habe es zudem Gewaltandrohungen durch K. und Polizeieinsätze gegeben. K. sagt, das Verhältnis zu den Nachbar*innen sei gut gewesen. Er sammelte solidarische Unterschriften. Die Polizei, Es gibt einen einzigen Punkt, in dem sich K. und Schütte einig sind: Beide fordern mehr sozialen Wohnungsbau

sagt er, sei da gewesen, aber weil seine Familie sie selbst gerufen hat wegen innerfamiliärer Konflikte. Schütte sagt: „Wir haben alles versucht, um das friedlich zu lösen.“ Die Familie hätte jedes Unterstützungsangebot bei der Wohnungssuche abgelehnt. K. sagt: alle Angebote seien befristet gewesen und seine zwei volljährigen Kinder hätten woanders unterkommen müssen. Das wäre keine Option für die Familie gewe-

sen. Was man mit Sicherheit sagen kann: das Verhältnis zwischen Schütte und K. ist seit Jahren tief zerrüttet. Für Schütte war die Zwangsräumung der letzte, aber notwendige Schritt. Für K. ist sie eine Katastrophe. Wie es jetzt für ihn weitergeht? „Ich weiß es nicht“, sagt K. „Ich habe große Angst.“ Er fühle sich im Stich gelassen. In wenigen Tagen müssen seine zwei 13-jährigen wieder in die Schule. Bisher hätten sie keine Wohnung in Aussicht. Es gibt einen einzigen Punkt, in dem sich K. und Schütte einig sind: beide fordern mehr sozialen Wohnungsbau. Denn hätte es eine alternative Wohnung für K. gegeben, dann wäre die Sache nicht so eskaliert. Dann müssten K. und seine Familie jetzt nicht auf der Parzelle leben. Doch die anderen Wohnungsbaugesellschaften haben nichts. Und auf dem privaten Wohnungsmarkt wird K. kaum eine Wohnung finden. Es gibt einfach zu wenig bezahlbare Wohnungen für Familien mit vier Kindern. Wegen jahrelanger Schulden hat K. eine negative Schufa. Wegen seiner Krankheit kann er nicht arbeiten und bezieht Sozialleistungen. Und wegen seines türkischen Namens wird er statistisch gesehen sowieso seltener auf Wohnungsbesichtigungen eingeladen.



Andreas Speit
Der rechte Rand

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

Wie extrem Rechte sich in bestimmten Stadtvierteln halten

Kurze Haare oder Glatze, Bomberjacke, Springerstiefel. Wie eine Erinnerung an die 1980er- und 1990er-Jahre sind junge extrem Rechte seit einigen Jahren sichtbar – und das nicht nur in Kleinstädten im Osten, sondern auch in Großstädten im Westen, etwa in Hamburg. Hier lässt sich beobachten, dass es nicht nur der Style ist, der schon einmal da war, sondern es ist auch die räumliche Verortung, die sich wiederholt. In Hamburg agieren aktuell vermehrt rechte Jugendliche im Bezirk Bergedorf im Osten der Stadt. Aktuell nennt das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus den Bezirk einen „Aktionsschwerpunkt junger Neonazis“. Dort waren Rechtsextreme auch schon vor über 45 Jahren aktiv. Bergedorf galt lange als Nazi-Kiez. Nun hat eine Kleine Anfrage der Linken in der Bürgerschaft gezeigt, dass alleine seit Januar vergangenen Jahres 129 rechtsextreme Vorfälle in dem Bezirk registriert wurden – von NS-Graffiti über Hitler-Grüße bis hin zu Bedrohungen. Bei 44 der als rechtsextrem registrierten Vorfälle konnte die Polizei Tatverdächtige ermitteln. Sie machte 49 mutmaßliche Täter aus. Allerdings seien die Jugendlichen in Bergedorf „in der traditionellen organisierten rechtsextremistischen Szene kaum bis gar nicht verhaftet“, sagt Hamburgs Verfassungsschutzleiter Torsten Voß. Sie wären „alle noch sehr jung, teilweise nicht einmal 18 Jahre alt“, so Voß. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild sei kaum erkennbar, aber rechtsextreme Ideologiefragmente. Diese Einschätzung erinnert an die Bewertung der rechten Skinhead-Szene der 1980er-Jahre. In Bergedorf, ein auch multikulturell geprägter Stadtteil, fanden in den Achtzigern rechtsextrem Orientierte in der sich entwickelnden rechten Hooligan- und Musikszene zusammen. Zuvor agierte in Bergedorf-Lohbrügge die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ um Christian Worch. Die Mitglieder dieser Szene überfielen lokale Jugendclubs, sprengten Stadtfeste und Partys und schlugen Personen zusammen, die sie als „links“ oder „migrantisch“ identifizierten. Daneben bildeten sich die extrem rechte Skinhead- und Schlägergruppe „Lohbrügger Army“ wie auch die HSV-Hooligan-Gruppe „Die Löwen“ zu festen Gruppen. Aus der „Army“ kamen die Skinheads, die 1985 Ramazan Avcı an der S-Bahnstation Hamburg-Landwehr ermordeten. Obwohl die Täter verurteilt wurden, erkannte der Polizeipräsident damals keine politischen Motive. Auch in Politik und Medien dominierte die entpolitisierende Wahrnehmung einer Jugendszene ohne geschlossenes Weltbild. Im Stadtteil fand dann 1995 die „Nationale Liste“ (NL) um Christian Worch und Thomas Wulf ihre Zentrale. Nach dem Verbot der NL bauten sie das Netzwerk der Freien Kameradschaften auf, zu dem später der „Hamburger Sturm“ gehörte. Sie diskutierten, was sich später in einer Kameradschaft in Jena herausbilden sollte: die Gründung der terroristischen Gruppe NSU (Nationalsozialistischer Untergrund), die 2001 in Hamburg Süleyman Taşköprü ermordete. Wieso tauchen nun mehr als 20 Jahre später wieder rechte Jugendgruppen in Bergedorf auf? Um die Kontinuität extrem rechter Organisation zu verstehen, dass Rechte sich trotz Brüchen und Jahren der Inaktivität, lokal halten, hilft der Blick in eine Studie. 2019 legten Davide Cantoni, Felix Hagemeister und Mark Westcott „Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology“ vor, in der sie eine „starke Korrelation“ der Wahlergebnisse der NSDAP zur AfD feststellten. Die Studie möchte die AfD-Wahlerfolge nicht auf einen Aspekt verengen, sie hebt aber hervor, dass „kulturelle Traditionen“ von rechtsextremem Denken „über viele Generationen“ getragen werden kann. In Bergedorf erreichte die AfD bei der Bundestagswahl 2025 17,3 Prozent, in einzelnen Wahlbüros waren es zwischen 20 und 40 Prozent. Schlagen die Jungen nun da wieder zu, wo die Alten schon lange reden? Seit Jahren, so Cantoni, sei wissenschaftlich dargelegt, dass eine Beziehung zwischen den Einstellungen der Eltern und Kindern besteht. Sie scheint auch räumlich verankert zu sein.



Protest gegen Zwangsräumungen: Menschenrechtsverletzung und trotzdem alltäglich
Foto: Monika Skolimowska/dpa

das wird

„Über repressive Heimerziehung ist wenig bekannt“

Die Gedenkstätte Jugendwerkhof Torgau ist mit einer Ausstellung in Hamburg. Sie möchte auch Betroffene erreichen, sagt Sprecherin Manuela Rummel

Interview Kaija Kutter

taz: Frau Rummel, die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau ist in Hamburg mit der Ausstellung Blackbox Heimerziehung zu Gast. Was zeigen Sie dort?

Manuela Rummel: Die Box ist ein umgebauter Seecontainer mit einer Ausstellung zur Geschichte der repressiven DDR-Heimerziehung. Wir stellen darin Heime vor, die es in der DDR zur sogenannten Umerziehung zur sozialistischen Persönlichkeit gab. Dabei geben wir vor allen den Betroffenen, die das damals erleben mussten, mit Bild- und Videosequenzen viel Raum. Und wir stellen auch aktuelle Themen dar, die heutige Erziehung betreffend. Es gibt Kontinuitäten, auf die wir achten müssen.

taz: Warum nennen Sie es Blackbox?

Rummel: Über repressive Heimerziehung ist wenig bekannt, selbst auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Torgau ist bundesweit die einzige Gedenkstätte zur Heimerziehung. Wir leisten Aufklärungsarbeit, beraten Betroffene, recherchieren ihre Akten. Wir führen auch eine Zeitzeugen-Datenbank mit Interviews. Es ist vieles noch nicht aufgearbeitet.

taz: Was war am Jugendwerkhof Torgau besonders?

Rummel: Torgau war geschlossen und bildete zu DDR-Zeiten die Endstation im Erziehungssystem. In der DDR konnte man Kinder und Jugendliche ab dem Alter von sechs bis 18 Jahren als schwererziehbar einstufen. Jegliche Abweichung konnte dazu führen. In den Akten finden sich Begriffe wie „Schulbummelei“, „renitentes Verhalten“ oder „westlich orientiert“

taz: Wann kamen Jugendliche nach Torgau?

Rummel: Also es gab für die Umerziehung von Kindern ab 6 Jahren Spezialkinderheime und für über 14-Jährige die Jugendwerkhöfe. Wer sich dort nicht konform verhielt, konnte nach Torgau eingewiesen werden. Hier wollte man „Erziehungsbereitschaft“ herstellen und den Willen der jungen Menschen brechen. Da reden wir von vielen Dingen: Die Ankunftsprozedur, das Entkleiden, Untersuchung in allen Körperöffnungen, Haare abschneiden, desinfizieren am ganzen Körper. Dann für mehrere Tage Arrest in der Zuführungs-Arrestzelle. So sah die Begrüßung aus.

taz: Und dann?

Rummel: Dann ging es weiter mit einem durchgetakteten Tagesablauf, mit Zwangssport und Arbeitserziehung. Es gab auf allen Etagen Arrestzellen und als verschärfte Form den Dunkelarrest und den „Fuchsbau“. Das war ein Verschlag unter der Treppe, ca. 1,2 Meter hoch. Auch dort sperrte man Jugendliche bei absoluter Dunkelheit ein.

taz: Ist all das heute als Unrecht anerkannt?

Rummel: Ja. Wer in Torgau war, kann sich auch offiziell rehabilitieren lassen. Für alle anderen Betroffenen sind es Einzelfallentscheidungen, aber die Möglichkeit besteht. Nach wie vor ist das Thema Heimkind mit Stigma behaftet. In sozialen Medien hört man heute noch Sätze wie: „Das hatte alles seine Berechtigung“. Und von Seiten des ehemaligen Personals gibt es kaum Bereitschaft, der Wissenschaft Interviews zu geben. Die meisten Anzeigen gegen das Personal ließ man damals aus Mangel an Beweisen fallen. Es ist schwer zu beweisen, zu welcher Uhrzeit durch welchen Mitarbeiter exakt was stattfand. Deshalb konnten manche in dem Bereich weiterarbeiten. In der frühen Bundesrepublik gab es auch repressive Heime. Aber dort kam es durch die 68er-Bewegung zur Heimreform. In der DDR blieb Torgau in dieser Form bis 1989 erhalten.

taz: Wo zeigen Sie diese Ausstellung noch?

Rummel: Wir haben sie zunächst an Orten gezeigt, wo es diese Heime gab, aber nichts mehr daran erinnert. Das sind heute teils schön restaurierte Gebäude. 2026 zeigen wir sie in ganz Deutschland, weil insgesamt wenig darüber bekannt ist. Und wir möchten Betroffene erreichen, die heute vielleicht in Hamburg leben. Wir können sie unterstützen, ihre Schicksale zu klären.

Schauspiel mit Seltenheitswert: Die Fähre fährt
Foto: Frank Molter/dpa

Ausstellung Blackbox Heimerziehung, bis 13. 8., Platz der Deutschen Einheit, Hamburg, Mo-Fr 10 bis 18, Sa und So 11 bis 19 Uhr. Am 13. 8., 16 Uhr, Rundgang mit Zeitzeugen und der Bundesbeauftragten für Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke



Manuela Rummel 45, ist Pädagogin und Psychologin und leitet seit 2014 die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau



The Ferry tale goes on

Aus für die Missunde III: Die ständig kaputte E-Fähre am Ostsee-Arm Schlei in Schleswig-Holstein soll ersetzt werden – durch ihre Vorgängerin

Von Esther Geißlinger

Urlaubszeit an der Schlei: Autos und Menschen mit Fahrrädern stehen von dem Anleger der Fähre Missunde III, die den Ostseearm an einer Schmalstelle zwischen den Orten Missunde und Brodersby quert. Dass die Fähre fährt, ist eine Nachricht. Denn das erst wenige Jahre alte Schiff musste aus unterschiedlichen Gründen immer wieder pausieren, zum Ärger von Einheimischen und der Tourismusbranche.

Trotz aller Kritik hielt die Landesregierung lange an der Missunde III fest. Nun teilte das Verkehrsministerium mit: Am Ende der Sommersaison ist Schluss. Anstelle des neuen Schiffs kommt die Vorgängerin Missunde II zurück. Die soll mittelfristig durch einen Neubau ersetzt werden. Die Kosten liegen in Millionenhöhe. Das Land prüft Schadensersatz-Klagen. Stephan Titze, der an diesem Tag im Ruderhaus der Missunde III steht, ist kein Freund der neuen Fähre. Sie sei zu groß und zu schwerfällig für die Schmalstelle der Schlei, jedes Anlegermanöver sei mühsam, erzählte er bei einem Pressetermin vor wenigen Wochen. Sein Chef, Fährpächter Rüdiger Jöns, fürchtete, er habe bereits frühzeitig darauf hingewiesen.

Aber die Missunde III sollte ein echtes Prunkstück sein. Mit ihrem längeren Deck und mehr Tiefgang fasst sie Reisebusse und größere Landmaschinen. Durch ihren Solar-Antrieb ist sie zugleich besonders leise und umweltfreundlich unterwegs – und soll so einen Beitrag zur Verkehrswende in der Region leisten.

Aber die Probleme begannen fast noch vor der Inbetriebnahme. Das Schiff, das 2021 für rund 3,3 Millionen Euro in einer Werft in Sachsen-Anhalt gebaut wurde, sollte 2022 fertig sein, bevor

die marode Vorgängerin Missunde II ihre Betriebserlaubnis verlor.

Doch das Land musste erst neue Anleger bauen, da die alten zu niedrig waren. Dann konnte die Missunde III wegen Niedrigwasser nicht überführt werden. Im Januar 2024 fand zwar die feierliche Schiffstaufe statt, aber wegen Problemen im Testbetrieb lag die Missunde III weiter still. Es folgen weitere Umbauten und Reparaturen, die Kosten stiegen auf inzwischen rund 6,5 Millionen Euro. Auch in der Saison 2026 gab es immer wieder Ausfälle: Mal war ein Antriebsriemen beschädigt, mal hakte ein Sicherungshaken nicht ein.

„Eine Fähre muss vor allem eines: verlässlich fahren“, sagte Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen, als er das Aus für die Fähre mitteilte. Die Missunde III habe das trotz aller Reparaturen und Nachbesserungen bisher nicht geschafft.

Noch vor wenigen Monaten hatten er und Ministerpräsident Daniel Günther (beide CDU) sich bei einem Treffen mit Kommunalpolitikern für die Probleme entschuldigt, aber versichert, die Regierung setze alles daran, dass der Betrieb erfolgreich laufe. Aber „mit dem Prinzip Hoffnung lässt sich keine Fähre betreiben“, sagte Madsen nun. Also kommt die alte Missunde II – die das Land erst verkauft und dann weit teurer zurückgekauft hatte – in die Werft und soll ab Herbst einsatzbereit sein.

Für Joschka Buhmann, Bürgermeister von Brodersby-Goltorf, ist diese Entscheidung ein Erfolg: „Unsere beharrliche und teilweise auch sehr deutliche Kommunikation mit dem Minister und dem Ministerpräsidenten hat dazu geführt, dass wir jetzt gemeinsam an einer tragfähigen Lösung für die Menschen in der Region arbeiten“, sagte er der taz. In dem lang-

jährigen Verfahren hätten die Ortsansässigen aber immer „deutlich gemacht, dass sie nicht nur Kritik äußern, sondern mit ihrer Erfahrung und ihrer Kompetenz Teil der Lösung sein wollen“. Auch die jetzige Übergangslösung sei von Menschen aus der Region entwickelt worden.

Dass die Regierung diesen Weg mitgeht, hält er „gerade in der heutigen politischen Debatte für besonders wichtig: Einen Fehler anzuerkennen, Verantwortung zu übernehmen und anschließend gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern nach einer besseren Lösung zu suchen, ist kein Zeichen von

Schwäche. Im Gegenteil – es ist ein wichtiger Schritt, um verloren gegangenes Vertrauen in politische Entscheidungen zurückzugewinnen.“

Wie es künftig weitergeht, ist unklar. Das Land prüft den Neubau einer Fähre, es wäre wohl die Missunde IV. Details stünden noch nicht fest, sagt Ministeriumssprecherin Karen Sieksmeyer. Sie könne sich aber gut vorstellen, dass es erneut eine E- oder Solarfähre wird: „Wir hatten viele Probleme, aber der Antrieb zählte nicht dazu.“ Ebenfalls geprüft wird eine Schadensersatzklage gegen das Konstruktionsbüro, das die Missunde III geplant hatte.

MACHT'S EUCH UNBEQUEM

taz.de/abo

In festen Weltbildern lässt es sich zwar gemütlich einrichten, doch staubt man auch schnell ein. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

10 x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt